

Friedrichshain-Kreuzberg:

solidarisch

und weltoffen.

Für ein gutes

Leben für alle!

DIE LINKE.

Programm zur Wahl der
Bezirksverordnetenversammlung 2021
in Friedrichshain-Kreuzberg

Inhalt

Friedrichshain-Kreuzberg: solidarisch und weltoffen. Für ein gutes Leben für alle!	4
Arbeit: anständig bezahlt, sozial abgesichert und mitbestimmt	7
Arbeitslosigkeit und Jobcenter: unterstützen statt sanktionieren	12
Ausbildung und Studium: einen erfolgreichen Berufsstart ermöglichen	15
Bibliotheken, Volkshochschule und Musikschule: Kultur und Bildung für alle	18
Bürgerdienste: wohnortnah, kompetent, digital	19
Demokratie: Bürger*innen stärker und verbindlicher einbeziehen	21
Frauen und Gleichberechtigung: für ein selbstbestimmtes Leben für alle	23
Geschichte: aus dem Gestern für das Heute und Morgen lernen	25
Gesundheit und Pflege: für eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung	27
Jugend: Freiräume sichern und Unterstützung ausbauen	31
Kinder und Familien: beim Großwerden Begleitung anbieten	34
Klimapolitik und Umweltschutz: konsequent und sozial gerecht umsetzen	37

Kultur: Vielfalt erhalten, Teilhabe sichern	41
Leben im Alter: vielfältig, mittendrin, aktiv	43
Mieten und Wohnen: gemeinwohlorientiert und bezahlbar	45
Migration und Flucht: für ein buntes und weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg	50
Nachbarschaftsarbeit: sozialen Zusammenhalt im Bezirk stärken	54
Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit: Wege aus der Not organisieren	55
Öffentlicher Raum: wohnen und leben ohne Müllberge, Gestank und Gewalt	57
Queer: vielfältig und selbstbestimmt	60
Schule: gemeinsam, kostenlos und digital	61
Sport: Sportflächen ausbauen, Sportangebote fördern	64
Stadtentwicklung: nachhaltig Planen und Bauen	66
Starke Bezirke: bürgernah und demokratisch kontrolliert	69
Teilhabe auch mit Behinderung: inklusiv und barrierefrei	72
Tierschutz: Lebensräume erhalten, Tiere schützen	74
Tourismus: stadtverträglich und nachhaltig gestalten	76
Verkehr: für eine demokratische Verkehrswende	78
Wirtschaft: kleine Gewerbetreibende schützen, gute Arbeit fördern	83

Friedrichshain-Kreuzberg: solidarisch und weltoffen. Für ein gutes Leben für alle!

**Liebe Friedrichshainerinnen, liebe Friedrichshainer,
liebe Kreuzbergerinnen, liebe Kreuzberger,**

bei den Wahlen in diesem Jahr steht für uns alle viel auf dem Spiel, aber es kann auch viel gewonnen werden. Am 26. September entscheiden Sie nicht nur darüber, wie es in unserem Land und in unserer Stadt weitergeht. Bei der Wahl der Bezirksverordnetenversammlung stimmen Sie auch darüber ab, wie Friedrichshain-Kreuzberg in den nächsten Jahren weiter gestaltet wird.

Mit diesem Wahlprogramm unterbreiten wir Ihnen Vorschläge für die künftige Entwicklung unseres Bezirks. Wir wollen, dass Friedrichshain-Kreuzberg ein lebenswerter Ort für alle ist. Wo niemand Angst davor haben muss, verschieden zu sein und niemand befürchten muss, aus der Wohnung und aus dem Kiez, verdrängt zu werden, weil die Miete unbezahlbar geworden ist.

Unser Ost-West-Bezirk ist in vielerlei Hinsicht einzigartig. Die Karl-Marx-Allee und das Frankfurter Tor mit seinen Türmen sind genauso weit über unseren Bezirk hinaus bekannt wie das Kottbusser Tor im Herzen von Kreuzberg. Friedrichshain-Kreuzberg ist bunt, lebendig und widerspenstig und steht wie kein anderer Bezirk für Vielfalt. Auch deshalb leben die meisten von uns gerne hier.

Für viele jedoch wird das Leben immer schwieriger. Die Mieten explodieren, während die Löhne, Renten und Sozialleistungen kaum oder gar nicht steigen. Immobilienspekulanten haben auch während der Corona-Krise in Friedrichshain-Kreuzberg weiter rücksichtslos Monopoly gespielt. Mit Luxusmodernisierungen und der Umwandlung von Mietwohnungen in unbezahlbare Eigentumswohnungen verdienen sie sich munter eine goldene Nase, während die Pandemie für viele in unserem Bezirk Einkommenseinbußen oder gar den Jobverlust bedeutet hat.

An manchen Orten sind es zwischen neu gebauten Luxuslofts und Orten bitterer Armut und Obdachlosigkeit nur wenige Schritte, und immer mehr Menschen fragen sich, ob sie sich morgen noch leisten können, in ihrem Kiez zu leben. Auch alteingesessene Kneipen und Läden, soziale Einrichtungen und alternative Treffpunkte fallen zunehmend der Verdrängung zum Opfer und werden durch hochpreisige Gastronomieangebote ersetzt, die sich in erster Linie an

zahlungskräftige Tourist*innen richten. Doch das alles ist kein Naturgesetz. In unserem Wahlprogramm haben wir von A bis Z aufgeschrieben, was wir in den kommenden fünf Jahren tun wollen, damit Friedrichshain-Kreuzberg ein lebenswerter Ort für alle bleibt und nicht nur für diejenigen, die über einen dicken Geldbeutel verfügen.

Wir wollen eine Mieten- und Wohnungspolitik, deren Ziel bezahlbarer Wohnraum für alle ist. Auch Menschen mit geringen und mittleren Einkommen muss es weiter möglich sein, in einem Innenstadtbereich wie Friedrichshain-Kreuzberg zu leben. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel ist dabei klar: viele für Mieter*innen zentrale Fragen können leider nur durch den Bund geregelt werden. Deshalb werden wir auch von Friedrichshain-Kreuzberg aus auf den Bund weiter Druck für einen Mietendeckel machen.

Wir setzen uns zugleich dafür ein, dass das Land Berlin und insbesondere auch unser Bezirk alle Möglichkeiten nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu sichern und Mieter*innen zu schützen. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass in Friedrichshain-Kreuzberg mehr als 2 800 zweckentfremdete Wohnungen wieder als Mietwohnungen verfügbar wurden. Mit unserer Unterstützung konnte das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten massiv ausgeweitet, konnten zahlreiche Mietshäuser vor dem Ausverkauf an Immobilienspekulanten gerettet werden. Wir haben dafür gesorgt, dass mehrere große Wohnungspakete, zum Beispiel in der Karl-Marx-Allee, am Kottbusser Tor oder am Mehringplatz, in den öffentlichen Wohnungsbestand überführt wurden.

Diese Politik wollen wir fortsetzen und dafür sorgen, dass noch nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten, zum Beispiel bei der Wohnungsaufsicht im Falle unzureichend instandgehaltener Mietshäuser, konsequent genutzt werden. Um den Anteil an gemeinwohlorientiertem Wohnraum in öffentlicher Hand zu erhöhen, unterstützen wir auch das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«.

Wir wollen, dass alle Menschen eine Arbeit haben, von der sie anständig leben und ihre Zukunft planen können, bei der sie auch bei Krankheit und im Alter abgesichert sind. Doch gerade in unserem Bezirk sind Niedriglöhne und unsichere Beschäftigungsverhältnisse weit verbreitet, nehmen Ausbeutung und Selbstausbeutung auch bei Solo-Selbstständigen zu. Auch die Arbeitslosigkeit ist durch die Corona-Pandemie in Friedrichshain-Kreuzberg wieder deutlich angestiegen.

Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass in Berlin bei öffentlichen Aufträgen künftig Tariflöhne, mindestens aber ein Mindestlohn von 12,50 Euro gezahlt werden muss. In Friedrichshain-Kreuzberg wurden auf unsere Initiative hin bundesweit erstmalig die

Stelle einer Beauftragten für gute Arbeit und ein bezirkliches »Netzwerk Gute Arbeit« geschaffen. Wir wollen, dass künftig alle bezirklichen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um für gute Arbeit zu sorgen: von mehr Beratungsangeboten und Kontrollen bis hin zu entsprechenden Verträgen mit freien Trägern.

Spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig eine starke soziale Infrastruktur ist. So haben das Kaputtsparen und die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge maßgeblich dazu beigetragen, dass Gesundheitsämter und Krankenhäuser in der Pandemie viel zu schnell an ihre Belastungsgrenzen gekommen sind. Auch im Land Berlin und in unserem Bezirk sind die negativen Folgen überall spürbar. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass dieser Trend Schritt für Schritt umgekehrt wird. Dazu gehören starke Bezirke und eine öffentliche Infrastruktur, die finanziell und personell gut ausgestattet ist, um für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein, wenn es nötig ist. Diese Politik wollen wir fortsetzen. Zum Beispiel wollen wir die Schulreinigung wieder in öffentliche Hand zurückholen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt immer denjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Wir wollen Nachbarschaftszentren genauso stärken wie Einrichtungen der Pflege, der Behindertenhilfe und der Jugendsozialarbeit. Wir wollen den Einsatz für hilfsbedürftige Menschen verstärken, gleich ob sie ohne Dach über dem Kopf unter widrigsten Bedingungen auf der Straße zu überleben versuchen oder ob sie nach einer entbehrensreichen Flucht vor Verfolgung oder Krieg in unserem Bezirk ankommen.

Auch der Klimawandel und seine Folgen fordern von uns entschlossenes Handeln. Dazu gehört, die Verkehrswende voranzubringen. Wir wollen insbesondere den öffentlichen Personennahverkehr und die Fahrradinfrastruktur ausbauen und als Alternativen zum Autoverkehr stark machen. Wenn wir die Verkehrswende klimagerecht und sozial gerecht gestalten wollen, dann geht dies nur mit einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung, die die Anliegen aller hier lebenden Menschen aufnimmt.

Ein extrem dicht besiedelter Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg braucht Parks und Grünflächen. Sie sind Orte der Erholung wie zahlloser Freizeitaktivitäten und tragen zu einer besseren Luftqualität bei. Wir wollen Grünflächen in unserem Bezirk, wo immer möglich, erhalten und setzen uns dafür ein, dass dem Erhalt von Grünflächen bei Bauvorhaben künftig eine größere Bedeutung beigemessen wird, als dies bisher der Fall ist.

Wir stehen für eine umfassende Teilhabe aller Menschen und für eine Stadt ohne Rassismus. Nazis und andere Rechtsausleger haben mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Positionen in unserem

Bezirk keinen Platz. Ein tolerantes, weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg ist und bleibt unser Ziel.

Dieses Wahlprogramm ist unser Vorschlag für ein solidarisches Friedrichshain-Kreuzberg und es ist eine Einladung, sich selbst einzumischen. Wir versprechen: Gemeinsam mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern und den vielen Initiativen, Vereinen und Verbänden, die unseren Bezirk ausmachen, werden wir auch in Zukunft verlässlich und kreativ für diese Ziele kämpfen.

Unseren Ost-West-Bezirk prägt bis heute eine wechselhafte, nicht selten angenehm widerspenstige Geschichte. Wir wollen diese Geschichte fortschreiben als eine, die von den Menschen gemacht wird, die hier leben, und nicht von denjenigen, deren einziges Ziel es ist, aus unserem Bezirk maximalen Profit zu schlagen.

Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung. Und dafür werben wir um Ihre Stimme am 26. September 2021.

Arbeit: anständig bezahlt, sozial abgesichert und mitbestimmt

In unserem Bezirk treffen eine Vielzahl unterschiedlichster Arbeitswelten aufeinander. Menschen mit gut bezahlten Jobs wohnen genauso in Friedrichshain-Kreuzberg wie Menschen, die seit vielen Jahren vergeblich nach einer anständig bezahlten Anstellung suchen. Knapp 120 000 Menschen in unserem Bezirk arbeiten in einem sozialversicherungspflichtigen Job, mehr als ein Drittel davon in Teilzeit. Hinzu kommen fast 15 800 Minijobs, mehr als die Hälfte davon sind Zweitjobs. Niedriglöhne sind nach wie vor weit verbreitet. Nur noch eine Minderheit der Beschäftigten arbeitet in einem tarifgebundenen Betrieb, wo Löhne und Arbeitsbedingungen mit Unterstützung einer Gewerkschaft gemeinsam ausgehandelt werden und für alle verbindlich gelten. Friedrichshain-Kreuzberg ist zugleich ein Bezirk mit einer großen und wachsenden Zahl von Solo-Selbstständigen, von denen viele nur über ein bescheidenes Einkommen und eine unzureichende soziale Absicherung verfügen.

Bezirkliche Strategie für gute Arbeit

Wir wollen, dass auch auf Ebene unseres Bezirks eine konsequente Strategie für gute Arbeit entwickelt wird. Nur mit gut bezahlter Arbeit lässt sich die soziale Spaltung nachhaltig bekämpfen. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass 2019 in unserem Bezirk die berlinweit erste Beauftragte für gute Arbeit eingestellt wurde. Alle Ämter und

Struktureinheiten des Bezirksamts können seitdem auf Expertise und Beratung dieser Beauftragten zurückgreifen. Mit dem neu gegründeten bezirklichen »Netzwerk Gute Arbeit« wurde ein Forum geschaffen, in dem wichtige Fragen mit Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, Jobcenter und Beratungsstellen diskutiert und behördenübergreifend bezirkliche Handlungsmöglichkeiten ausgelotet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig alle bezirklichen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um gute Arbeit voranzubringen: von mehr Beratungsangeboten und Kontrollen bis hin zu den Vorgaben bei öffentlichen Aufträgen oder bei Verträgen mit freien Trägern. Im Rahmen des »Netzwerks für Gute Arbeit« wollen wir für mehr tariflich abgesicherte und mitbestimmte Beschäftigungsverhältnisse sorgen, auch dort, wo dies zurzeit leider häufig noch die Ausnahme ist, zum Beispiel in der Gastronomie, im KfZ-Handwerk oder bei freien Trägern.

Beratung für Beschäftigte im Bezirk

Mit der Beauftragten für gute Arbeit haben sowohl Bürger*innen als auch Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschaften jetzt eine Anlaufstelle bei allen Fragen rund um Arbeitsbedingungen im Bezirk. Wir setzen uns dafür ein, dass es künftig auch verstärkt wohnortnahe Angebote für Arbeitnehmer*innen gibt, beispielsweise in Kooperation mit den Volkshochschulen oder den Bibliotheken.

Menschen mit Migrationsgeschichte sind auf dem Berliner Arbeitsmarkt oftmals besonders benachteiligt: Sie verdienen im Schnitt pro Kopf nur etwas mehr als die Hälfte im Vergleich zu Menschen ohne Migrationsgeschichte. Gerade diejenigen, die mit sprachlichen und kulturellen Barrieren zu kämpfen haben, leiden unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen, finden aber bisher oftmals keine passende Unterstützung. Wohnortnahe Beratungsangebote müssen daher auf diese besonderen Anforderungen ausgerichtet sein. Dies soll in enger Kooperation mit dem Berliner Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit geschehen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass insbesondere neu aus dem Ausland nach Berlin Zugezogene bei der Anmeldung ihres Wohnsitzes beim Bürgeramt ein Willkommenspaket erhalten, das sie auch über ihre Rechte in der Arbeitswelt aufklärt und über entsprechende Beratungsstellen informiert.

Soziale Absicherung für alle

Die Pandemie hat die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt vertieft. Teilweise ist es mit Kurzarbeit und Aufstockung per Tarifvertrag gelungen, die Beschäftigten auch in der Krise abzusichern. Gleichzeitig haben in Friedrichshain-Kreuzberg Tausende ihren Arbeitsplatz verloren, vor

allem, wenn sie nur einen befristeten Arbeitsvertrag hatten oder als Leiharbeitnehmer*innen tätig waren. Eine Lehre aus der Corona-Krise muss daher sein, solche schlecht abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse soweit wie möglich zurückzudrängen. Dafür wird sich DIE LINKE weiter mit aller Kraft einsetzen.

Ein besonderes Problem stellen dabei Minijobs dar. Mehr als 30 000 Berliner*innen haben im Frühjahr 2020 ihren Minijob verloren. Beschäftigte mit Minijobs werden von den Sozialversicherungssystemen kaum aufgefangen und haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Solche Arbeitsverhältnisse sind nicht krisenfest und sollten deshalb nicht aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Bezirk muss die Umwandlung von Minijobs in sozialversicherte Beschäftigung auch darüber hinaus vorantreiben. Dafür wollen wir eine enge Kooperation mit der Agentur für Arbeit aufbauen und vorhandene Beratungskompetenzen nutzen.

In Berlin haben außerdem besonders viele Beschäftigte einen befristeten Arbeitsvertrag. Sie sind Nachfrageschwankungen und Krisen ungeschützt ausgesetzt. Befristungen ohne Sachgrund müssen daher durch den Bund ausnahmslos verboten werden. Aber auch der Bezirk ist gefragt, Honorarverträge in der Volkshochschule und von Sprachmittler*innen in feste Anstellungen umzuwandeln. Der bundesweite gesetzliche Mindestlohn hat vielen Beschäftigten geholfen, aber er muss deutlich steigen, damit er vor Armut schützt. Ein Mindestlohn von 13 Euro ist überfällig.

Soziale Absicherung auch für Selbständige

In Friedrichshain-Kreuzberg sind auffällig viele Selbstständige auf unterstützende Sozialleistungen angewiesen – dies war schon vor der Krise so und ist durch Corona weiter verschärft worden. In der Corona-Krise wurden sie von der Bundesregierung gleich auf Hartz IV verwiesen, während DIE LINKE in Berlin, wie im Bund, vehement dafür gekämpft hat, dass insbesondere Solo-Selbstständige Hilfen für den Lebensunterhalt unbürokratisch mit den Corona-Wirtschaftshilfen erhalten.

Auf Bundesebene kämpft DIE LINKE auch über die Corona-Krise hinaus für eine bessere soziale Absicherung von Selbstständigen, unter anderem dadurch, dass diese in die Sozialversicherungssysteme einbezogen werden.

Starke Betriebs- und Personalräte in ihrer Arbeit unterstützen

Nur noch weniger als die Hälfte der Berliner Beschäftigten arbeiten in einem mitbestimmten Betrieb mit Betriebs- oder Personalrat. Doch es sind gerade die Betriebs- und Personalräte, die in der konkreten

betrieblichen Situation Fragen von Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitszeitgestaltung und Personalausstattung oder Fort- und Weiterbildung thematisieren sowie die Interessen der Beschäftigten vertreten.

Wir sehen das Bezirksamt in der Verantwortung, sich für Mitbestimmung sowie mehr Betriebsräte in Friedrichshain-Kreuzberg einzusetzen. Der rechtliche Rahmen ist auszuschöpfen, um möglichst keine bezirklichen Aufträge an Unternehmen zu vergeben, die Mitbestimmung erschweren oder unmöglich machen. Gerade die Neugründung von Betriebsräten benötigt Unterstützung und Beratung, denn noch viel zu oft werden Neugründungen vom Arbeitgeber torpediert und damit effektive Mitbestimmungsorgane verhindert.

Im Frühjahr 2022 stehen turnusgemäß die gesetzlichen Betriebsratswahlen an. Mit einem Betriebs- und Personalräteempfang soll die wichtige Arbeit der ehrenamtlichen Betriebs- und Personalräte sichtbar gemacht und gewürdigt werden. Wir streben die Auslobung eines bezirklichen Betriebs- und Personalrätepreises an, um Beispiele besonders solidarischer, mutiger und innovativer Mitbestimmungsarbeit zu honorieren.

Öffentliches Geld nur für gute Arbeit

Das Land Berlin vergibt jährlich für rund fünf Milliarden Euro Aufträge, den größten Teil über die Bezirke. Damit haben das Land und seine Bezirke einen beträchtlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in einigen Branchen, wie zum Beispiel im Bau- und Reinigungsgewerbe. Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hat 2020 auf maßgebliche Initiative der LINKEN hin ein Vergabegesetz

verabschiedet, das für die Erfüllung größerer öffentlicher Aufträge einen Mindestlohn von 12,50 Euro vorschreibt. Außerdem kann die Bezahlung nach einschlägigen Tarifverträgen vorgegeben werden. Damit nimmt Berlin bundesweit eine Vorreiterposition ein.

Wir wollen, dass Friedrichshain-Kreuzberg den neuen Vergabemindestlohn sowie die Tariftreue-Klausel voll ausnutzt, wirksam kontrolliert und Verstöße konsequent sanktioniert. Dazu gehören auch Vertragsstrafen, die Kündigung von Aufträgen oder der Ausschluss bestimmter Unternehmen von Ausschreibungen, wenn die Vorgaben nicht eingehalten werden. Bei ansonsten gleichwertigen Angeboten sollen zudem diejenigen Unternehmen bevorzugt einen Zuschlag erhalten, die Ausbildungsplätze bereitstellen. Bei im Ausland produzierten Waren oder dort erbrachten Dienstleistungen muss das Bezirksamt darauf achten, dass nicht gegen die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation verstoßen wird. Wir wollen, dass die Bezirksverordnetenversammlung zukünftig regelmäßig an-

hand eines bezirklichen Vergabeberichts diskutieren kann, inwieweit bei der Vergabepraxis tatsächlich Sparsamkeit, Leistungsfähigkeit und Qualität sowie die Förderung sozialversicherungspflichtiger, tariflich abgesicherter und mitbestimmter Arbeitsplätze sichergestellt ist. Auch über Intensität und Ergebnisse der Kontrolltätigkeiten wird damit Transparenz hergestellt.

Bei Bauprojekten, an denen der Bezirk als Bauherr beteiligt ist, besteht eine besondere Verantwortung, für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dazu muss der Bezirk verbindlich sicherstellen, dass die ausführenden Bauunternehmen der zuständigen Gewerkschaft ungehindert Zugang zu den Baustellen ermöglichen. Bei der Vergabe von Bau- und Reinigungsaufträgen soll vereinbart werden, dass die Arbeitszeiten der Beschäftigten elektronisch und manipulationssicher aufgezeichnet werden müssen.

Gute Arbeit als Kriterium der Wirtschaftsförderung

Bei allen Fragen der Wirtschaftsförderung sowie in der Ansiedlungspolitik müssen Mindeststandards guter Arbeit eine Rolle spielen. Staatliche Zuschüsse für Minijobs und Leiharbeit sind mit uns nicht zu machen. Bei der Neuansiedlung von Unternehmen soll das Bezirksamt, zum Beispiel begleitend zu einem Bebauungsplanverfahren, auch Verträge über die Einhaltung entsprechender Standards mit den Unternehmen abschließen.

Wir setzen uns auf Landesebene dafür ein, den Arbeitsschutz zu stärken und damit deutlich mehr Kontrollen zu ermöglichen. Aber auch Kontrollen durch das bezirkliche Ordnungsamt sollten immer die Arbeitsbedingungen im Blick haben. Wir wollen zudem den Gewerbeservice sensibilisieren, bei der Gewerbeanmeldung Rahmbedingungen ausbeuterischer (Schein-)Selbstständigkeit zu erkennen und einzugreifen, wenn dies der Fall ist.

Gute Arbeitsbedingungen bei freien Trägern

Viele öffentliche Dienstleistungen werden von freien Trägern erbracht: von Jugendzentren über Bildungsträger und Kitas bis zu Pflegeeinrichtungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch dort, wo öffentliche Gelder an freie Träger fließen, gute Arbeitsbedingungen, sozialversicherte Beschäftigung und eine tarifliche Entlohnung gewährleistet sind.

Über die Verwendung öffentlicher Mittel bedarf es der Transparenz. Deshalb sollen freie Träger mit bezirklicher Zuwendung Angaben zu Arbeitsverhältnissen, Tarifbindung und Mitbestimmung in der Transparenzdatenbank veröffentlichen. Wir schlagen vor, gezielt die Lohnentwicklung bei freien Trägern auf bezirklicher Ebene zu analysieren.

sieren, um auf belastbarer Grundlage in der Bezirksverordnetenversammlung über Ursachen und mögliche Gegenmaßnahmen für das Zurückbleiben hinter der Entwicklung der Tariflöhne debattieren zu können.

Der von der rot-rot-grünen Koalition auf 12,50 Euro erhöhte Landesmindestlohn muss nun auch bei freien Trägern gezahlt werden. Wir wollen, dass darüber hinaus Tariftreuerregeln bei öffentlichen Zuwendungen und in sozialrechtlichen Entgeltvereinbarungen mit freien Trägern verankert werden.

Hierzu gehört auch, ausreichende finanzielle Mittel einzuplanen und Tarifsteigerungen bei den Mittelzuweisungen zu berücksichtigen.

Die Arbeit von Betriebsräten gehört zu jedem Betrieb, und wir erwarten von allen freien Trägern, die öffentliche Aufgaben übernehmen, dass sie eine umfassende Mitbestimmung durch Betriebsräte gewährleisten.

Gute Arbeit in Verantwortung des Bezirksamtes statt Outsourcing

Der Bezirk ist auch selbst als Arbeitgeber in der Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen für seine Beschäftigten zu sorgen. Dazu muss die Politik des Personalaufbaus und der Personalqualifizierung in der wachsenden Stadt konsequent fortgesetzt werden. Wir schlagen vor, mit Hilfe des DGB-Index »Gute Arbeit« konkrete Belastungsfaktoren für die Beschäftigten des Bezirksamtes zu identifizieren und gezielt zu beseitigen.

Dienstleistungen, die an private Firmen ausgelagert wurden, um durch Lohndumping Kosten zu sparen, wollen wir in die öffentliche Verantwortung zurückholen. Dazu gehören die Schulreinigung und das Schulessen, die Pflege von Spielplätzen und Grünanlagen und die Pfortnerdienste in den Rathäusern.

Arbeitslosigkeit und Jobcenter: unterstützen statt sanktionieren

Eine gute Unterstützung, Beratung und Vermittlung von erwerbslosen Menschen bleiben von großer Bedeutung. In Friedrichshain-Kreuzberg war die Arbeitslosigkeit bereits vor der Corona-Krise höher als im berlinweiten Durchschnitt. In der Pandemie haben noch einmal Tausende ihren Job verloren, vor allem in Hotels und Gaststätten sowie im Transport- und Verkehrsbereich. Auch viele Studierende

haben keinen Nebenjob mehr, Solo-Selbstständige leiden unter Auftragseinbrüchen und mussten Hartz IV beantragen.

Hartz IV

DIE LINKE will das Hartz-IV-System überwinden und durch eine repressionsfreie Existenzsicherung für Erwerbslose ersetzen. Auch im Rahmen des bestehenden Systems wollen wir den Zugang zu Leistungen vereinfachen. Auf Landesebene ist es uns gelungen, die Regelungen zur Übernahme von Wohnkosten durch die Jobcenter so verbessern, wodurch sich die vom Jobcenter übernommene Miete den realen Mieten angenähert hat. Mit neuen Ausnahmeregelungen können weitaus mehr Zwangsumzüge vermieden werden. Wir haben eine Ombudsstelle für ratsuchende Hartz-IV-Beziehende eingerichtet.

An diese Erfolge wollen wir anknüpfen. Sie täuschen aber nicht darüber hinweg, dass die Hartz-IV-Regelsätze zu niedrig sind und das Sanktionsregime weiterbesteht. Niemand geht gerne zum Jobcenter. Zu viele Hartz-IV-Beziehende empfinden den Umgang der Jobcenter mit ihnen als Willkür oder Schikane. Die entsprechenden Regelungen auf Bundesebene müssen endlich geändert werden.

Wir wollen aber auch im Bezirk darauf einwirken, dass Vorladungen ins Jobcenter auch nach der Corona-Pandemie auf das Nötigste beschränkt werden.

Vermittlung in Arbeit

Die Vermittlung in der Agentur für Arbeit oder im Jobcenter muss sich an dem Ziel orientieren, in gute, existenzsichernde und der Qualifikation angemessene Beschäftigung zu führen. Minijobs gehören nicht dazu. Bisher wird in den Berliner Jobcentern nicht einmal sichergestellt, dass die angebotenen Arbeitsstellen keine sittenwidrige Entlohnung vorsehen.

DIE LINKE will Agenturen für Arbeit und Jobcenter bei der Bekämpfung von unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit stärker in die Pflicht nehmen. Wenn die Zahlung von Aufstockerleistungen erst durch sittenwidrige Entlohnung notwendig wird, muss die Erstattung dieser Leistungen von den Jobcentern gegenüber den Arbeitgeber*innen eingeklagt werden. Dafür ist eine systematische und ausnahmslose Überprüfung der Höhe der gezahlten Löhne unverzichtbar. Sie soll in jedem Fall erfolgen, bevor Stellenangebote an Erwerbslose weitergegeben werden. Eine Vermittlung in Minijobs lehnen wir ab und wollen mit dem Jobcenter Friedrichshain-Kreuzberg verbindlich vereinbaren, dass nur noch in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt wird.

Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung

Langzeiterwerbslose haben besonders darunter zu leiden, dass die Bundesregierung die Arbeitsförderung über viele Jahre drastisch heruntergefahren hat. Im Ergebnis reichen die Angebote für Unterstützung und Qualifizierung insbesondere für Hartz-IV-Empfänger*innen bei weitem nicht aus.

Wir wollen, dass die Unterstützung im Jobcenter für Menschen, die bereits längere Zeit ohne Beschäftigung sind, nicht länger hinter den Möglichkeiten der Arbeitsagenturen zurückbleibt. Wer bereits lange nach einer Beschäftigung sucht, ist umso mehr auf Unterstützung angewiesen. Insbesondere die Angebote für Geringqualifizierte müssen deutlich ausgebaut werden.

Öffentlich geförderte Beschäftigung kann dazu beitragen, dass Menschen eine neue Chance bekommen und gleichzeitig sinnvolle Aufgaben übernehmen. Für uns ist dabei klar: Öffentlich geförderte Beschäftigung darf nicht zum Lohndumping missbraucht werden und keine regulären Arbeitsplätze verdrängen. Sie muss zum Tariflohn erfolgen, sozialversichert und freiwillig sein. Deshalb wollen wir auf Landesebene das Pilotprojekt »Solidarisches Grundeinkommen« nach einer Evaluation ausbauen und weiterentwickeln. Bislang erhalten 1 000 arbeitslose Berlinerinnen und Berliner dadurch eine dauerhafte Alternative zum Arbeitslosengeld II. Sie haben unbefristete, sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse, zum Beispiel in Schulen, Kitas oder im ÖPNV, und werden fair bezahlt.

Unterstützung und Beratung im Jobcenter

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Jobcenter Orte werden, an denen Erwerbslosen bestmöglich unterstützt und beraten werden. Sanktionen gehören abgeschafft. Schikane darf es nicht geben. Die Unterstützung der Menschen und der Respekt vor ihren unterschiedlichen Ausgangslagen müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Der geplante Umzug des Jobcenters darf nicht zu einer erschwerten Erreichbarkeit führen. Ratsuchende müssen besser über ihre Rechte aufgeklärt und entsprechend beraten werden. Es braucht bedarfsdeckende Schuldner*innen- und Suchtberatung. Interkulturelle Kompetenz ist in allen Anlaufstellen und Beratungsangeboten im Bezirk unverzichtbar. Im Jobcenter braucht es außerdem ausreichend Sprachmittler*innen. Für all das brauchen die Beschäftigten der Jobcenter gute Arbeitsbedingungen, Qualifizierungsmöglichkeiten und Unterstützung. Dazu gehört, die Befristung ihrer Arbeitsverträge auf wenige Ausnahmen zu beschränken und die Arbeitsbedingungen von kommunalen Beschäftigten und Angestellten der Agentur für Arbeit, die gemeinsam im Jobcenter arbeiten, anzugleichen.

Ausbildung und Studium: einen erfolgreichen Berufsstart ermöglichen

Ein Schulabschluss und eine Berufsausbildung oder ein Studienabschluss sind zentrale Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass allen jungen Menschen der Zugang zu einer ihren Interessen und Begabungen entsprechenden Ausbildung oder einem entsprechenden Studium ermöglicht wird.

Ausbildungsplätze für alle

Alljährlich finden in Berlin tausende junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Über 10 000 Jugendliche hängen in sogenannten Warteschleifen oder zählen zu den »unversorgten« Jugendlichen. Fehlende Ausbildungsplätze verursachen Jugendarbeitslosigkeit und Jugendarmut. Aus armen Jugendlichen drohen arme Erwachsene und Familien zu werden. Die Corona-Krise hat diese Situation weiter verschärft. Insgesamt droht in Berlin jeder sechste Ausbildungsplatz, bedingt durch die Pandemie, zu entfallen.

Damit alle jungen Menschen, nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg, die dies wollen, nach der Schule eine betriebliche Berufsausbildung starten können, brauchen wir deutlich mehr entsprechende Ausbildungsplätze. DIE LINKE fordert, eine solidarische Umlagefinanzierung von Ausbildungsplätzen einzuführen, um die Ausbildungskapazitäten zu vergrößern, den Ausbildungsmarkt krisensicherer zu machen und die Lasten fair zu verteilen. Solange es keine bundesweite Ausbildungsumlage gibt, kämpfen wir für eine Landesausbildungsplatzumlage für Berlin.

Kleine und mittlere Unternehmen sollen zudem bei der Bildung von Ausbildungsverbänden unterstützt und zielgerichtet über diese Unterstützungsangebote informiert werden. Der Senat soll die Verbundausbildung vereinfachen und fördern, um Auszubildende gerade in der Krise vor Kurzarbeit im eigenen Betrieb zu schützen und die Fortführung ihrer Ausbildung zu gewährleisten.

DIE LINKE unterstützt das Engagement von Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten und sich im Bezirk als Partner der Schulen und der Jugendberufsagentur bei der Berufsorientierung einbringen. Dazu zählt zum Beispiel das Projekt »jobentdecker« vom Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein, das sich als praxisnahes Angebot für frühzeitige Berufsorientierung erwiesen hat.

Wir erwarten vom Bezirksamt, dass die Ausbildungsquote in der Bezirksverwaltung weiter erhöht wird und die Auszubildenden nach ihrer Ausbildung unbefristet übernommen werden. Im Bezirksamt sind verstärkt Praktikumsplätze auch für Schüler*innen und Studierende, inklusive angemessener Praktikumsvergütung, anzubieten. Beschäftigte, die im Bezirksamt ausbilden, müssen dafür an anderer Stelle bei ihren Dienstaufgaben entlastet und diese zusätzliche Tätigkeit muss bei ihrer Vergütung berücksichtigt werden.

Gute Ausbildung

Auszubildende haben ein Recht auf gute fachliche Anleitung und Begleitung im Betrieb und dürfen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden. Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend weist auf teilweise miserable Ausbildungsbedingungen hin. So muss fast ein Drittel der Auszubildenden ausbildungsfremde Tätigkeiten ausführen und Überstunden leisten.

Wir wollen, dass die Ausbildungsqualität in unserem Bezirk verbessert wird. Konkrete Hinweise auf schlechte Ausbildungsbedingungen und Rechtsverstöße, die insbesondere aus dem Hotelgewerbe und anderen Dienstleistungsbranchen immer wieder berichtet werden, sind an die zuständigen Stellen, wie die Kammern, das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit und die Gewerkschaften zu melden, damit diese dagegen vorgehen können.

Auch der Bezirk muss sich im Rahmen der bezirklichen Wirtschaftsförderung und des bezirklichen Bündnisses für Wirtschaft und Arbeit stärker für eine Verbesserung der Ausbildungsqualität einsetzen. Junge Menschen sind über ihre Rechte als Auszubildende zu informieren.

Jugendberufsagentur

Die Jugendberufsagentur muss passgenaue Hilfen für junge Menschen bieten. Die Corona-Krise und der Rückgang der Ausbildungsplätze dürfen nicht dafür benutzt werden, Jugendliche stärker unter Druck zu setzen, jedwede Ausbildung für zumutbar zu erklären oder sie in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu drängen.

Die Jugendberufsagenturen haben sich immer an den Erfordernissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu orientieren. Sanktionen sind hier fehl am Platz.

Wir fordern Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die junge Menschen mit all ihren Potenzialen und Fähigkeiten im Blick haben und nicht nur auf deren Vermittelbarkeit auf den Arbeitsmarkt aus-

gerichtet sind. Die Betreuung in der Jugendberufsagentur muss zudem auf Freiwilligkeit basieren und zusätzliche praktische Hilfe bei der Suche nach Wohnraum, medizinischer Behandlung oder einem Kitaplatz umfassen.

Unterstützung und Beratung für Studierende

Berlin ist mit seinen Hochschulen ein bedeutender Studienstandort. Traditionell wohnen Studierende gerne in unserem Bezirk, verbringen dort ihren Alltag oder nutzen die Bibliotheksstandorte.

Auf Landesebene setzen wir uns dafür, dass die Qualität in Lehre und Studium deutlich verbessert wird, indem auch die Selbstbestimmung der Studierenden gestärkt wird.

Studierende brauchen während des Studiums auch Unterstützung und Beratung, insbesondere mit Blick auf die auch für sie schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt. Das Studierendenwerk Berlin leistet dazu einen wichtigen Beitrag und ist mit einem großen Wohnheim und umfangreichen Unterstützungsangeboten am Franz-Mehring-Platz fest in unserem Bezirk verankert. Zusehends breiten sich jedoch auch kommerzielle Wohnheimbetreiber mit astronomischen Mieten in unserem Bezirk aus. Wir setzen uns dafür ein, alle verfügbaren Mitteln zu nutzen, um derartige Angebote zu regulieren, sodass auch solche privaten Wohnheime Wohnraum zu sozial verträglichen Preisen zur Verfügung stellen.

Viele Studierende befinden sich generell in einer finanziell schwierigen Lage. Viel zu wenige erhalten BAföG. Rund zwei Drittel müssen neben dem Studium arbeiten, um ihren Lebenshalt zu finanzieren. Studierende sind dann auch Arbeitnehmer*innen und in einer ähnlichen Lage wie viele andere prekär Beschäftigte: Lohndumping, Scheinselbstständigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen sind den meisten geläufig. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass auch studentische Beschäftigte in unserem Bezirk verstärkt auf Beratungs- und Unterstützungsangebote für Arbeitnehmer*innen aufmerksam gemacht werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein existenzsicherndes BAföG ein, das alle erreicht, die es benötigen.

Mit dem Voranschreiten des Studiums ändern sich regelmäßig die Bedürfnisse der Studierenden: Nun geht es neben den Strapazen rund um die Abschlussprüfungen zusehends um die Frage: Wie weiter? Viele haben sich fest in unserem Bezirk verwurzelt und wollen in Berlin eine sichere Arbeit finden oder sich selbstständig machen. Wir wollen, dass die Angebote unterschiedlicher Stelle zur Begleitung von Studierenden in dieser entscheidenden Lebensphase in unserem Bezirk verbessert werden.

Bibliotheken, Volkshochschule und Musikschule:

Kultur und Bildung für alle

Die Volkshochschule und die Musikschule sowie die Bibliotheken in unserem Bezirk schaffen Bildungschancen und kulturelle Zugänge für alle – unabhängig von Alter, Bildungsabschluss oder Herkunft. Sie unterstützen Menschen darin, ihre Interessen und Ziele zu verwirklichen, sind soziale Treffpunkte und machen unsere Kieze lebendig. DIE LINKE setzt sich deshalb für eine Stärkung dieser bezirklichen Bildungs- und Kultureinrichtungen ein.

Öffentliche Bibliotheken

Keine Kultureinrichtung in der Stadt wird so häufig besucht wie die öffentlichen Bibliotheken. Die Entscheidung zur Errichtung der Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) neben der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz in Kreuzberg war ein wichtiges Signal für die Entwicklung dieses Standortes. Hier kann die ZLB ein Zeichen für Kultur und Bildung in der Hauptstadt setzen. Berliner*innen werden an diesem Ort in Zukunft lesen, arbeiten, sich bilden oder sich auch einfach nur treffen können.

Aber auch die fünf Stadtteilbibliotheken des Bezirks müssen in Zukunft ein breites und gut erreichbares Angebot für die Bürger*innen in Friedrichshain-Kreuzberg vorhalten. Sie sind in den Kiezen verankert, arbeiten eng mit Kitas und Schulen zusammen und sollen neben der Ausleihe auch Orte zur Erledigung von Hausaufgaben, für Angebote der Leseförderung und für kulturelle Veranstaltungen sein.

Die bezirklichen Bibliotheken müssen besser in die Lage versetzt werden, durch zusätzliche Online-Angebote und einen wachsenden Bestand digitaler Medien eine wichtige Unterstützung für digitale Bildung zu werden. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung mit PC-Arbeitsplätzen.

In den Haushaltsberatungen des Bezirkes hat DIE LINKE durchgesetzt, dass die Mittel der Stadtteilbibliotheken für den Einkauf von Büchern und anderen Medien deutlich erhöht wurden. Auf unsere Initiative hin wird es außerdem ein Medien-Mobil, den sogenannten Bücher-Bus, geben und damit ein wohnortnahes, aufsuchendes Angebot. Erhalten und ausbauen wollen wir den »Medienetat Willkommen«, der den gezielten Ankauf von Medien für Menschen mit Fluchterfahrung finanziert und seinen Fokus auf Medien zum Spracherwerb, aber auch auf Medienangebote aus den Herkunftsländern legt.

Volkshochschule und Musikschule

An der Volkshochschule und an der Musikschule des Bezirkes werden nach wie vor die meisten Kursleiter*innen als Honorarkräfte beschäftigt. Ihnen müssen faire Honorare bezahlt werden. Hier hat es in den letzten Jahren zwar endlich deutliche Erhöhungen gegeben, doch die Honorare bleiben noch immer erheblich hinter der Bezahlung von vergleichbaren festangestellten Dozent*innen zurück.

Wir unterstützen die Forderung der Dozent*innen, berlinweit für arbeitnehmerähnliche Honorarkräfte tarifliche Regelungen zu schaffen. Auch unabhängig von einer solchen tarifvertraglichen Regelung muss das Bezirksamt sicherstellen, dass insbesondere in der Volkshochschule ein wertschätzender Umgang mit den freiberuflichen Dozent*innen sichergestellt ist und alle Spielräume ausgenutzt werden, damit diese beispielsweise im Krankheitsfall nicht von heute auf morgen ohne jegliche Vergütung dastehen. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass Dozent*innen, die hauptberuflich Daueraufgaben für die Volkshochschule oder die Musikschule übernehmen, auch eine feste Anstellung erhalten.

In den Integrationskursen für Menschen mit Migrationsgeschichte bleibt vielen Lehrkräften nach Abzug der Sozialabgaben von den Honoraren nur ein Einkommen, das knapp über dem Hartz-IV-Niveau liegt. Wir setzen uns daher dafür ein, die Kostensätze des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge so anzupassen, dass eine faire Bezahlung möglich wird.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal deutlich vor Augen geführt, wie wichtig auch für die Volkshochschule der Ausbau digitaler Angebote ist. Die technische Ausstattung der Volkshochschule gehört daher mit Dringlichkeit auf die Agenda des Bezirksamtes. Wir werden uns dafür einsetzen, mehr Geld für die Digitalisierung der Angebote bereitzustellen.

Bürgerdienste: wohnortnah, kompetent, digital

Geburtsurkunden, Reisepässe, Gewerbeanmeldungen und vieles mehr gehören zu den Dienstleistungen der Bezirksämter. Bürger*innen haben einen Anspruch auf die zuverlässige, freundliche und zeitnahe Erledigung ihrer Anliegen durch die Bezirksverwaltung. Wir setzen uns für ausreichend qualifiziertes Personal und technischen Voraussetzungen, die einer bestmöglichen Erledigung dieser Bürgerdienste ermöglichen.

Bürgerämter wohnortnah erhalten und digitale Dienstleistungen voranbringen

Mit mehr Personal in den Bürgerämtern und einem neuen Terminvergabesystem konnte die rot-rot-grüne Regierungskoalition auf Landesebene die langen Wartezeiten auf einen Termin generell deutlich verkürzen. Durch die pandemiebedingten Einschränkungen verschlechterte sich die Terminalsituation und die Bearbeitungsfrist bestimmter Anliegen allerdings zwischenzeitlich wieder. Wir wollen, dass alle Bürger*innen innerhalb von 14 Tagen ihr Anliegen in einem Bürgeramt erfolgreich erledigen können. Wir wollen, dass in Friedrichshain-Kreuzberg auch künftig drei Bürgerämter für wohnortnahe Angebote erhalten bleiben. In den Bürgerämtern sollen künftig wieder offene Sprechstunden ohne Termin und kurzfristige Termine für Notfälle angeboten werden.

Online-Dienstleistungen ausbauen

In Zukunft sollen möglichst viele Verwaltungsabläufe, von der Antragsstellung bis zur Zustellung eines Bescheides, komplett online abgewickelt werden können, um Wege- und Wartezeiten zu sparen. Die Online-Zugänge müssen sicher und barrierefrei gestaltet werden. Die Dienstleistungen sollen mehrsprachig erläutert und dafür mehrsprachige Formulare bereitgehalten werden. Einen alleinigen Zugang zu bestimmten Dienstleistungen über Online-Abläufe lehnen wir jedoch ab. Es muss auch weiterhin möglich sein, jedes Anliegen über einen persönlichen Termin, telefonisch oder in einer offenen Sprechstunde, erledigen zu können.

Interkulturalität stärken, Einbürgerungsfeiern personell absichern

Wir wollen Willkommen sagen und dieses für viele Menschen so wichtige Lebensereignis im Rahmen von Einbürgerungsfeiern würdevoll und erinnerungsreich gestalten. Wir werden uns für mehr Stellen in der Staatsangehörigkeitsbehörde einsetzen. Im Standesamt wollen wir die interkulturelle Kompetenz bei Fragen rund um Ehe, Geburt und Tod stärken. Auch die Wartezeit für eine Antragstellung sowie die Bearbeitungsfristen in Staatsangehörigkeitsfragen müssen verkürzt werden.

Für ein starkes Wohnungsamt

Es starkes Wohnungsamt ist gerade für unseren Bezirk von großer Bedeutung. Seit Einführung der Verordnung gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum im Jahr 2014 konnte das Wohnungsamt mehr als 2 800 Wohnungen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zuführen, davon fast 500 Ferienwohnungen in Milieuschutzgebieten.

Wir setzen uns dafür ein, das Wohnungsamt weiter zu stärken, damit es sich selbstbewusst mit Akteuren wie Airbnb auseinandersetzt.

In unserem Bezirk sind viele Menschen auf Wohngeld und Wohnberechtigungsscheine angewiesen. Wir wollen, dass die Bearbeitungsdauern bei diesen Anliegen weiter sinkt und alle rechtlichen Möglichkeiten im Sinne der Antragstellenden genutzt werden.

Gute Bürgerdienste brauchen gutes Personal

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist der erste Bezirk, der ein Ausbildungsbürgeramt in Berlin eingerichtet hat, das hauptsächlich von Auszubildenden unter Anleitung der Auszubildenden des Bezirksamts betrieben wird. Es bietet nicht nur einen dritten Dienstleistungsstandort, sondern sichert auch die Personalgewinnung und erhöht die Bindung des ausgebildeten Personals an den Bezirk. Wir freuen uns über, dass das Ausbildungsbürgeramt im Rahmen des Berliner Verwaltungspreises 2020 für seine Arbeit ausgezeichnet wurde. Das zeigt: auch Friedrichshain-Kreuzberg kann Verwaltung. Wir setzen uns dafür ein, dass bei diesem einzigartigen Projekt auch weiterhin hohe Ausbildungsstandards eingehalten werden.

Demokratie: Bürger*innen stärker und verbindlicher einbeziehen

In wohl kaum einem anderen Bezirk organisieren sich so viele Menschen so aktiv für ihre Interessen und Vorstellungen wie in Friedrichshain-Kreuzberg. Sie stärken die Demokratie von unten und sorgen für eine breite demokratische Mitbestimmung im Bezirk. So haben die Proteste gegen den Mietenwahnsinn und die Volksinitiative für einen Mietenvolksentscheid die Neuausrichtung der Wohnungs- und Mietenpolitik in Berlin entscheidend mit vorangebracht. Zugleich gibt es in unserem Bezirk oft heiße Debatten und auch gegensätzliche Initiativen zum gleichen Thema. Auch das gehört zu einer lebendigen Demokratie. Entscheidend für uns ist dabei auch bei uns im Bezirk ein streitbarer, aber respektvoller Umgang miteinander.

Bürger*innen frühzeitig einbeziehen

In den letzten Jahren wurden auch in unserem Bezirk viele Beteiligungsverfahren zu Alibi-Veranstaltungen. Beim WBM-Bauvorhaben in Friedrichshain-West, beim Umbau der Bergmannstraße und zur Verkehrsberuhigung im Samariterkiez konnten wir eine faire Bürgerbeteiligung erst gegen den Willen des grünen Bezirksstadtrates durchsetzen.

Notwendig ist dabei zuvorderst der respektvolle Umgang des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung mit Anliegen, die von Bürger*innen an sie herangetragen werden. Wir fordern, dass die Öffentlichkeit bei allen relevanten Entscheidungsprozessen so früh wie möglich informiert und einbezogen wird.

Die im Bereich der Stadtentwicklungspolitik bundesgesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren sind dabei grundsätzlich unzureichend, da sie erst stattfinden, wenn schon fast alles entschieden ist. Die Einwände, die Bürger*innen dann vorbringen, werden dann zu oft nur noch als »störende Kritik« behandelt, die Planungen von Investoren und Ämtern behindern. DIE LINKE setzt sich im Bezirk dafür ein, dass Beteiligungsverfahren rechtzeitig im Vorfeld der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung auf Bebauungsplanverfahren ausgeweitet werden. Wir fordern die stärkere Beteiligung der Anwohner*innen auch beim Umbau von Straßen, Plätzen und Grünflächen.

Wir wissen, dass Bürgerbeteiligung zudem oft nicht die gesamte Bevölkerung widerspiegelt, sondern insbesondere ärmere und sehr junge, ältere, schlechter gebildete oder alleinerziehende Menschen in solchen scheinbar offenen Verfahren benachteiligt sind. Der Zugang zu digitalen Beteiligungsmöglichkeiten, die persönlichen Zeitkapazitäten und besondere persönliche Fähigkeiten zur Einflussnahme und öffentlichen Wirksamkeit unterscheiden sich beträchtlich. Das Problem beginnt bereits bei der Information über Beteiligungsmöglichkeiten.

Die auf Landesebene beschlossenen Leitlinien für Bürgerbeteiligung müssen jetzt auch in unserem Bezirk umgesetzt werden und eine handfeste Verbesserung der Verfahren bringen. Wir setzen uns für frühzeitige Transparenz sowie Informationen in mehreren Sprachen und auch in leichter Sprache ein. Auch Kinderbetreuung gehört zu Beteiligungsveranstaltungen – genauso wichtig wäre es, auch Kinder an Diskussionen über ihr Lebensumfeld zu beteiligen.

Was in einem Kiez passt und funktioniert, darf dabei nicht einfach ohne Beteiligung auf andere Kieze und Gegebenheiten übertragen werden.

Demokratische Beteiligung und Entscheidungsprozesse stärken

Gerade bei im Bezirk und nach einer Bürgerbeteiligung strittigen Fragen muss am Ende die demokratisch legitimierte Bezirksverordnetenversammlung und nicht allein das Bezirksamt entscheiden.

Neben selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Initiativen spielt die dauerhafte institutionelle Vertretung in Gremien des Bezirks eine große Rolle, um wichtige Interessen und Perspektiven systematisch an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Senio-

renvertretung, der Migrationsbeirat, die Beiräte für Schulen und Kitas, der Beirat für Menschen mit Behinderung: sie alle müssen verbindlich in die Arbeit von Bezirksamt und Bezirksverordnetenversammlung einbezogen werden.

Einwohneranträge und -anfragen sowie Bürgerbegehren auf Bezirksebene wurden auf Druck der LINKEN bereits vor einigen Jahren eingeführt, Sie gehören inzwischen auch in Friedrichshain-Kreuzberg zum politischen Alltag und sind eine wichtige Bereicherung.

Die rot-rote-grüne Koalition auf Landesebene hat bezirkliche Bürgerbegehren jetzt weiter gestärkt: Bisher konnten laufende Bürgerbegehren einfach ausgehebelt werden, indem die Landesebene die Entscheidung übernahm, wie im Fall der Bebauung des Freudenberg-Areals im Jahr 2015. Während eines laufenden Bürgerbegehrens oder Bürgerentscheids ist das jetzt nicht mehr möglich.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, das Wahlrecht auszuüben und mitbestimmen zu können: Jugendliche ab 16 Jahren und Menschen, die hier dauerhaft leben, sollen auf allen Ebenen wählen dürfen und gewählt werden können.

Frauen und Gleichberechtigung: für ein selbstbestimmtes Leben für alle

Frauen müssen ein freies und selbstbestimmtes Leben führen können. Das heißt: frei von Diskriminierung und frei darin, Entscheidungen selbstständig und ohne Bevormundung treffen zu können – sowohl im gesellschaftlichen Leben wie auf dem Arbeitsmarkt. Wir setzen uns für eine gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft für alle Menschen ein, unabhängig vom Geschlecht.

Existenzsicherung aller Frauen in allen Lebensphasen

Für uns ist ein Schlüssel zur Geschlechtergerechtigkeit die eigenständige Existenzsicherung aller Frauen in allen Lebensphasen und unabhängig von ihrem sozialen Stand. Doch niedrige Löhne, Familienzeiten und Teilzeitbeschäftigung führen dazu, dass sich die Schere zwischen Männern und Frauen bei Einkommen und Berufsperspektiven mit zunehmendem Alter immer weiter öffnet: Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer, haben eine viel niedrigere Rente und arbeiten häufiger in Teilzeit.

Wir wollen traditionelle Rollenvorstellungen aufbrechen. Hierzu gehört die Aufwertung und bessere Entlohnung sogenannter »Frauen«-Berufe, der Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, die Frauen zu einer gut entlohnten und sozialversicherten Beschäftigung verhelfen, sowie eine Berufsberatung, die Mädchen und Frauen auch zum Erlernen vermeintlicher Männerberufe ermutigt.

Fehlende Projektgelder, steigende Mieten und Verdrängung gefährden jedoch das Angebot für Frauen- und Mädchen im Bezirk. Um Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote zu erhalten und auszubauen und um langfristige Strukturen zu schaffen, wollen wir die finanziellen Mittel für Frauenprojekte aufstocken und mehr bezahlbare Räume im Bezirk schaffen.

Wir fordern nicht nur gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir wollen das Verhältnis von Job, Familie, Freizeit und ehrenamtlichem Engagement neu denken. Wir wollen die Zeit für diese zentralen Aufgaben im Leben neu verteilen und die Arbeit gerechter zwischen Frauen und Männern verteilen. Ein Schritt dahin wäre die Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, aber auch der Ausbau des Angebots von Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen und die Stärkung der Beratungs- und Bildungsangebote für Frauen.

Sicher zuhause und im Kiez

Wir treten Gewalt gegen Frauen entschlossen entgegen. Viele Einrichtungen berichten von einem Anstieg der Gewalt während der Corona-Pandemie, da Zufluchtsorte durch Lockdown-Maßnahmen oft geschlossen werden mussten. Darüber hinaus müssen wir davon ausgehen, dass die wahre Zahl der häuslichen Gewalt gegen Frauen deutlich höher liegt, denn viele Opfer von Gewalt innerhalb der Familie oder des Bekanntenkreises trauen sich nicht, den Übergriff polizeilich anzuzeigen. Umfangreiche Aufklärung und Beratung, unter anderem in Schulen und öffentlichen Gebäuden, sowie Zufluchtsorte wie Frauenhäuser wollen wir daher ausbauen und stärken.

Für ein solidarisches Zusammenleben im Bezirk müssen öffentliche Räume den Bedürfnissen von Frauen und Männern gleichermaßen gerecht werden. Hierzu gehört auch, die häufig von Frauen geäußerte Unsicherheit auf dunklen Plätzen und Straßen sowie in Parkanlagen ernst zu nehmen und eine bessere Beleuchtung und Einsehbarkeit öffentlicher Räume zu gewährleisten. Wir wollen, dass kulturelle und Freizeitangebote im Bezirk Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen. Gemeinsam mit den Sportvereinen wollen wir den Frauen- und Mädchensport im Bezirk weiter ausbauen und das Angebot an deren Bedürfnisse anpassen.

Frauen und Mädchen stärken – alle und überall

Auch die vielfältigen Migrantinnenprojekte in Friedrichshain-Kreuzberg verdienen die Unterstützung durch den Bezirk. Wir treten dafür ein, dass sie durch möglichst langfristige Verträge Planungssicherheit bekommen. Das Informationsangebot über Unterstützungs- und Bildungsangebote ist künftig in unserem Bezirk in einer größeren Anzahl an Sprachen anzubieten, damit es für alle Frauen und Mädchen zugänglich ist. Die kommunale Entwicklungspolitik wollen wir unter Berücksichtigung feministischer Perspektiven weiterentwickeln und internationale Frauenprojekte im Bezirk sichtbar machen.

Geschichte ist auch weiblich

Seit Jahrhunderten haben Frauen Friedrichshain-Kreuzberg mitgestaltet, und haben auch Frauen aus unserem Bezirk wichtige Beiträge geleistet, um die Welt zu einem besseren Ort für uns alle zu machen. Wir wollen diese Frauengeschichten im Bezirk sichtbar machen. Gedenktafeln, Plätze und Straßennamen sollen an ihr Wirken erinnern und auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Erinnerungskultur und im öffentlichen Raum sorgen.

Geschichte: aus dem Gestern für das Heute und Morgen lernen

In Friedrichshain-Kreuzberg gibt es viele Orte, an denen sich in besonderem Maße die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte widerspiegeln. Die Erinnerung an diese Geschichte gilt es im öffentlichen Bewusstsein zu halten und sie mit Blick auf die Herausforderungen des Heute und Morgen kritisch zu reflektieren. Das gilt für die beiden Ortsteile unseres Bezirks gleichermaßen – und muss auch die vielfältigen Migrationsgeschichten derer umfassen, die selbst oder deren Vorfahren nach Deutschland, Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg zugewandert oder geflüchtet sind.

Erinnern und Gedenken

DIE LINKE setzt sich für die Intensivierung der Pflege von geschichtsträchtigen Erinnerungsorten im Bezirk und deren Einbettung in eine emanzipatorische Geschichtspädagogik ein. Eine besondere Herausforderung besteht dabei darin, künftig auch jüngere Menschen für die Geschichte ihres Bezirks und die verschiedenen Erinnerungsorte zu interessieren. Gedenkveranstaltungen rund um einschneidende historische Daten sind mit entsprechenden Partner*innen fortzuführen und einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Denkmäler, Büsten und Gedenktafeln, die an fortschrittliche Persönlichkeiten der Geschichte erinnern, müssen erhalten und saniert werden. Dies gilt in besonderem Maße für Antifaschist*innen, aber auch für Persönlichkeiten der Frauen- und der Arbeiterbewegung.

Friedrichshain-Kreuzberg Museum

Eine bedeutende Rolle kommt dabei dem bezirklichen Friedrichshain-Kreuzberg Museum zu. Wir wollen die Arbeit des Museums stärken und unterstützen vor allem eine weitere Öffnung des Museums für die Geschichte des Stadtteils Friedrichshain und eine stärkere Verknüpfung der Arbeit mit Schulen sowie mit emanzipatorischen Initiativen und Vereinen. Dabei sollen auch Aktivitäten außerhalb des Museumsgebäudes wie Stadtrundgänge oder Initiativen zur Pflege von Stolpersteinen im Bezirk verstärkt mit der Arbeit des Museums verzahnt werden. Neben den erfreulicherweise zuletzt bereits stark präsenten Themen Stadtentwicklung, Mieter*innenbewegungen und Migrationsgeschichten halten wir eine stärkere Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung und von Arbeitskämpfen im Bezirk für einen weiteren sinnvollen Schwerpunkt.

Mit Blick auf die Angebote des Friedrichshain-Kreuzberg Museum im Stadtteil Friedrichshain wollen wir prüfen, wie auch dort ein dauerhafter Standort oder eine Außenstelle des Museums geschaffen werden kann. Eine Möglichkeit könnte dabei sein, das Café Sibylle, in dem bereits eine Ausstellung zur Geschichte der Karl-Marx-Alle gezeigt wird, dauerhaft zum »Geschichtscafé Sibylle« als Außenstelle des Museums zu machen.

Volkspark Friedrichshain

Ein besonderes Augenmerk muss auf den Volkspark Friedrichshain als Ensemble geschichtsträchtiger Orte des Gedenkens und Erinnerns gelegt werden. DIE LINKE setzt sich für die Pflege und Weiterentwicklung der verschiedenen Erinnerungsorte ein – vom Friedhof der Märzgefallenen über die Gedenkstätte der Interbrigadisten, die Weltfriedensglocke bis zum Denkmal des gemeinsamen Kampfes polnischer Soldaten und deutscher Antifaschisten. Dabei wollen wir die vorhandenen Vereine und Initiativen rund um diese Erinnerungsorte aktiv einbeziehen.

Vielfalt der Geschichten abbilden

Das Erinnern und Gedenken muss auch die vielfältigen Migrationsgeschichten derer einbeziehen, die selbst oder deren Vorfahren aus dem Ausland nach Friedrichshain-Kreuzberg zugewandert oder geflüchtet sind und die heute einen festen Bezug zu unserem Bezirk haben.

DIE LINKE unterstützt daher auch die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Massakers an zehntausenden Alevit*innen 1937/ 1938 im ostanatolischen Dersim, da im Bezirk die größte Diaspora-Gemeinde aus Dersim lebt und die Dersim Kulturgemeinde Berlin hier auch ihren Sitz hat.

Straßennamen

In den vergangenen Jahren haben wir Initiativen für Benennung eines öffentlichen Ortes nach herausragenden Persönlichkeiten mit Bezug zu unserem Bezirk wie Rudi Dutschke, Silvio Meier und Rio Reiser unterstützt und diese auch durchgesetzt.

Wir wollen weiter, dass künftig, Straßen, vorrangig nach Frauen benannt werden, um auch hier für mehr Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Raum zu sorgen. Ausnahmen unterstützen wir nur, wenn die Person in herausragender Weise dem Kampf für Emanzipation, Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt in der Gesellschaft diene.

Wir unterstützen, dass Straßennamen auf ihre historische Belastung wissenschaftlich überprüft werden. Wenn sich aus der Prüfung keine Verpflichtung zur Umbenennung ergibt, soll eine Kommentierung auf dem entsprechenden Straßenschild erfolgen, um die Rolle der Person aus heutiger Sicht einzuordnen.

Gesundheit und Pflege: für eine starke öffentliche Gesundheitsversorgung

Gute Gesundheitsversorgung und gute Pflege sind öffentliche Güter, zu denen alle Zugang haben müssen, die sie ihrer bedürfen. Der Zugang darf nicht vom jeweiligen Geldbeutel abhängen und muss daher solidarisch finanziert werden. Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE deshalb schon lange für ein solidarisches Gesundheits- und Pflegeversicherungssystem ein, in das alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen und das die anfallenden Leistungen ohne weitere Zahlungen abdeckt. Auch Menschen, die wie viele Selbstständige mit geringem Einkommen oder aber Obdachlose aktuell ohne Krankenversicherungsschutz sind, brauchen Zugang zu einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung. Um den Teufelskreis zwischen Armut und Krankheitsrisiko zu durchbrechen, müssen zugleich die Bedingungen für ein gesundes Leben für alle Menschen umfassend verbessert werden.

Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wurde durch jahrzehntelange Kürzungsrunden personell und sachlich so kaputtgespart, dass er seine regulären Aufgaben gerade noch bewältigen konnte. Für eine Pandemie sind die Kapazitäten nicht ausreichend. DIE LINKE streitet für einen leistungsfähigen, personell und technisch gut ausgerüsteten Öffentlichen Gesundheitsdienst zum Schutz und zur Förderung der Gesundheit der Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg.

Mit dem Pakt für den ÖGD, auf den sich der Bund und die Bundesländer 2020 verständigt haben, sollen die Gesundheitsämter endlich personell aufgestockt, modernisiert und vernetzt werden. Für unser Gesundheitsamt in Friedrichshain-Kreuzberg wollen wir qualifiziertes Personal wie Fachärzt*innen, Gesundheitsaufseher*innen und Sozialarbeiter*innen gewinnen und moderne Technik und IT anschaffen. Wir setzen uns im Bezirk für eine ausreichende Unter-
setzung dieses Ziels mit Haushaltsmitteln ein und unterstützen, wo notwendig, die übertarifliche Bezahlung in diesen sogenannten Mangelberufen.

Besonders im Bereich der Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche will DIE LINKE Ressourcen und Engagement verstärken. Neben den zahnärztlichen Reihenuntersuchungen sind die Schuleingangsuntersuchungen für einen guten Start in das Schulalter unverzichtbar: Hier werden Förderbedarfe erkannt und präventiv behandelt. Angebote der Hörberatung sowie des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes wollen wir genauso wie Aufklärungsarbeit zu Ernährung, Bewegung und Freizeitverhalten in mehreren Sprachen sowie wohnortnaher und aufsuchender für alle Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg zugänglich machen.

Wir wollen das Zentrum für sexuelle Gesundheit stärken, damit Schwangerenversorgung, Verhütungsmittel und Familienplanung keine Frage des Geldbeutels oder des Versichertenstatus sind.

Der Sozialpsychiatrische Dienst und die Beratungsstelle für behinderte, chronisch erkrankte und alte Menschen sollen ausgebaut werden, um aufsuchend tätig werden zu können.

Krankenhausstandorte erhalten und qualifizieren

Die beiden landeseigenen Krankenhäuser im Bezirk, das Vivantes Klinikum am Urban und das Vivantes Klinikum im Friedrichshain, bilden das Rückgrat der stationären Versorgung im Bezirk. Sie sind rund um die Uhr mit ihren Rettungsstellen die wichtigsten Anlaufstellen für alle Notfallpatient*innen. Wir wollen beide Standorte erhalten.

Besonders das Klinikum am Urban darf hinsichtlich der Investitionsmittel im Vivantes Konzern nicht benachteiligt werden. Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, das Klinikum am Urban mit höheren Investitionsmitteln zu sanieren und so spürbare Verbesserungen in der wohnortnahen Versorgung zu erreichen. Das bezirkliche Stadtplanungsamt muss die dafür nötigen Umbau-Planungen des Krankenhauses besser begleiten und zügig genehmigen.

Wir brauchen mehr Personal in der Krankenpflege. Deshalb unterstützen wir die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft im Kampf für eine gesetzliche Mindestpersonalausstattung und höhere Löhne. Nur so ist in den Krankenhäusern eine bessere Versorgung für alle möglich. Wir begrüßen Aktivitäten, gelernte Pflegekräfte in ihren Beruf zurückzuholen und Ausbildungskapazitäten zu erweitern.

DIE LINKE unterstützt die Patientenfürsprecher*innen darin, Patient*innen und ihren Angehörigen bei Problemen und Beschwerden gegenüber den Krankenhäusern zu helfen. Wir wollen diese wichtige ehrenamtliche Arbeit bekannter machen und die Erfahrungen öffentlich mit den beteiligten Akteur*innen diskutieren.

Die wohnortnahe ärztliche Versorgung darf keine Frage des Geldbeutels sein

Es ist Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, eine flächendeckende und wohnortnahe ärztliche Versorgung zu organisieren. Berlin hat nicht zu wenige Ärzt*innen, sie sind nur ungleich in der Stadt verteilt. So sind seit Jahren Wanderungsbewegungen in offenbar lukrativere Bezirke zu verzeichnen.

Im Ergebnis gibt es in unserem Bezirk in der Südlichen Friedrichstadt keinen einzigen Kinderarzt, obwohl hier überdurchschnittlich viele junge Menschen leben und die Kinderarmut hoch ist, was oft mit gesundheitlichen Problemen einhergeht. Die Menschen brauchen auch hier eine verlässliche wohnortnahe und kultursensible kinderärztliche Versorgung. DIE LINKE setzt sich daher für die Niederlassung eines zusätzlichen Kinderarztes in der südlichen Friedrichsstadt ein und erwartet vom Bezirksamt unterstützende Maßnahmen, zum Beispiel bei der Suche nach geeigneten Praxisräumen.

Auch die gesundheitliche Versorgung von obdachlosen Menschen sowie die Bereitstellung geeigneter und finanzierbarer Wohnformen für Menschen in psychosozialer Betreuung müssen gewährleistet sein. DIE LINKE unterstützt die Entwicklung neuer, interdisziplinär orientierter Konzepte wie beispielsweise Einrichtungen, die speziell auf die Bedürfnisse obdachloser Menschen mit psychischem Hilfebedarf eingehen.

Gute Pflege – gut für uns alle

Wer schwer erkrankt oder im Alter gebrechlich wird, braucht Pflege. Doch viel zu oft werden die Pflegeleistungen teuer erworben oder durch Familienangehörige unentgeltlich erbracht. Es sind zumeist Frauen, die diese körperlich und seelisch herausfordernde Arbeit als schlecht bezahlte Angestellte oder unbezahlte Familienangehörige, leisten.

DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene dafür ein, Pflegeleistungen vollständig und bedarfsdeckend aus der Pflegeversicherung zu finanzieren. Jeder Mensch soll selbstbestimmt entscheiden können, wo und von wem welche Pflegeleistung in Anspruch genommen wird. Dazu gehört auch, dass in Friedrichshain-Kreuzberg mehr Wohnraum barrierefrei gebaut oder geeignet umgestaltet wird.

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wissen wir, wie wichtig qualifiziertes Personal in der Altenpflege ist. Eine gute Personalausstattung ist nötig, um Hygieneleistungen und Testungen sorgfältig durchführen und Infektionsausbrüchen vorbeugen zu können.

Dem Pflegenotstand wollen wir durch eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen begegnen. Pflege darf nicht profitorientiert ausgerichtet werden. Deshalb unterstützen wir gemeinnützige und landeseigene Pflegeeinrichtungen wie die Vivantes Hauptstadtpflege, die bedarfsgerecht mit Personal und medizinisch-therapeutischer Infrastruktur ausgestattet werden müssen.

Die Pflegestützpunkte mit ihren drei Standorten in Friedrichshain und Kreuzberg spielen eine wichtige Beratungs- und Unterstützungsrolle für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Wir wollen deren Bekanntheit vergrößern und ihre Expertise nutzen, um die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und Ärzten zu verbessern.

Menschen mit perspektivischem Pflegebedarf sollen frühzeitig beraten werden, um beispielsweise Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung des Wohnumfelds durchführen zu können. Familien mit pflegebedürftigen Kindern bedürfen einer vernetzten Unterstützungsstruktur, um die Inklusion in Kita und Schule, die Gestaltung eines geeigneten Wohnumfelds sowie die Unterstützung von Geschwisterkindern zu verbessern. Auch Beratungseinrichtungen für überlastete Angehörige, wie »Pflege in Not«, unterstützen wir.

Die Würde des Menschen ist auch in der letzten Phase des Lebens unantastbar. DIE LINKE will deshalb die Hospiz- und Palliativversorgung schwerstkranker und sterbender Menschen verbessern und Unterstützungsangebote für Angehörige und Freunde ausbauen.

Hierzu gehören auch spezielle Angebote für Kinder oder für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung sowie eine Stärkung kultursensibler Hospizarbeit.

Suchthilfe und Suchtprävention

Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von Drogenkonsument*innen und Drogenabhängigen ein. Zugleich kämpfen wir für ein konsequentes Werbeverbot für legale Drogen wie Alkohol und Zigaretten auf Werbeflächen im Bezirk und die strikte Einhaltung der Jugendschutzregelung beim Verkauf von Alkohol und Tabak.

Die Träger der Drogen- und Suchthilfe müssen finanziell besser ausgestattet und die öffentlichen Förderungen entsprechend angepasst werden, damit die Mitarbeiter*innen nach Tarif bezahlt werden. Angebote zur Suchtprävention, Suchttherapie und Selbsthilfe, die Menschen mit Suchterkrankungen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, wollen wir verstetigen und ausbauen. Die bezirkliche Suchtkoordination soll personell gestärkt werden. Da Menschen mit Suchtproblemen nicht immer ohne Weiteres die angebotene Hilfe annehmen können, benötigen wir ein am Bedarf orientiertes ambulantes Behandlungsangebot. Psychosoziale Betreuungsangebote für Schwerstabhängige müssen ausgebaut werden.

Der auch in Friedrichshain-Kreuzberg erfolgreich durchgeführte Ausbau von Drogenkonsumräumen sorgt für mehr Schutz für die Konsumierenden und entlastet den öffentlichen Raum. Wir wollen die Arbeit dieser Sucht- und Drogenhilfeeinrichtungen weiterhin unterstützen und für mehr Akzeptanz für ihre notwendige Arbeit in der jeweiligen Nachbarschaft werben.

Jugend: Freiräume sichern und Unterstützung ausbauen

Jugend ist Schule, Ausbildung oder Studium, Treffen in Gruppen, Herumhängen im öffentlichen Raum, Party, erste Liebe und vieles mehr – und in unserem Bezirk schon seit langem auch alternative Jugend- und Jugendsubkultur. Jugend ist erwachsen werden und eine sehr besondere, ereignisreiche und aufregende Lebensphase.

Diese Lebensphase braucht Schutz und Unterstützung, wo es erforderlich ist. Wir wollen, dass es in unserem Bezirk ausreichend Angebote gibt, um junge Menschen in dieser Phase zu begleiten, ihnen attraktive Angebote außerhalb der Schule zu unterbreiten und in schwierigen Lebenslagen zur Seite zu stehen.

Freizeiteinrichtungen und Jugendclubs

Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sind für junge Menschen abseits von Schule und Elternhaus wichtige Sozialisations- und Bildungsorte. Sie erfahren hier ohne Leistungs- und Bewertungsdruck Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung, erleben Beteiligung und Mitbestimmung, treffen Gleichgesinnte, finden Freund*innen oder entfliehen beengten Wohnverhältnissen. Diese nichtkommerziellen Angebote, die unabhängig vom Einkommen allen offenstehen, wollen wir pflegen und ausbauen. Das gilt auch für selbstverwaltete Projekte von Kindern und Jugendlichen und Projekte der Begegnung verschiedener Kulturen, der politischen Jugendbildung oder der Mädchenarbeit.

Aber es besteht Nachbesserungsbedarf. Zentrale Häuser sind aktuell wegen Bauvorhaben nicht nutzbar. Die Öffnungszeiten vieler Jugendfreizeiteinrichtungen sind mit den Bedürfnissen der Jugendlichen nicht vereinbar. Einrichtungen sind überlaufen. In einigen Quartieren, zum Beispiel am Ostbahnhof, fehlen sie komplett. Modernisiert werden müssen vielerorts auch die digitalen Angebote. Mit dem Jugendförderungsgesetz hat die rot-rot-grüne Koalition auf Landesebene hierfür eine Grundlage gelegt, nun müssen dringend weitere Schritte folgen. Wir erwarten zudem vom Bezirksamt, aktiv Räume zu suchen, um die verschiedenen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe langfristig zu sichern und auszubauen.

In den vergangenen Jahren sind in Friedrichshain-Kreuzberg zwar viele Ressourcen in die Familienarbeit geflossen. Dies ging allerdings in Teilen zu Lasten der Jugendarbeit. Nun geht es darum, die zusätzlichen Mittel aus dem Jugendfördergesetz konsequent in die Jugendarbeit zu investieren. Wo neue Angebote entstehen, sollen kommunale Träger den Vorrang haben.

Alternative Jugendkultur

Seit Jahren stehen Freiräume, die besonders für eine alternative Jugend- und Jugendsubkultur von Bedeutung sind, unter Druck. Die Verknappung und Privatisierung des öffentlichen Raumes und die fortschreitende Gentrifizierung haben zur Folge, dass alternative Treffpunkte für junge Menschen, die Friedrichshain-Kreuzberg bereichert und jungen Menschen Halt gegeben haben, verschwunden sind. Wir sehen uns deshalb in der Pflicht, Freiräume zu erhalten.

Wo der Erhalt nicht möglich ist, wollen wir junge Menschen bei der Suche nach passenden Alternativen unterstützen. Gleichzeitig wollen wir neue Projekte ermöglichen, indem wir entsprechende Räumlichkeiten durch Zweckbindung in Bebauungsplänen sichern.

Beteiligung

Das Wissen jüngerer Menschen über ihre Lebenswelten braucht Aufmerksamkeit und Berücksichtigung. Dafür sind im Bezirk Beteiligungsstrukturen nötig, um zu erfahren, was Jugendliche sich für ihre Freizeiteinrichtungen wünschen, und damit sie diese mitgestalten können. Auch bei der Gestaltung öffentlicher Plätze, auf denen sich auch junge Menschen gerne und regelmäßig aufhalten, ist deren Perspektive einzubeziehen.

DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass das Bezirksamt bei allen Entscheidungen, die junge Menschen betreffen, Kinder und Jugendliche beteiligt und nicht vor fertige »erwachsene« Lösungen stellt. Auch die Arbeit des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros wollen wir im Rahmen des Jugendförderungsgesetzes ausbauen. Es unterstützt Kinder und Jugendliche im Bezirk dabei, ihre Interessen gegenüber Politik und Verwaltung zu vertreten.

Jugendarmut

Jugendarmut ist zahlenmäßig ein noch größeres Problem als Kinderarmut. Im Gegensatz zu Kinderarmut findet Jugendarmut aber kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Wir wollen ihr mehr Beachtung zukommen lassen und uns mit Jugendarmut nicht abfinden.

Oftmals kommen arme Jugendliche aus armen Familien. Aber auch im Übergang von der Schule zum Berufsleben stecken zahlreiche Armutsfallen, zum Beispiel durch zu niedrige Ausbildungsvergütungen, Jugendarbeitslosigkeit oder das Abschieben von Jugendlichen in sogenannte Übergangssysteme, die nicht selten mit Perspektivlosigkeit einhergehen. Von langanhaltender Armut sind darüber hinaus viele junge Menschen bedroht, die sich ihren Lebensunterhalt in prekären Beschäftigungsverhältnissen verdienen müssen.

Gegenüber der Landesebene wollen wir uns für besondere Programme zur Unterstützung von Betroffenen einsetzen und gegenüber dem Bund für die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze und die Abschaffung von Sanktionsmöglichkeiten durch die Jobcenter. Auch auf bezirklicher Ebene müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, damit aus armen Kindern und Jugendlichen keine armen Erwachsenen werden.

Jugendsozialarbeit

Manche Jugendliche haben es schwerer, ihren Weg zu finden. Besonders schwer ist dieser Prozess für jene, die in Armut aufwachsen müssen, Probleme mit der Schule haben oder in deren Familien es nicht »rund läuft«, zum Beispiel aufgrund von Gewalt oder Suchterkrankungen. Oftmals kommen mehrere Faktoren zusammen. Wir

wollen allen jungen Menschen in unserem Bezirk, die Unterstützung zur Bewältigung von Problemlagen suchen, diese auch bieten.

Ob im Görlitzer Park, am Kottbusser Tor oder der Warschauer Brücke: Überall im Bezirk treffen sich junge Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Problemlagen, bilden Cliquen und eigene Lebenswelten, werden teilweise als Straßenkinder wahrgenommen. Manche davon sind gut sichtbar, andere verstecken sich. Diesem Phänomen müssen wir uns stellen und dabei die Lebenswelten dieser jungen Menschen verstärkt in den Blick nehmen. Die existierenden Angebote der Mobilien Jugendarbeit, der Streetwork und Aufsuchenden Arbeit, haben sich bewährt. Sie reichen aber noch immer nicht aus, und wir dürfen bei den Angeboten auch diejenigen nicht vergessen, deren Probleme womöglich nicht ganz so drastisch sind.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Ressourcen in die Jugendsozialarbeit gesteckt werden. Gegenüber der Landesebene wollen wir durchsetzen, dass Friedrichshain-Kreuzberg mehr Unterstützung insbesondere für Jugendsozialarbeit und eine nachhaltige Angebotsstruktur erhält.

Kinder und Familien: beim Großwerden Begleitung anbieten

Für viele Familien sind der Alltag und das Familienleben in den vergangenen Jahren nicht leichter geworden. Groß sind die Anforderungen und Erwartungen, die Eltern entgegengebracht werden, groß sind die Herausforderungen, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen oder eine Ausbildung mit dem Familienalltag zu kombinieren. Besonders betroffen hiervon sind Alleinerziehende. Hinzu kommt, dass viele Familien ihre Verwandten nicht vor Ort haben. Situationen und Lebenslagen müssen dennoch gemeistert, Krisen überwunden und Kindern gleichzeitig Halt und Zuversicht vermittelt werden. Dafür brauchen Familien Unterstützung: unbürokratisch, bedarfsgerecht, zielgenau.

Kinder brauchen Kitas

Gute Krippen und Kitas sind Orte des sozialen Lernens, tragen zum Abbau sozialer Ungleichheit bei und sichern Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die rot-rot-grüne Koalition auf Landesebene hat die Bedarfsprüfung abgeschafft, so dass jedes Berliner Kind ab dem ersten Lebensjahr Anspruch auf eine siebenstündige Betreuung am Tag hat – egal, ob und wie lange die Eltern erwerbstätig sind. Seit August 2018 sind zudem alle Kitajahre in Berlin gebührenfrei, wofür

auch DIE LINKE lange gekämpft hat. Wir setzen uns im Bezirk dafür ein, dass darüber hinaus gehender Betreuungsbedarf ohne hohe bürokratische Hürden bewilligt wird.

In Friedrichshain-Kreuzberg fehlen Kita-Plätze und Fachkräfte, vor allem in der südlichen Friedrichstadt sowie im Gebiet südlich der Frankfurter Allee. Damit der Mangel an Kitaplätzen nicht dazu führt, dass Eltern ihre Ansprüche gerichtlich durchsetzen müssen, fordern wir eine stärkere Unterstützung durch das Jugendamt, wenn Eltern nicht fündig werden.

Für mehr Kita-Plätze braucht es neue Kitas und bestehende Kitas, die ihre Potenziale besser ausschöpfen. Das durch die rot-rot-grüne Koalition auf Landesebene vorangebrachte Landesprogramm »Auf die Plätze, Kitas, los!« ist dafür ein wichtiger Baustein. DIE LINKE setzt sich zum Ziel, das Platzangebot in Friedrichshain-Kreuzberg beim landeseigenen Betrieb »Kindergärten City« durch die bessere Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten und die Gründung neuer Standorte deutlich zu erhöhen. Dabei wollen wir vor allem das Angebot an bilingualen Kitas, die der Mehrsprachigkeit in Friedrichshain-Kreuzberg stärker gerecht werden, ausbauen.

Privatisierungsvorhaben im Bereich von Küche, Hausmeister- oder Gartentätigkeiten in den Kitas stellen wir uns entgegen. Gutes Essen aus der eigenen Kita-Küche ist mehr als ein Kostenfaktor: das Essen wird frisch zubereitet, die Kinder lernen Kochen als Bestandteil der Ernährung kennen und erfahren, wie wichtig gute Ernährung für den Körper ist.

Gute Qualität braucht ausreichend Personal

Um mehr und bessere Kita-Plätze einrichten zu können, braucht es vor allem mehr Personal. Nur dann können Qualitätsansprüche wie zusätzliche Fachberatungsleistungen und sprachliche Förderung eingelöst werden. Um ausreichend Erzieher*innen zu gewinnen, muss die Anerkennung für die geleistete Arbeit steigen und Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Eine Abwertung des Berufs lehnen wir ab.

DIE LINKE setzt sich für mehr bezirkliche Initiativen ein, um den Quereinstieg sowie die berufsbegleitende Ausbildung zu fördern. Das Engagement in die Nachwuchsqualifizierung kostet Zeit und Energie – das sollte belohnt und berücksichtigt werden. Wer will, dass Erzieher*innen in den erlernten Beruf zurückkehren, muss bessere Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung bieten und die Ausbildung attraktiver machen. Wir wollen, dass auf Bundesebene die Möglichkeit geschaffen wird, die schulische Erzieherausbildung mit regulärem BAföG zu fördern und andere Wege zum Abschluss finanziell zu vergüten und so besser zu unterstützen.

Familienzentren

Familien mit neugeborenen und kleinen Kindern finden Unterstützung und Gleichgesinnte in den Familienzentren. Mit vielfältigen Angeboten auch zur Beratung sind sie beliebte wohnortnahe Anlaufstellen und Kontaktzentren, in denen gute Arbeit geleistet wird. Aber je älter die Kinder werden, desto weniger werden die Angebote für die Familien, denn derzeit sind sie konzeptionell vor allem auf Familien mit kleinen Kindern ausgelegt. Wir wollen, dass die Zentren auch Treffpunkte für Familien mit größeren Kindern werden.

Hilfen zur Erziehung

Hilfen zur Erziehung müssen in dem Umfang angeboten werden, wie sie zur Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung junger Menschen in besonderen Lebenssituationen notwendig sind. Dabei soll besonders die Stärkung der Familien in ihrer Gesamtheit im Mittelpunkt stehen. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass Hilfen zur Erziehung nicht unter den Vorbehalt einer guten Kassenlage gestellt werden.

Jugendämter

Gut ausgestattete Jugendämter bilden das Rückgrat einer familien-gerechten Infrastruktur. Ob Elterngeldanträge oder Kitagutscheine, Beratung in den Familienservicebüros, Beurkundungen in familien-rechtlichen Angelegenheiten oder Unterhaltsfragen: alle Familien sind darauf angewiesen. Bei besonderem Unterstützungsbedarf oder in familiären Krisensituationen ist der Regionale soziale Dienst gefragt, hier können gemeinsam mit den Familien Lösungen entwickelt werden. Diesen präventiven und unterstützenden Ansatz wollen wir stärken, die Jugendämter auch mit Fachpersonal besser ausstatten und den Zugang zu den sogenannten Hilfen zur Erziehung erleichtern.

Kinderarmut bekämpfen

Kinderarmut ist in einer reichen Gesellschaft ein Skandal. Rund um den Moritzplatz oder am Wassertorplatz leben mehr als 60 Prozent der Kinder im Hartz-IV-Bezug, auch im Quartier am Ostbahnhof ist es jedes zweite Kind. Arme Kinder sind von vielen Aktivitäten, zum Beispiel in Sportvereinen oder von Ferienfahrten, ausgeschlossen, die für andere Gleichaltrige ganz normal sind.

DIE LINKE hat sich auf Landesebene erfolgreich für die Etablierung der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut eingesetzt. Wir wollen diesen Ansatz auch für die strategische und nachhaltige Maßnahmenplanung im Bezirk verankern.

Auf Landesebene hat DIE LINKE durchgesetzt, dass seit dem Sommer 2018 das Schülerticket für Bus und Bahn für Kinder mit berlinpass kostenlos ist. Der berlinpass beinhaltet auch Ermäßigungen beim Besuch von Museen, Bädern oder Zoo und Tierpark – und damit einen besseren Zugang zum kulturellen und sozialen Leben. Wir setzen uns in Friedrichshain-Kreuzberg dafür ein, mehr interessante berlinpass-Angebote – von elementarer Musikpädagogik über Kinderturnen bis hin zum Zugang zu Büchern – in allen Kiezen zu ermöglichen. Dazu gehören auch bezirkliche Initiativen, um mehr Kinder mit und ohne Behinderung für den Sport zu gewinnen.

Mehr Engagement für attraktive und saubere Spielplätze.

Zu einer bewegten Kindheit gehören auch attraktive und saubere Spielplätze. Um die rund 180 Kinderspielplätze in Friedrichshain-Kreuzberg zu pflegen, zu reinigen und zu erhalten, braucht es mehr Geld.

DIE LINKE unterstützt die Initiative »Spielplatz in Not« und setzt sich dafür ein, dass die Reinigung der Spielplätze künftig wieder in Eigenregie der öffentlichen Hand durch Beschäftigte des Bezirksamtes oder der BSR vorgenommen werden soll. Verbunden mit einer jährlichen Qualitätskontrolle wollen wir die Spielplätze so sicherer und sauberer gestalten. Sie sollen zudem regelmäßig durch das Ordnungsamt oder Parkläufer*innen kontrolliert werden. Spielplätze, die in der Nähe von Orten des Drogenkonsums liegen, müssen dabei besonders geschützt werden. Dazu gehört das nächtliche Verschließen ebenso wie eine tägliche Kontrolle und Reinigung von Sand und Mülleimern im Umfeld.

Wir setzen uns dafür ein, dass in jedem Planungsraum mindestens ein Spielplatz mit besonders attraktiven Spielgeräten ausgestattet ist und zur Bewegung einlädt. Dafür bedarf es einer räumlich gerechteren Verteilung der Spielplatzinvestitionen. Schöne Spielplätze muss es für alle Kinder Friedrichshain-Kreuzbergs gleichermaßen geben.

Klimapolitik und Umweltschutz: konsequent und sozial gerecht umsetzen

Um die Klimakatastrophe noch aufzuhalten und die natürliche Lebensgrundlage für uns und unsere Kinder zu erhalten, muss sich vieles ändern und das schnell. Neben Hitzewellen im Sommer sind auch bei uns in den letzten Jahren bereits Starkregen-Ereignisse und anhaltende Dürren als Folgen des Klimawandels zu beobachten. Wir brauchen

entschlossene Maßnahmen zum Schutz des Klimas, damit die Erderwärmung auf 1,5 Grad begrenzt bleibt. Für uns als DIE LINKE ist dabei klar: Klimaschutz darf nicht zur weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Saubere Energie und umweltverträgliche Mobilität müssen für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet und leistbar sein. So wohnen zum Beispiel ärmere Menschen häufiger in unsanierten Wohnungen mit veralteten Heizanlagen. Es darf nicht sein, dass gerade sie mit einer CO₂-Abgabe oder im Rahmen einer energetischen Modernisierung zur Kasse gebeten werden sollen.

Klimanotstand anerkennen und soziale gerechte Klimapolitik voranbringen

Friedrichshain-Kreuzberg hat auf unseren Antrag hin, den Klimanotstand ausgerufen. Im Bezirk müssen jetzt weitere Maßnahmen ergriffen werden, um den CO₂-Ausstoß zu vermindern.

Dafür brauchen wir eine Verkehrspolitik, die den öffentlichen Personennahverkehr und emissionsarme Fortbewegung fördert.

Wir halten ein eigenes Berliner Solargesetz für einen wichtigen Schritt bei der Energiewende und möchten eine umfassendere Nutzung von Dachflächen für Photovoltaik bei privaten und öffentlichen Bauvorhaben erreichen. Neue Bauvorhaben des Bezirksamtes in Friedrichshain-Kreuzberg sind möglichst klimaneutral umzusetzen und sollten mindestens den KfW-55-Standard einhalten. Dabei sind Bodenversiegelungen zu vermeiden und öffentliche Grün- und Freiflächen zu schaffen. Energetische Sanierungen sowie die Ausstattung mit Photovoltaik bzw. Solarthermie sollten zum Standard aller Immobilien des Bezirks werden. Wir wollen, dass keine weiteren Ölheizungen bei öffentlichen Gebäuden verbaut werden. Gasheizungen und erdgasbetriebene Blockheizkraftwerke dürfen in öffentlichen Gebäuden nur noch eingebaut werden, wo aus technischen Gründen weder ein Anschluss ans Fernwärmenetz noch die Nutzung regenerativer Wärme möglich ist. Bestehende Öl- und Gasheizungen müssen möglichst schnell ersetzt werden. Wo möglich sollen öffentliche Gebäude ans Fernwärmenetz angeschlossen oder mit regenerativer Wärme beheizt werden.

Die Verwaltung muss weiter nach ökologischen Aspekten umgebaut werden, auch bei der Stromversorgung und der Materialbeschaffung. Wir erwarten, dass bei der Auftragsvergabe und Beschaffung neben sozialen auch ökologische Kriterien stärker berücksichtigt und zum Beispiel bei Baumaterialien oder Dienstkleidung, wenn möglich, Fairtrade-Produkte gekauft werden.

Zudem müssen Strategien zur Vermeidung von Überwärmung an bezirklichen Hotspots entwickelt werden. Wir fordern, in Hitzeperioden

die Ausweisung öffentlicher Kühlräume für besonders gefährdete Personengruppen wie ältere Menschen und Obdachlose.

Der öffentliche Raum muss dem bereits eingetretenen Klimawandel angepasst werden. Dafür braucht es mehr Platschen und Wasserspielplätze für Kinder und Jugendliche. Der Bezirk muss gerade auf seinen eigenen Flächen Böden entsiegeln, die mehr Wasser speichern und damit Starkregen wie auch Dürre besser standhalten. Die Maßnahmen des von uns mit beschlossenen Entsiegelungskonzept sind nach und nach umzusetzen (zum Beispiel bei notwendigen Bauarbeiten).

Grünflächen und Straßenbäume im Bezirk erhalten

In keinem anderen Berliner Bezirk leben die Menschen so eng gedrängt wie in Friedrichshain-Kreuzberg. Die Versorgung mit wohnortnahem Grün ist völlig unzureichend und erreicht nur einen Bruchteil der vom Land empfohlenen Fläche pro Einwohner. Entsprechend überfüllt sind die Parks und kleineren Grünflächen, sodass stellenweise kaum noch Grün überleben kann.

DIE LINKE unterstützt Initiativen, die sich für die Schaffung neuer Grünflächen und für die Entsiegelung von Flächen einsetzen, auf denen auch neue Bäume wachsen können. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass es jedes Jahr weniger Bäume in unserem Bezirk gibt und fordern, dass für jeden gefälltten Baum auch real ein neuer Baum im Bezirk gepflanzt wird. Die beim Neubau gezahlten Ausgleichszahlungen für gefällte Bäume sollen vom Bezirksamt künftig tatsächlich für neue Bäume in den Kiezen ausgeben werden. Die zunehmenden Stürme und Trockenperioden haben verdeutlicht, dass es bereits jetzt zu wenig Personal im Straßen- und Grünflächenamt gibt, um die Sicherheit von Bäumen nach Stürmen zu prüfen und die nötige Baumpflege zu ermöglichen. Perspektivisch werden fast alle Bestandsbäume nicht für die neuen Klimabedingungen geeignet sein. Wo sie ersetzt werden, müssen Jungbäume zumindest in den ersten Jahren entsprechend gegossen werden.

Die Nachverdichtung auf Kosten von Freiräumen und Grünflächen stellt ein besonderes Problem in Friedrichshain-Kreuzberg dar. Wir halten es bei entsprechenden Bauvorhaben für notwendig, künftig bei der Abwägung der Interessen den öffentlichen Grünflächen in unserem Bezirk eine größere Bedeutung beizumessen, als dies bisher der Fall ist. Bei Bebauung ist ein äquivalenter Ausgleich im näheren Umfeld zu schaffen.

Parks pflegen und Urban Gardening ausbauen

Wir setzen uns dafür ein, dass Parks, Friedhöfe und Kleingärten stärker verbunden werden, damit Frischluftschneisen und Erholungsgebiete,

wie zum Beispiel der Görlitzer Park, nicht durch Bebauung unterbrochen sind. Öffentliche Grünflächen müssen als Steuerungsflächen gegen innerstädtische Aufheizungsprozesse und als Stätten der Erholung erhalten bleiben und ausgebaut, regelmäßig gepflegt und gereinigt werden. Dafür wollen wir neben mehr Personal im Straßen- und Grünflächenamt auch die Rekommunalisierung der Grünpflege durchsetzen. Zum Schutz unserer Grünflächen wollen wir auch mehr kostenlose Toiletten, um Verschmutzung durch »Wildpinkler« zu minimieren.

Wir unterstützen die bisherigen Projekte des Urban Gardening im Bezirk und das Konzept der »essbaren Stadt«. Wir wollen mit Schulgärten, Kleingärten und Urban Gardening die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern in der Stadt erlebbar machen. In bezirklichen Grünanlagen sollten bei Neupflanzungen vermehrt freie Nutzpflanzen verwendet und Gemeinschaftsbeete für interessierte Gruppen zur Verfügung gestellt werden. Auch die Entsiegelung der Ober- und Unterstreifen von Fußwegen für die Anlage von urbanen Gärten ist zu prüfen. Kleingärten sind zu erhalten und planungsrechtlich zu sichern.

Wir haben erreicht, dass der Bezirk Urban Gardening praktisch unterstützt: Wasserzugang wird über Standrohre bereitgestellt, Hilfsmittel werden verliehen und Grünabfälle abgeholt. Diese Angebote wollen wir ausbauen.

Der Bezirk unterstützt seit längerem die Bepflanzung von Baumscheiben durch Anwohner*innen, was bei sachgemäßer Ausführung ebenfalls die Straßenbäume unterstützt. Damit mehr Menschen Bäume gießen können, braucht es wesentlich mehr öffentliche Grundwasserpumpen. Wir wollen, dass das Bezirksamt einen Zeitplan für die Reparatur aller defekten Pumpen erstellt und umgehend die Reparatur auf den Weg bringt.

Lärm und Luftverschmutzung reduzieren

In unserem Bezirk wird Lärm besonders durch Straßen- und in geringerem Umfang auch durch Schienenverkehr verursacht. Dieser Lärm macht krank. Stickoxide und Feinstaub sind die wesentlichen Schadstoffe in den Innenstadtbezirken und verursachen jährlich mehrere hundert vorzeitige Todesfälle in unserem Bezirk durch Herzinfarkte und Lungenerkrankungen. Hauptverursacher ist auch hier der Straßenverkehr; Kohleöfen und Kraftwerke spielen kaum noch eine Rolle. Vorrangig betroffen sind dabei immer Personen, die an Hauptverkehrsstraßen wohnen, wobei ärmere Menschen aufgrund der niedrigeren Mieten dort häufiger leben. Autoverkehr zu reduzieren, hat deshalb auch eine soziale Komponente. Wir werden uns dafür einsetzen, Luftverschmutzung und Lärm zu verringern. Wir wollen dazu Tempo-30-Zonen konsequent ausweiten und setzen uns darüber hinaus dafür ein, dass der Bezirk im Rahmen eines durch den Bund

zu ermöglichenden Modellprojekts Tempo 30 auf alle in die Zuständigkeit des Bezirks fallenden Straßen ausweitet.

Müll vermeiden und Ressourcen schonen

Ressourcenverbrauch und Abfall sind große globale Probleme, die es auch im Kleinen zu bekämpfen gilt. Wir wollen in unseren bezirkseigenen Institutionen Ressourcen sparen und Müll vermeiden. Der Bezirk hat bereits begonnen auf bezirkseigene (Lasten-)Fahrräder umzusatteln und den eigenen Fuhrpark auf verbrennungsfreie Antriebe umzustellen. Zehn Lastenräder stehen zudem zur kostenfreien Ausleihe zur Verfügung.

Wir unterstützen das »Zero-Waste-Konzept«. Dazu wurden in den vergangenen Jahren bereits öffentliche Trinkbrunnen aufgestellt und Sperrmüllaktionen finanziert, Zigaretten-Mülleimer installiert und für alle Großveranstaltungen wird inzwischen ein Abfallkonzept eingefordert, das zum Beispiel auf Pfand setzt und so Abfälle vermeiden hilft. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen, die im Bezirk tätig sind, noch stärker zu Müllvermeidung anzuhalten. Wir unterstützen Unverpacktläden und Umsonstläden und wollen die bezirkliche »Bibliothek der Dinge«, in der unter anderem Instrumente, Sportgeräte, ein Fernrohr oder ein Sonnenschirm ausgeliehen werden können, bekannter machen. Wir befürworten den Ausbau von Repair Cafés, die das Reparieren von Gegenständen fördern.

Kultur: Vielfalt erhalten, Teilhabe sichern

Kultur und kulturelle Vielfalt sind unverzichtbar für einen lebendigen Bezirk. Der Besuch von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen wie Museen, Ausstellungen, Konzerte und Clubs ist für viele Menschen eine wichtige Freizeitaktivität, die der Entspannung und der Erholung dient. Andere leben davon, diese Angebote zu unterbreiten. Kulturstätten sind Begegnungsorte und Treffpunkte, die Zusammenhalt fördern, Austausch anregen, Identität stiften, Teilhabe ermöglichen, Arbeit gegen das Vergessen leisten und Bildung vermitteln. Kultur muss deshalb auch für alle Menschen zugänglich und integrativ ausgerichtet sein.

Kulturprojekte fördern – gegen kulturelle Armut

Viele kulturelle Einrichtungen sind bei dem Erhalt ihres Angebotes und der Finanzierung der Kulturschaffenden und Beschäftigten auf öffentliche Mittel angewiesen. Öffentliche Räume wie Bühnen, Foren

und Säle im Bezirk sind oft die erste Anlaufstelle für die Produktion, Präsentation und Diskussion von Kultur. Damit die kulturelle Vielfalt langfristig in Friedrichshain-Kreuzberg erhalten bleibt, will DIE LINKE die finanzielle Förderung für kulturelle Einrichtungen und Projekte ausbauen.

Wir wollen nicht wenige Leuchttürme, sondern ein breites kulturelles Angebot für alle, auch für Kinder und alte Menschen. Bei Veranstaltungen in bezirklichen kulturellen Einrichtungen soll für Inhaber*innen des »berlinpass« nur verbilligter Eintritt erhoben werden. Projekte, die zur Inklusion und Integration im Bezirk beitragen, möchten wir finanziell stärker unterstützen.

Immer mehr Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen sind durch explodierende Mietpreise und Verdrängung aus ihren Kiezen bedroht. Wir setzen uns dafür ein, dass Platz und Räume für Kultur im Bezirk erhalten und neu geschaffen werden. Auch über Bebauungspläne muss darauf künftig stärker hingewirkt werden.

Theater und Bühnen

Auf den Bühnen unseres Bezirkes werden unzählige Geschichten erzählt und die unterschiedlichsten Menschen begeistert. Theater sind Orte kritischer Reflexion, aber auch Vergnügungsstätten, sind wichtige Bildungseinrichtungen und gesellschaftliche Treffpunkte. Diese Einrichtungen gehören zu unserem Bezirk und fungieren neben ihrer kulturellen Aufgabe auch als Arbeitgeber*innen. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und ausbauen.

Clubs als Kulturstätten

Friedrichshain-Kreuzberg weist die höchste Clubdichte Berlins auf. Über 80 Clubs und Livemusikspielstätten geben Arbeit, zahlen Steuern, bilden aus, fördern Nachwuchs und sind Schutzraum für Minderheiten. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie werden die Clubszene noch lange begleiten, aber kein Club sollte pandemiebedingt schließen müssen. Deswegen fordern wir, wo nötig, Mietzahlungen für Clubs, die sich, wie zum Beispiel das `://aboutblank`, auf bezirklichen Grundstücken befinden, bei Bedarf zu stunden oder gänzlich zu erlassen.

Für von Verdrängung bedrohte Clubs ist frühzeitig nach Ausweichoptionen möglichst nah am alten Standort zu suchen. Um Belastungen für Anwohner*innen zu verringern und Konflikten vorzubeugen, braucht die Umgebung von Clubs bei der Straßenreinigung besondere Aufmerksamkeit, mehr Mülleimer und häufigere Leerung. Bei neuen Bauvorhaben ist die genehmigende Bezirksbehörde ausdrücklich dazu anzuhalten, mittels des »Clubkatasters« zu prüfen, ob der Einbau von Lärm-

schutzfenstern anzuordnen ist, um Clubs vor Verdrängung durch Lärmbeschwerden zu schützen.

Wir setzen uns zudem auf Landesebene dafür ein, das Drug-Checking-Modellprojekt zu verstetigen und mit ausreichend Mitteln auszustatten, um eine Substanzanalyse in oder vor Clubs anzubieten. Das reduziert gesundheitliche Risiken beim Freizeitkonsum und unterstützt die Clubs bei ihren Strategien zum Safer-Clubbing.

Für den Erhalt von etablierten Kulturorten und politisch-kulturellen Straßenveranstaltungen

Das RAW-Gelände oder der Kunstraum Kreuzberg sind Stätten, an denen kulturelle Vielfalt »produziert« und für den gesamten Bezirk zugänglich gemacht wird. Damit das so bleibt, setzen wir uns für deren langfristigen Erhalt und Förderung als Freiräume für Kulturbildung, Freizeit und Begegnung ein. Entsprechende Förderprogramme sollen nicht nur auf der Landesebene, sondern auch bei uns im Bezirk angeboten werden.

Kulturelle Vielfalt findet sich auch auf den Straßen Friedrichshain-Kreuzbergs. Deshalb organisieren wir seit über zwei Jahrzehnten am 1. Mai das Mariannenplatzfest als Treffen von politischen Organisationen und linker Kultur. Wir begrüßen auch ausdrücklich alle Initiativen zur Repolitisierung des MyFestes. Vielfältige politische Aktivitäten sind für uns ein Teil des 1. Mai und fördern das Zusammenleben und den Austausch im Bezirk. Auch andere Formen etablierter Straßenkultur wie das Jazzfest in der Bergmannstraße müssen erhalten und nach der Pandemie »wiederbelebt« werden.

Leben im Alter: vielfältig, mittendrin, aktiv

Ältere Menschen verfügen über umfangreiches Wissen und Erfahrungen. Sie möchten selbstbestimmt und in Würde leben. Dazu braucht es eine auskömmliche Rente, eine gute Gesundheitsversorgung und ein altersgerechtes Wohnumfeld, das auch dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt.

Altersarmut bekämpfen

In Friedrichshain-Kreuzberg sind besonders viele Menschen von Altersarmut betroffen. Inzwischen bezieht mehr als jede*r Zehnte der 65-Jährigen in unserem Bezirk Grundsicherung im Alter, Tendenz steigend. Damit liegt der Anteil mehr als doppelt so hoch wie in Berlin

insgesamt. Insbesondere »junge« Rentner*innen und Frauen im Westen unseres Bezirks müssen nicht selten mit einer niedrigen Rente über die Runden kommen.

DIE LINKE setzt sich deshalb auf Bundesebene für eine den Lebensstandard sichernde Altersrente und eine einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente ein, die sicherstellt, dass niemand im Alter in Armut leben muss.

Altersgerechtes Wohnen als Herausforderung

Neben der steigenden Altersarmut ist der Zugang zu barrierefreiem, altersgerechtem Wohnraum das drängendste Problem für ältere Menschen in unserem Bezirk. Damit sie in ihrem angestammten Kiez wohnen bleiben können, setzen wir uns dafür ein, den vorhandenen Wohnbestand barrierefrei weiterzuentwickeln. Die vorhandenen Seniorenhäuser wollen wir erhalten und zugleich in Hinblick auf Barrierefreiheit und neue Formen des Zusammenlebens im Alter weiterentwickeln und Mehrgenerationenhäuser im Bezirk etablieren. Im hohen Alter kann die bisherige Wohnung schnell zu groß werden, während Familien mit Kindern gerade in Friedrichshain-Kreuzberg auf der Suche nach geeignetem Wohnraum sind: Wir unterstützen daher Ansätze, die Möglichkeiten zum Wohnungstausch bei unveränderter Kaltmiete schaffen.

Teilhabe mit und ohne Internet

Viele ältere Menschen haben sich aus Angst vor ernsthaften Krankheitsverläufen in der Pandemie zurückgezogen und ihre sozialen Kontakte beschränkt. Es ist wichtig, zu verhindern, dass Einsamkeit im Alter zum Dauerzustand wird. Wir wollen Seniorenfreizeiteinrichtungen erhalten und um generationenübergreifende Angebote erweitern. Die sozialen Träger dieser Einrichtungen müssen durch Land und Bezirk dauerhaft finanziell abgesichert werden.

Da die digitale Teilhabe älterer Menschen aber auch vielerorts bereits an der unzureichenden Infrastruktur scheitert, setzen wir uns für einen Zugang zu schnellem Internet auch in Pflegeheimen ein. Zugleich wollen wir für die digitale Teilhabe älterer Menschen Angebote digitaler Bildung stärken. Um niemanden zu benachteiligen, setzt sich DIE LINKE zugleich dafür ein, dass Behörden, Freizeit- und Kultureinrichtungen immer auch einen Zugang zu Angeboten und Terminen per Telefon oder Post anbieten, niemals nur digital.

Beteiligung älterer Menschen stärken

DIE LINKE unterstützt die Seniorenvertretung in unserem Bezirk. Sie ist Partnerin bei der aktiven Gestaltung der Teilhabemöglichkeiten älterer Menschen am kulturellen, sozialen und politischen Leben. Wir

wollen mehr Senior*innen mit Migrationsgeschichte für die Arbeit in der Seniorenvertretung gewinnen. Im Rahmen der Evaluation des Seniorenmitwirkungsgesetzes auf Landesebene wollen wir diskutieren, wie die Partizipation Älterer weiter ausgebaut werden kann.

DIE LINKE will Friedrichshain-Kreuzberg in den nächsten Jahren fit machen für die Bedürfnisse älterer und alter Menschen. Dabei bietet die Seniorenbefragung »Studie 60+«, deren Ergebnisse im Sommer 2021 vorgestellt werden, eine wichtige Grundlage für die weitere Diskussion. Die Studie soll nicht nur ein umfassendes Bild der Lebensumstände der über 60-Jährigen liefern, sondern zugleich als Beteiligungsprojekt für ältere Menschen dienen, indem diese zu Wort kommen und ihre Bedürfnisse und Ansprüche benennen können.

Mieten und Wohnen: gemeinwohlorientiert und bezahlbar

DIE LINKE tritt für eine soziale Mieten- und Wohnungspolitik ein. Bezahlbarer Wohnraum für alle ist unser Ziel. Auch Menschen mit geringen und mittleren Einkommen muss es weiter möglich sein, in einem Innenstadtbezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg zu leben. Viele zentrale Fragen können dabei leider nur durch den Bund geregelt werden. Wir setzen uns jedoch dafür ein, alle Möglichkeiten zu nutzen, die sich für Land und Bezirk bieten. Auf Landesebene hat die links geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in diesem über lange Jahre von der SPD völlig unzulänglich geführten Ressort radikal im Sinne der Mieterinnen und Mieter umgesteuert. Auch in unserem Bezirk konnten mit unserer Unterstützung zuletzt deutlich mehr Instrumente zum Schutz der Mieter*innen viel besser genutzt werden. Wir setzen alles daran, diese Politik gemeinsam mit den Mieter*innen, den zahlreichen Mieterinitiativen und den Mietervereinen fortzusetzen.

Zusammenarbeit mit der Mietenbewegung

Immer mehr Mieter*innen organisieren sich, um gegen den Verkauf ihrer Häuser an internationale Immobilienfirmen zu protestieren. Ihr öffentlicher Druck war oftmals entscheidend, um Vorkäufe und andere Erfolge in der Mietenpolitik durchzusetzen. Wir unterstützen die Proteste gegen explodierende Mietpreise, Verdrängung und den Ausverkauf der Stadt und verbinden dies mit der Suche nach Lösungen vor Ort, im Bezirk wie auf Landesebene.

Wir fordern, dass Mieterinnen die Information erhalten, wem die Häuser gehören, in denen sie wohnen. Denn ohne die Gegenseite zu

kennen, ist es schwer, die eigenen Rechte durchzusetzen und sich für die gemeinsamen Interessen zu organisieren. Auch deshalb kämpfen wir auf Landesebene für ein Wohnungs- und Mietenkataster, das für Mieter*innen zugänglich ist.

Für einen Mietstopp und einen Mietendeckel durch den Bund

In Berlin sind die Mietpreise in den letzten zehn Jahren bundesweit am meisten gestiegen. In Friedrichshain-Kreuzberg ziehen sie besonders drastisch an. Viele Menschen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden oder werden gegen ihren Wunsch in andere Bezirke oder an den Stadtrand verdrängt.

Der Berliner Mietendeckel hat gezeigt, dass die kein Naturgesetz ist. Im Jahr 2020 waren die Mieten dadurch zwischenzeitlich entgegen dem bundesweiten Trend zum ersten Mal seit langer Zeit gesunken. Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Mietendeckel ist nun allerdings klar: Viele für Mieter*innen zentrale Fragen können nur durch den Bund geregelt werden. Wir werden deshalb weiter Druck machen, dass der Bund für einen Mietstopp und einen Mietendeckel für extrem angespannte Wohnungsmärkte sorgt.

Mietenberatung

DIE LINKE hat durchgesetzt, in Friedrichshain-Kreuzberg ein wohnortnahes Angebot der unabhängigen Sozial- und Mietenberatung zu etablieren. In beiden Ortsteilen stehen an unterschiedlichen Standorten erfahrene Expert*innen für die Anliegen aller Bürger*innen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation, zur Verfügung. Uns war es dabei wichtig, für die Umsetzung der Mieterberatung vor allem Bußgelder aus der Wohnraumzweckentfremdung einzusetzen, die den Mieter*innen zugutekommen.

Wir wollen das Angebot der unabhängigen Sozial- und Mietenberatung ausweiten und die Beratung in möglichst vielen Sprachen anbieten. Die wichtige Arbeit der Mietervereine wird flankiert durch ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für alle, die noch kein Mitglied sind. Zudem haben wir auf Landesebene dafür gesorgt, dass auch Transferleistungsempfänger ohne Probleme Mitglied in einem Mieterverein werden können, indem deren Beiträge vom zuständigen Amt übernommen werden.

Deutsche Wohnen und Co. enteignen

Wohnen ist ein Grundrecht. Große Immobilienkonzerne wie die Deutsche Wohnen mit ihren Renditeerwartungen stehen diesem Ziel entgegen. Es braucht einen möglichst großen Anteil an gemeinwohl-

orientiertem und im besten Fall öffentlichem Wohnraum. Deshalb unterstützen wir auch das Volksbegehren »Deutsche Wohnen und Co. enteignen«, mit dem die Berliner Wohnungsbestände der großen Immobilienkonzernen in die öffentliche Hand überführt werden sollen. Gerade für unseren Bezirk würde die Überführung dieser Wohnungsbestände in öffentliches Eigentum eine deutliche Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bedeuten.

Gemeinwohlorientierten Wohnungsbestand ausbauen

Nur mit mehr gemeinwohlorientiertem, öffentlichem oder genossenschaftlichem Wohnraum können wir langfristig Mieter*innen vor Verdrängung schützen und ausreichend bezahlbare Wohnungen vorhalten.

Die sechs landeseigenen Wohnungsgesellschaften sind dabei die wichtigsten Partner für die Sicherung bezahlbarer Mieten im Land und im Bezirk. Deren Bestandsmieten liegen weiterhin deutlich unter denen privater Vermieter. DIE LINKE hat auf Landesebene durchgesetzt, dass Mieterhöhungen in den landeseigenen Wohnungsunternehmen deutlich eingeschränkt und die Quoten für mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen ausgeweitet wurden. 67 Prozent der jährlich zur Wiedervermietung kommenden Wohnungen im Bestand müssen jetzt an Menschen mit einem Wohnberechtigungsschein (WBS) vermietet werden. Davon gehen 25 Prozent an Transferleistungsbeziehende, Obdachlose, Geflüchtete, Studierende, Menschen in Betreuung und andere, die es besonders schwer haben, Wohnungen zu finden.

Um gezielt einkommensschwächere Haushalte mit Wohnraum zu versorgen, haben wir auf Landesebene auch dafür gesorgt, dass die Hälfte der Neubauwohnungen landeseigener Wohnungsunternehmen zu 6,70 Euro/m² vermietet werden. In unserem Bezirk entsteht neuer bezahlbarer Wohnraum in öffentlicher Hand so zum Beispiel auf dem Dragonerareal am Mehringdamm, in der Franz-Klühs-Straße oder auf dem Gelände der Alten Mälzerei an der Pufendorfstraße.

Wir wollen, dass auch das Angebot an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen ausgebaut wird. Bei Neubauvorhaben werden wir darauf drängen, dass Wohnungszuschnitte geplant werden, die familiengerecht, altersgerecht und WBS-konform sind.

Wo die landeseigenen Wohnungsunternehmen nicht bauen können oder wollen, sollen Genossenschaften zum Zuge kommen und durch die öffentliche Hand zum Beispiel mit günstigen Erbbaupachtverträgen unterstützt werden. Im Gegenzug erwarten wir von den Genossenschaften, Belegungsrechte für den Bezirk abzugeben, um auch Menschen mit geringeren Einkommen genossenschaftliches Wohnen zu ermöglichen.

Es ist uns auf Landesebene in den letzten Jahren zudem gelungen, über die landeseigene Wohnungsunternehmen große Wohnungspakete anzukaufen und damit in den öffentlichen Wohnungsbestand zurückzuholen. Mieter*innen im Neuen Kreuzberger Zentrum und in der Karl-Marx-Allee haben jahrelang darum gekämpft und es war DIE LINKE, die dies letztlich durchsetzen konnte. Insgesamt wurden so allein in unserem Bezirk zwischen 2018 und September 2020 insgesamt 1 816 Wohnungen und 12 Gewerbeeinheiten dem privaten Markt entzogen, nicht nur am Kottbusser Tor und in der Karl-Marx-Allee, sondern zum Beispiel auch am Mehringplatz, am Boxhagener Platz oder in der Liebigstraße. Diese Politik wollen wir fortsetzen und konsequent Wohnraum in die öffentliche Hand überführen, denn in unserem dicht bebauten Bezirk und bei weiterhin nahezu unregulierten Mieten im privaten Neubau muss eine wirksame Mietpolitik vor allem durch die Bestandserweiterung bei den öffentlichen Wohnungsunternehmen erfolgen.

Im Sinne einer besseren demokratischen Mitbestimmung der Mieter*innen setzen wir uns dafür ein, dass Mieterräte und Mieterbeiräte in den landeseigenen Wohnungsunternehmen gestärkt werden.

Milieuschutz ausweiten, Vorkaufsrecht gegen spekulative Immobiliendeals einsetzen

Wir haben erreicht, dass inzwischen immerhin rund die Hälfte der Mieter*innen in Friedrichshain-Kreuzberg in einem Milieuschutzgebiet wohnt. Hier gibt es das bezirkliche Vorkaufsrecht bei Immobiliendeals, einen besonderen Schutz vor Luxusmodernisierung und einen grundsätzlichen Genehmigungsvorbehalt des Bezirkes bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Wir wollen, dass Milieuschutzgebiete im Bezirk weiter flächendeckend ausgeweitet werden.

Wir wollen zudem das bezirkliche Vorkaufsrecht bei Immobiliendeals zugunsten gemeinwohlorientierter Dritter weiter stärken. Dabei soll nach Möglichkeit künftig vermehrt das preislimitierte Verfahren angewandt werden, bei dem nicht der spekulative Kaufpreis Referenz ist, sondern der Verkehrswert der Immobilie, der vom Bezirk auf Basis bundeseinheitlicher Verfahren berechnet wird. Gerade in unserem Bezirk schnellen die Bodenpreise in die Höhe, so dass selbst bei einem preislimitierten Vorkauf die Ankaufspreise zu hoch werden können. Deshalb muss auf Bundesebene das Berechnungsverfahren nachgebessert werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsgesellschaften die wichtigsten Partner des Bezirks beim Vorkauf werden. Sie gewährleisten die notwendige finanzielle Stabilität, um Kauf, Modernisierung und Sanierung zu stemmen. Sie besitzen die juristi-

sche Expertise, das Vorkaufsrecht sicher umzusetzen, und verfügen über große Bestände, die die Bewirtschaftung preiswerter gestalten. Wo die landeseigenen Wohnungsunternehmen nicht kaufen können oder wollen, sollen Genossenschaften zum Zuge kommen und dabei durch die öffentliche Hand unterstützt werden. Im Gegenzug sind auch hier Belegungsrechte an den Bezirk abzugeben.

Dass unser Bezirk trotz der großen Zahl an Milieuschutzgebieten Spitzenreiter bei den Umwandlungen in Eigentumswohnungen ist, liegt an einem Schlupfloch im Baugesetzbuch des Bundes. Demzufolge muss der Bezirk eine Umwandlung genehmigen, wenn Eigentümer*innen sich verpflichten, die Wohnung sieben Jahre lang nur den Mieter*innen zum Kauf anzubieten. Mit dieser Regelung wird viel Schindluder getrieben, denn nur die Allerwenigsten sind angesichts der aufgerufenen Preise zum Kauf in der Lage. Das Land Berlin hat über eine Bundesratsinitiative versucht, dieses Schlupfloch zu stopfen, aber bisher leider ohne Erfolg. Wir fordern weiterhin, dass der Bund die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schafft, Umwandlungen in ganz Berlin und ohne Ausnahmen untersagen zu können.

Auch wenn es nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein kann, muss das von der links geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen auf Landesebene aufgelegte Darlehensprogramm für Menschen, die auf dem Bankenmarkt keine Kredite zum Kauf ihrer Wohnung bekommen, im Bezirk bekannter gemacht werden.

Stopp der Zweckentfremdung von Wohnraum

Seit der Einführung der Verordnung gegen die Wohnraumzweckentfremdung 2014 haben wir uns für entsprechendes Personal im Bezirksamt eingesetzt, damit gegen Ferienwohnungen, gewerbliche Zweckentfremdung von Wohnraum und Leerstand vorgegangen werden kann. Seitdem wurden allein in Friedrichshain-Kreuzberg insgesamt mehr als 2 800 Wohnungen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt, davon fast 500 Ferienwohnungen in Milieuschutzgebieten. Wohnraum muss zum Wohnen genutzt werden, anstatt den Profit der Eigentümer*innen zu maximieren.

Konsequente Wohnungsaufsicht

Wir fordern vom Bezirksamt, dass künftig auch die Wohnungsaufsicht des Bezirks konsequent gegen die Verwahrlosung von Wohnraum und anhaltende Vernachlässigung der Instandhaltungspflichten vorgeht. Diese Mittel werden weiterhin zu oft von rabiaten Vermietern genutzt, um Kosten einzusparen oder Mieter*innen aus ihren Wohnungen zu verdrängen. Hier muss das Wohnungsaufsichtsamt künftig schnell und effektiv einschreiten.

Soziale Trägerwohnungen besser schützen

Ungefähr 10 000 Menschen können in Berlin nur in eigenen Wohnungen leben, weil diese von sozialen Trägern für Menschen mit Behinderungen, Jugendliche, die nicht zu Hause leben können, und andere hilfsbedürftige Menschen, angemietet werden. Damit diese Wohnungen, die juristisch gesehen vom Träger als Gewerbe angemietet wurden, tatsächlich zum Wohnen genutzt werden können, hat das Land Berlin diese vom Zweckentfremdungsverbot ausgenommen. Doch viele der bestehenden Trägerwohnungen sind bedroht, da die Eigentümer*innen diese Wohnungen nach Gewerbemietrecht ohne Grund kündigen können. 2019 wurde auf Bundesebene das normale Wohnungsmietrecht zwar auf Trägerwohnungen ausgeweitet, die Regelung gilt jedoch nur für neue Verträge. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch für die davor abgeschlossenen Verträge der gleiche Schutz garantiert und das Bundesrecht entsprechend geändert wird.

Zwangsumzüge verhindern

DIE LINKE lehnt Zwangsumzüge ab. Der rot-rot-grüne Koalition hat auf unseren Druck hin deshalb die von den Ämtern übernommenen Kosten der Unterkunft für Menschen erhöht, die Transferleistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter beziehen. Zusammen mit Sonder- und Härtefallregelungen konnten damit viele Menschen trotz steigender Mieten in ihren Wohnungen und ihrem sozialen Umfeld bleiben.

Migration und Flucht: für ein buntes und weltoffenes Friedrichshain-Kreuzberg

Unser Bezirk ist geprägt vom Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen, Sprachen und Weltanschauungen. Fast 130 000 Menschen haben eine Migrationsgeschichte. Ihre Wurzeln liegen in rund 175 Ländern. Wir setzen uns dafür ein, dass all diese Menschen als gleichberechtigte Mitglieder einer Gesellschaft wahrgenommen werden und sich eingeladen fühlen, in ihr mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen, dass auch Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, in die Lage versetzt werden, sich hierzulande ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Ihre Kompetenzen und Qualifikationen müssen anerkannt und alle Möglichkeiten einer schnellen Aufenthaltsgewährung ausgeschöpft werden.

Verwaltungshandeln an die Migrationsgesellschaft anpassen

DIE LINKE steht dafür, die Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte auf allen Ebenen zu fördern. Das gilt auch für die bezirkliche Verwaltung.

Die Bezirksverwaltung insgesamt muss in ihrem Handeln, ihren Konzepten und ihren Dienstleistungsangeboten alle mitdenken und ansprechen. Internetseiten, Formulare, Broschüren, Beratungen und Hinweisschilder in Bürgerämtern und Rathäusern sollen grundsätzlich mehrsprachig und kultursensibel angeboten werden. Entsprechende Fortbildungsangebote muss das Bezirksamt anbieten.

Bezirksverwaltung stärker für Menschen mit Migrationsgeschichte öffnen

Auch in unserem Bezirk muss sich der öffentliche Dienst weiter an die Gegebenheiten der Berliner Migrationsgesellschaft anpassen. Ein öffentlicher Dienst, der die Realität in unserer Migrationsgesellschaft widerspiegelt, braucht klare verbindliche Zielvorgaben für den Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im Bezirksamt.

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg ist hinsichtlich der Höhe des Anteils von Menschen mit Migrationsgeschichte bei den Auszubildenden, mit einem Anteil von zuletzt zwei Dritteln im Jahr 2020, im Vergleich zu anderen Bezirken bereits führend. Wir wollen die Öffnung der Verwaltung durch die Ausbildung und Übernahme dieser Auszubildenden weiter voranbringen.

Darüber hinaus fordern wir vom Bezirksamt konkrete Förderpläne und eine gezielte Ansprache der entsprechenden Zielgruppe, um mehr Bewerbungen auf Stellen zu erhalten. Zugleich muss das Bezirksamt im Rahmen eines allgemeinen Personalentwicklungskonzeptes darstellen, wie Beschäftigte mit einer Migrationsgeschichte künftig verstärkt für Führungspositionen gewonnen werden können.

Zivilgesellschaftliche Initiativen und Partizipation stärken

DIE LINKE unterstützt Initiativen, Verbänden und Organisationen sowie andere zivilgesellschaftlichen Strukturen, die sich für Menschen mit Migrationsgeschichte und deren Selbstorganisation einsetzen. Wir drängen darauf, dass sich gerade im bezirklichen Integrationsausschuss die Realität unserer Migrationsgesellschaft wirklich widerspiegelt.

Wohnraum für Geflüchtete

In den vergangenen Jahren hat sich DIE LINKE auf allen Ebenen dafür eingesetzt, die Wohnsituation für Geflüchtete zu verbessern. Dank des Einsatzes der von der LINKEN geleiteten Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales wurden die Geflüchteten aus der unwürdigen Unterbringung in Sporthallen erlöst. Doch weiterhin müssen auch in unserem Bezirk Menschen in sogenannten »Tempohomes«, also Containerdörfern, leben.

Wir wollen, dass auch Geflüchtete in anständigen und bezahlbaren Wohnungen in unseren Kiezen leben und nicht dauerhaft in Gemeinschaftsunterkünften oder provisorisch eingerichteten Ankunftszentren auf Gewerbebrachen oder am Stadtrand untergebracht werden.

Jeder Schritt, der diesem Ziel näherkommt, wird von uns unterstützt. Dazu gehört, dass wir als Zwischenschritt die Errichtung von sogenannten Modulen 2.0, also festen Wohnhäusern, die in Schnellbauweise errichtet werden, in Friedrichshain-Kreuzberg unterstützen. Auch Friedrichshain-Kreuzberg muss hier seinen Beitrag leisten, ausreichend geeignete Standorte bereitzustellen, damit Geflüchtete besser wohnen können, was leider bisher maßgeblich von den Grünen im Bezirk blockiert wird.

Hilfe und Selbstorganisation

Wir setzen uns dafür ein, dass Integrations- und Sprachkurse vom Bund auskömmlich finanziert und von unserem Bezirk in den Volkshochschulen verlässlich angeboten werden. Der Bezirk muss genügend Sprachmittler*innen in den Jobcentern einsetzen und seine Bürgerdienste konsequent mehrsprachig anbieten. Wo es nötig ist, muss die Assistenz durch eine*n Dolmetscher*in angeboten werden. Wir setzen uns dafür ein, solche Angebote auszuweiten.

Darüber hinaus unterstützen wir weiterhin die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Anstrengungen, Geflüchtete willkommen zu heißen und sie beim Einstieg in ein neues Leben begleiten. Wir wollen, dass diese Bemühungen stärker personell und finanziell vom Bezirk unterstützt werden und ehrenamtliche Arbeit so verstetigt werden kann. Selbstorganisierte Flüchtlingsarbeit gehört dazu ebenso wie Hilfsangebote von Stadtteilinitiativen.

Menschlichkeit hat keine Obergrenze

Unsere politische Überzeugung, schutzsuchenden Menschen die Hand zu reichen, Hilfe anzubieten, ihnen respektvoll zu begegnen und ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen, endet nicht bei einer willkürlichen Obergrenze. Die aktuell extrem restriktive Haltung der

Bundesregierung gegenüber der Aufnahme von Schutzsuchenden lehnen wir ab und unterstützen die Arbeit von Sea-Watch e.V. und vergleichbaren Organisationen, die Menschen auf der Flucht helfen.

Zugleich haben sich schon mehr als 60 deutsche Städte im »Bündnis sichere Häfen« zusammengeschlossen und ihre Bereitschaft erklärt, weitere, insbesondere aus Seenot gerettete Geflüchtete, aufzunehmen. Wir begrüßen, dass DIE LINKE sich damit durchsetzen konnte, dass Berlin zu diesem Bündnis gehört, und setzen uns im Land und im Bund dafür ein, dass diese Hilfsbereitschaft nicht länger von der Bundesregierung blockiert wird.

Kein Fußbreit Rassismus und Faschismus

DIE LINKE steht für eine umfassende Teilhabe aller Menschen, die hier leben, und für eine Stadt ohne Rassismus. Nazis und andere extreme Rechte haben mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Positionen in unserem Bezirk keinen Platz. Friedrichshain-Kreuzberg: tolerant und weltoffen – das bleibt unser Ziel.

Wir heißen jeden Menschen willkommen, gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Religion und sexueller Orientierung. Wir wollen ausreichende finanzielle Unterstützung für Präventionsarbeit, für Weiterbildungsangebote für Erzieher*innen und Lehrer*innen, für antirassistische Projektarbeit in den Schulen und für die Initiativen gegen Rechts.

DIE LINKE arbeitet im Bezirk eng mit antirassistischen und antifaschistischen Initiativen zusammen. Sie sind wichtige Bündnispartner und es darf aus unserer Sicht auch nicht infrage gestellt werden, dass die Arbeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) gemeinnützig ist.

Gemeinsam mit vielen Antifaschist*innen haben wir uns für die Benennung einer Straße, nach dem von Nazis erstochenen Hausbesetzer Silvio Meier eingesetzt. Darüber hinaus konnten wir erreichen, dass seit 2016 jährlich ein Silvio-Meier-Preis für Zivilcourage vergeben wird.

Geschäfte, die ausdrücklich auf eine rechtsextreme Klientel ausgerichtet sind, braucht niemand. Wir wollen, dass sich alle Investoren vor Genehmigung eines Bauantrags dazu verpflichten, keine Flächen an solche Läden zu vermieten. Das Bezirksamt soll mit den ansässigen Vermieter*innen und den großen Einkaufszentren eine entsprechende Selbstverpflichtung aushandeln.

Nachbarschaftsarbeit: sozialen Zusammenhalt im Bezirk stärken

Nachbarschaftsarbeit stärkt Demokratie, Toleranz und Vielfalt. Sie schafft Netzwerke, fördert Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. Damit verbindet Nachbarschaftsarbeit Menschen im Kiez und unterstützt vielfältige Aktivitäten der Bewohner*innen in nahezu allen Lebensbereichen. Gute Nachbarschaftsarbeit stärkt den sozialen Zusammenhalt und hilft bei der Einbindung neu nach Berlin kommender Menschen. Auch in der Corona-Pandemie haben starke Nachbarschaften gezeigt, was sie können: von Einkaufshilfen für Ältere bis zu Gabenzäunen und der Unterstützung Obdachloser.

Stadtteilzentren als Orte der Nachbarschaftsarbeit stärken

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, in allen Bezirksregionen generationenübergreifende, interkulturelle Begegnungsstätten wie in der Falckensteinstraße oder am Mehringplatz zu entwickeln. Die Stadtteilzentren sollen barrierefrei gebaut werden und sowohl Angebote für ältere Menschen als auch generationenübergreifende Aktivitäten anbieten.

Wir wollen das bisherige IntiHaus am Mehringplatz als Nachbarschaftszentrum weiterentwickeln und am Standort des ehemaligen Polizeidienstgebäudes in der Friedenstraße ein neues Stadtteilzentrum aufbauen, für dessen Umbau bereits eine Förderung im Rahmen des Stadtumbau-Programms akquiriert werden konnte. Die Bauarbeiten gilt es nun zügig voranzubringen, damit dieses Stadtteilzentrum für Friedrichshain West 2023 endlich öffnen kann. Zudem haben wir uns zusammen mit der Volksolidarität erfolgreich dafür eingesetzt, dass zwischenzeitlich eine Nachbarschaftseinrichtung in der Pauline-Staegemann-Straße eröffnet werden konnte, welche die wohnortnahe Versorgung mit Angeboten und Veranstaltungen bereits verbessert hat.

Nachbarschaftsarbeit unterstützen

DIE LINKE unterstützt unbürokratische Formen der finanziellen Unterstützung für aktive Nachbarschaftsarbeit, wie die von der Volkssolidarität für Friedrichshain-West verwaltete Kiezkasse oder die kleinteiligen FEIN-Mittel, um Nachbarschaftsaktivitäten auszubauen und Projekte in Eigenregie der Nachbarschaft voranzubringen. Das reicht vom Bäume-Gießen über interkulturelle Feste bis hin zu niedrigschwelligem Angeboten in Nachbarschaftszentren.

Straßenfeste wie »Suppe & Mucke«, das Hornstraßenfest und viele mehr sind wichtige Möglichkeiten des selbstorganisierten Austausches und der Vernetzung von Nachbarschaften und Initiativen, die

wir unterstützen. Das Bezirksamt muss die Anmeldung und Durchführung von Straßenfesten fördern und zügig bearbeiten.

Formelle Strukturen der Mitwirkung vor Ort wie die Quartiersräte in den Quartiersmanagementgebieten wollen wir stärker für alle Bewohner*innen öffnen und sie zu inklusiven und transparenteren Gremien weiterentwickeln.

Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit: Wege aus der Not organisieren

Auch und gerade in Friedrichshain-Kreuzberg sind die vielfältigen Auswirkungen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit deutlich sichtbar und erfahrbar. So werden die öffentlichen Parkanlagen, Spiel-, Brach- und Grünflächen in unserem Bezirk zu einem nicht unerheblichen Teil als Rückzugsort von Menschen genutzt, die keine Wohnung haben. Für die Betroffenen ist dies in der Regel eine unhaltbare und würdelose Situation, die zugleich immer öfter auch zu unzumutbaren Verschmutzungen des öffentlichen Raumes und zu teilweise heftigen Konflikten mit anderen Nutzer*innen führt.

Hinzu kommt die nicht weniger sichtbare Wohnungslosigkeit derjenigen, die zwar nicht auf der Straße übernachten, aber dennoch über keine eigene Wohnung verfügen und notdürftig untergebracht sind. Alles in allem sind inzwischen in Berlin über 50 000 wohnungslose Menschen in Gemeinschaftsunterkünften und betreuten Wohnformen untergebracht, einige Tausend davon in unserem Bezirk.

DIE LINKE will sich mit diesen Zuständen nicht abfinden. Wir setzen uns für ein System ein, das echte Auswege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit bietet. Wir wollen, im Einklang mit einer entsprechenden Resolution des Europäischen Parlaments, alles daransetzen, dass spätestens im Jahr 2030 in Berlin kein Mensch mehr ohne Obdach auf der Straße leben muss. Auf Landesebene wurde dazu in den vergangenen Jahren von der linksgeführten Sozialverwaltung erstmals ein umfangreicher Diskussions- und Beteiligungsprozess initiiert und teilweise direkt in konkrete Projekte zur Unterstützung obdachloser Menschen umgesetzt. Aber auch auf der bezirklichen Ebene ergeben sich hier konkrete Handlungsfelder.

Prävention ist der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit

Prävention vor Wohnraumverlust muss Vorrang vor Intervention nach Wohnraumverlust haben. Wir haben uns deshalb in den letzten Jahren

erfolgreich dafür eingesetzt, dass mit der bezirklichen Beratung in Fragen des Sozial- und des Mietrechts sowie weiteren Unterstützungsangeboten Instrumente entwickelt wurden, mit denen Mietschulden und andere Probleme, die zur Kündigung des Mietvertrages und anschließender Zwangsräumung führen können, verhindert werden können.

Um die Unterstützungsmöglichkeiten der sozialen Wohnhilfe im Sozialamt besser im Sinne der Betroffenen nutzen zu können, müssen Zwangsräumungen frühzeitiger und in allen Fällen vorab gegenüber dem Bezirksamt bekannt gegeben werden. Wir begrüßen die Arbeit des Bündnisses »Zwangsräumung verhindern«, das betroffene Menschen unterstützt, wenn Vermieter*innen sie loswerden und aus den Wohnungen werfen wollen.

Im Rahmen des mit dem Land verabredeten Fachstellenkonzeptes ist die aufsuchende Arbeit bei drohendem Wohnraumverlust deutlich auszuweiten, um Räumungen mit begleitenden Angeboten – Schuldner- und Insolvenzberatung, Vermittlung mit Vermieter*innen, Hinweis auf Angebote des Regelsystems – auch im Krisenfall noch zu verhindern. Wir wollen, dass stärker in eine flächendeckende aufsuchende Arbeit investiert wird, die auch diejenigen erreicht, die orts- und termingebundenen Angebote nicht von sich aus nutzen. Der Ansatz aufsuchender Arbeit kann und wird dabei nur Erfolg haben, wenn es einen entsprechenden Datenaustausch zwischen allen beteiligten Stellen und Verwaltungen gibt. Das Bezirksamt ist in der Pflicht, einen solchen Informationsfluss unter Beachtung des Datenschutzes zu organisieren.

Umsetzung des Fachstellenkonzeptes »Soziale Wohnhilfen«

Mit den neuen Berliner Leitlinien der Wohnungsnotfallhilfe wurde ein einheitliches Fachstellenkonzept der bei den bezirklichen Sozialämtern angegliederten »Sozialen Wohnhilfen« entworfen und beschlossen. Nachdem in der Vergangenheit sowohl die Struktur und die Arbeitsweise keinen einheitlichen Vorgaben gefolgt ist, soll nun Wohnungslosigkeit als eigenständige soziale Problemlage erfasst und bearbeitet werden. Es geht darum, Wohnungslosigkeit zu beenden. Wir setzen uns für das Primat der Hilfen aus einer Hand ein. Dazu müssen sämtliche Ansprüche und Unterstützungsmöglichkeiten nach dem Sozialraumprinzip ermittelt werden. Das Konzept soll berlinweit bis Ende 2025 umgesetzt werden. Wir wollen, dass in Friedrichshain-Kreuzberg die Soziale Wohnhilfe bis Ende 2023 entsprechend reorganisiert ist.

Unterbringung an Qualitätsstandards binden

Mängel in den Finanzbeziehungen zwischen Senat und Bezirken haben dazu geführt, dass die Unterbringung nach dem »Allgemeinen

Sicherheits- und Ordnungsgesetz« (ASOG) inzwischen zum Ausfallbürgen für strukturell unterfinanzierte Angebote in Regelsystemen der sozialen Sicherung geworden ist. Diese ordnungsrechtliche Unterbringung, wie sie in Berlin in allen Bezirken praktiziert wird, erweist sich jedoch aktuell als eine Art Lotterie. Man kann in einer guten spezialisierten Unterkunft mit ergänzenden sozialen und pflegerischen Angeboten landen oder auf Jahre in einem Mehrbettzimmer in einem Hostel.

Wir wollen nicht, dass unser Bezirk darauf wartet, dass es landesweit einheitliche Qualitätsstandards für diese Art der Unterbringung gibt oder eine bessere Ausfinanzierung der Angebote in den Regelsystemen greift. Wir wollen stattdessen, dass sich unser Bezirk verpflichtet, diese prekäre Form der Unterbringung sofort zu beenden, und alle bezirklich genutzten ASOG-Unterbringungen umgehend auf ihre Qualität zu prüfen. Konkret bedeutet dies: keine Unterbringung in Hostels, keine Unterbringung in anderen Bezirken, Definition von sozialarbeiterischen Mindeststandards und konsequente Vermittlung in Regelangebote, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen kurzfristigen finanziellen Auswirkungen.

Öffentlicher Raum: wohnen und leben ohne Müllberge, Gestank und Gewalt

Der öffentliche Raum soll allen zur Verfügung stehen, einladend und belebt sein, aber auch Rückzugsorte und kleine Oasen bieten. Wir wollen gepflegte Parks und Grünanlagen, attraktive Spielplätze, nichtkommerzielle Freiräume für Sport und Kleinkunst und lebendige Orte der Begegnung. Öffentlicher Raum ist für viele Menschen in unserem Bezirk auch ein Ersatz für einen Balkon oder einen Garten.

Dass gerade in Friedrichshain-Kreuzberg das öffentliche Leben allgemein stärker auf der Straße stattfindet als in manch ruhigem Außenbezirk wird auch durch den vielen Müll auf den Straßen und Grünflächen im Bezirk sichtbar – nicht nur nach den Wochenenden. Müllkörbe quellen über, kaputte Glasflaschen und Unrat säumen vor allem die Hotspots der Partymeilen rund um die Revaler oder die Schlesische Straße und wildes Urinieren in Grünflächen oder Hauseingängen ist besonders im Sommer eine echte Belästigung für Anwohnerinnen und Anwohner. Das muss nicht sein, und wir sind sicher: Friedrichshain-Kreuzberg kann sauberer und sicherer werden, ohne seinen Charme und seine Ecken und Kanten zu verlieren.

Parks, Grünanlagen und Spielplätze pflegen und reinigen

Auch die Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg haben ein Recht darauf, in einer Umgebung ohne Müll und Gestank zu leben. Parks und Grünanlagen, Spielplätze und Stadtplätze müssen häufiger und intensiver gereinigt werden. Wir wollen, dass die BSR den Bezirk dabei noch stärker unterstützt und wo immer möglich, die professionelle Reinigung dieser Bereiche in öffentlicher Verantwortung übernimmt. In den stark genutzten Parks und Grünanlagen setzen wir uns zudem für deutlich mehr und deutlich größere Abfallbehälter und deren häufigere Leerung ein. Das gesicherte Abstellen von Pfandflaschen an Abfallbehältern ist flächendeckend zu ermöglichen, um Flaschensammler*innen die Arbeit zu erleichtern und gleichzeitig die Gefährdung durch Glasscherben zu verringern.

Die begonnene Kooperation zwischen BSR und Bezirk mit der Einführung von Sperrmülltagen, an denen man den Sperrmüll an bestimmten Orten im Bezirk kostenlos zu BSR-Wagen bringen kann, wollen wir verstetigen und ausbauen. Wir erwarten vom Bezirksamt ein Konzept, wie künftig die Lagerung von Sperrmüll im öffentlichen Raum vermieden beziehungsweise nur an festgelegten Orten erlaubt werden kann.

Wir setzen uns zudem für mehr kostenlose Toiletten im öffentlichen Raum ein, sowohl in Parks und Grünanlagen als auch auf Straßen und Plätzen, die sich in der Nähe von Clubs und anderen belebten Einrichtungen befinden.

Ordnungsamt gezielt einsetzen

Das bezirkliche Ordnungsamt hat ein stetig wachsendes Aufgabefeld und steht oft im Mittelpunkt, wenn es um Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum geht. Dazu gehören auch die viel diskutierten Kontrollen von Falschparker*innen, das Freihalten der Fußwege für Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren und Rollstuhlfahrer*innen. Wir erwarten vom Bezirksamt, dass beim Einsatz des Ordnungsamts und seiner Mitarbeiter*innen künftig Prioritäten gesetzt werden, die sich an der Bedeutung des Problems orientieren anstatt an der medialen Wirkung einzelner Maßnahme für die Öffentlichkeitsarbeit einzelner Bezirksamtsmitglieder.

Wir wollen, dass die Arbeit des Ordnungsamtes nicht allein auf die starre Auslegung von Gesetzen und Verordnungen setzt, sondern vor allem auf transparenter Kommunikation fußt. Transparenz lässt sich zum Beispiel erreichen, wenn Rechtsbelehrungen und Bescheide allgemeinverständlich formuliert sind

und wo nötig auch an die sprachliche Vielfältigkeit unseres Bezirkes angepasst werden. Dies beinhaltet die Berücksichtigung weiterer

Sprachen ebenso, wie die Erläuterung in einfacher Sprache und den Einsatz entsprechend fortgebildeter Mitarbeiter*innen. Auch hierfür braucht es deutlich mehr Personal für das bezirkliche Ordnungsamt sowie geeignete Weiter- und Fortbildungsangebote.

Drogenkonsum im öffentlichen Raum

Insbesondere rund um die Wrangelstraße, am Ostbahnhof, entlang der Revaler Straße, am Kottbusser Tor und am Marheinekeplatz gibt es zum Teil große Probleme im Zusammenhang mit Drogenkonsum und Drogenhandel: Lärm, Vermüllung und ein gesteigertes Konfliktpotenzial belasten die Nachbarschaft. Das Sicherheitsgefühl der Anwohner*innen nimmt rapide ab. Zurückgelassene Konsumutensilien stellen, insbesondere in Parkanlagen oder auf Spielplätzen, eine Gefahr vor allem für Kinder dar.

Der in Berlin und Friedrichshain-Kreuzberg erfolgreich durchgeführte Ausbau von Drogenkonsumräumen sorgt für mehr Schutz für die Konsumierenden und entlastet den öffentlichen Raum.

Wir wollen die Arbeit dieser Sucht- und Drogenhilfeeinrichtungen weiterhin unterstützen und für mehr Akzeptanz für ihre notwendige Arbeit in der jeweiligen Nachbarschaft werben. Zudem setzen wir uns für spezielle Behältnisse zur sicheren Entsorgung von Drogenkonsumutensilien und eine häufigere Kontrolle und Reinigung von Grün- und Spielplätzen ein. Wir fordern die Einrichtung einer fachübergreifenden und sozialraumorientierten Präventionskoordination im Bezirk, die Strategien zur Sucht-, Müll- und Kriminalitätsprävention sowie zur Drogenhilfe und Gesundheitsförderung entwickelt. Die kann nachhaltig entlasten, indem sie nicht nur präventiv tätig wird, sondern auch die Nachbarschaften in Lösungsstrategien einbezieht, sodass diese Orte wieder für alle Gruppen nutzbar und lebenswert werden. Wo ordnungspolitische Maßnahmen unerlässlich sind, dürfen sie Handel und Konsum nicht nur in andere Kieze verlagern.

Angstfreie öffentliche Räume für alle

Wir wollen, dass sich alle Menschen angstfrei im öffentlichen Raum bewegen können. Doch leider ist auch unser Bezirk nicht frei von Straftaten wie Raub und Körperverletzung oder sexuellen Übergriffen im öffentlichen Raum. Eine wachsende Zahl von Menschen fühlt sich dadurch an besonders »belasteten« Orten nicht sicher. DIE LINKE will, dass sich alle Bewohner*innen unseres Bezirks wie auch Besucher*innen aus dem In- und Ausland ohne Angst in Friedrichshain-Kreuzberg aufhalten und bewegen können. Die Erfahrung zeigt: Polizeiliche Maßnahmen sind mancherorts unausweichlich, aber allein durch polizeiliche Maßnahmen lassen sich die Probleme nicht lösen. Notwendig ist ein umfassender Ansatz, der auf Prävention,

robuste Straßensozialarbeit und bei Bedarf auch auf ordnungspolitische Maßnahmen setzt.

Ein wichtige Präventionsmaßnahme ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. So tragen erfahrungsgemäß aktive Nachbarschaften, Kiezinitiativen und Gewerbetreibende mit dazu dabei, sich sicherer zu fühlen. Außerdem wollen wir sogenannte Angsträume, also zum Beispiel unbelebte Straßen oder dunkle Parks, reduzieren. Dazu gehört, dass Straßen, Plätze, Parks und Grünanlagen so gestaltet werden, dass diese gut einsehbar sind und freie Sicht nicht durch übermäßigen Wildwuchs von Bäumen und Sträuchern eingeschränkt wird.

Öffentliche Flächen müssen im Bezirk besser und zuverlässiger beleuchtet werden. Wir wollen, dass künftig auch Wege durch kleinere Parks und Grünanlagen beleuchtet werden und werden uns für eine entsprechende Finanzierung auf Landesebene einsetzen. Eine Ausweitung der Videoüberwachung öffentlicher Räume lehnen wir ab. Sie verhindert in der Regel keine dieser Straftaten, während die alltägliche Überwachung am Ende uns alle trifft.

Auf Bezirksebene wollen wir zudem Angebote und Anlaufstellen fördern, die Menschen, die einen Ausweg aus Straßenkriminalität und praktische Hilfe wie Vermittlung von Wohnungen, Beschäftigung oder medizinische Versorgung oder Sprachkurse bieten. Wo sinnvoll wollen wir zudem mit einer verstärkten und verstetigten Straßensozialarbeit auf eine gezielte Veränderung delinquenter Verhaltensweisen hinwirken.

Dort, wo polizeiliche Maßnahmen unvermeidlich sind, müssen diese an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden sein. Statt medienwirksame, häufig wenig nachhaltiger Großrazzien, brauchen wir mehr ortskundige und bürgernahe Ansprechpartner*innen der Polizei dort, wo eine erhöhte Gefährdungslage besteht. Die Ausweitung von Gebieten, in denen anlasslose Kontrollen durch die Polizei möglich sind, und das in diesen Gebieten leider häufig zu beobachtende »Racial Profiling«, also anlasslose Polizeikontrollen aufgrund der Hautfarbe, lehnen wir kategorisch ab.

Queer: vielfältig und selbstbestimmt

Friedrichshain-Kreuzberg ist auch von queerem Leben geprägt. Aber obwohl der Bezirk als bunt und vielfältig gilt, kommt es auch bei uns immer wieder zu Ausgrenzung, Diskriminierung, Beleidigung und auch Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen. So ist es für viele Menschen noch immer nicht einfach möglich, in der Öffentlichkeit, in der Schule, beim Sport

oder an ihrem Arbeitsplatz ihre sexuelle und geschlechtliche Identität offen zu leben, ohne Nachteile befürchten zu müssen.

Der Kampf gegen Diskriminierung ist vielfältig

DIE LINKE kämpft gegen Diskriminierung jeglicher Art und für eine Akzeptanz sexueller oder geschlechtlicher Verschiedenheit. Wir streben eine Gesellschaft an, die alle Lebensentwürfe als gleichberechtigt begreift. Wir setzen uns in allen Politikfeldern, von der Familien-, der Sozial- bis zur Rentenpolitik, dafür ein, die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt unserer Gesellschaft anzuerkennen.

Wir wollen, dass die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in unserem Bezirk in allen Politikfeldern Berücksichtigung finden, um einen Beitrag zur Beseitigung jeglicher Diskriminierung zu leisten. Besondere Bedarfe für queere Angebote sehen wir in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Seniorenangebote, Sport und Freiräume für Jugendliche. Wir unterstützen zudem Initiativen, die durch Aufklärung und Kompetenzvermittlung an Schulen, in Betrieben und Behörden die Gleichberechtigung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt befördern.

Queeres Leben braucht Räume

Wir stellen uns schützend vor Freiräume, Bars und Kultureinrichtungen, die von steigenden Mieten und Verdrängung aus dem Bezirk bedroht werden und Freiräume für queere Lebenskultur bieten. DIE LINKE unterstützt das Projekt des queeren Kulturhauses E2H in Kreuzberg. Es verbindet Kultur, Bildung, Wissenschaft und Geschichtsarbeit, Jugendarbeit, Emanzipationsarbeit und politische Aktivität gegen Homophobie und Queer-Diskriminierung. Ein solcher sichtbarer Leuchtturm queerer Lebenskultur ist für uns in Zeiten wachsender Anfeindungen gegenüber LGBTQI notwendiger denn je.

Gleichberechtigung beginnt beim Denken, bei der Sprache und bei vermeintlich Alltäglichem. Deshalb unterstützen wir die Schaffung von zusätzlichen Unisex-Toiletten, die entsprechende Überprüfung und gegebenenfalls Überarbeitung bezirkseigener Broschüren sowie geeignete Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter*innen des Bezirksamts.

Schule: gemeinsam, kostenlos und digital

DIE LINKE streitet für eine gute Schulbildung für alle Schülerinnen und Schüler egal, woher sie kommen: egal, ob sie reiche Eltern haben oder nicht, egal, ob sie hier aufgewachsen sind oder aus ihrer Heimat

fliehen mussten. Wir wollen Schulen, die nicht aussortieren, sondern alle Kinder bestmöglich fördern. Gute Bildung vermittelt jedem Kind zumindest bessere Chancen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Gemeinsam lernen

Wir wollen, dass alle Kinder möglichst lange gemeinsam lernen – von der Einschulung bis zum Schulabschluss. Es ist uns dabei in den letzten Jahren gelungen, das Modell Gemeinschaftsschule in unserem Bezirk entscheidend voranzubringen. Neben den bereits bestehenden Schulen sollen in beiden Ortsteilen weitere Gemeinschaftsschulen entstehen. Wir befördern und unterstützen die Fusion der Georg-Weerth-Oberschule mit der Blumengrundschule und die Entwicklung der Kurt-Schumacher-Schule zur Gemeinschaftsschule. In dieser Schulform sollen alle Bildungsabschlüsse bis zum Abitur ermöglicht werden.

Damit diese Gemeinschaftsschulen erfolgreich sind, müssen im Schulprozess die verschiedenen Interessen von Schüler*innen, Lehrer*innen und der Elternschaft berücksichtigt und alle einbezogen werden. Zudem braucht es funktionierende und barrierefreie Schulgebäude und ausreichend Personal. Dazu gehören nicht nur Lehrer*innen, sondern auch Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen sowie Sonderpädagog*innen und technisches Personal. Dafür werden wir uns weiter auf allen Ebenen einsetzen.

Schulisches Lehren und Lernen digitalisieren

Das deutsche Schulsystem war und ist auf digitales Lernen und Unterrichten unzureichend vorbereitet. Die entsprechende Ausstattung muss für alle Schüler*innen gewährleistet werden. Das beinhaltet neben der Bereitstellung von Laptops, Computern oder Tablets auch flächendeckendes WLAN an allen Schulen des Bezirkes.

Wir setzen uns dafür ein, dass Pädagog*innen zum digitalen Lehren und Lernen aus- und fortgebildet werden und eine dauerhafte Unterstützung des pädagogischen Personals für die Wartung und Pflege der vorhandenen Technik durch zusätzliches Fachpersonal sichergestellt wird. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Gesamtkonzepte zu entwickeln, um die Versorgung der Schüler*innen mit digitalen Lernangeboten sicherzustellen.

Schulbau voranbringen

Die Schülerzahlen werden in den nächsten Jahren insbesondere im Ortsteil Friedrichshain deutlich ansteigen. Die Verdichtung an den vorhandenen Standorten ist hier bereits jetzt sehr problematisch. Neben der Errichtung von Ergänzungsbauten ist es dringend nötig,

mehr Grundschulplätze zu schaffen und einen weiteren neuen Grundschulstandort in der Nähe des Ostbahnhofes zu sichern.

Die finanziellen Mittel der Schulbauoffensive des Landes müssen vollständig abgerufen und vom Bezirk verbaut werden. Dafür braucht es zusätzliches Personal im Bezirksamt.

Schulen sind mehr als Unterricht

Wir wollen, dass es an allen Schulen ausreichend Personal, Mittel und Räume für ein ganztägiges Angebot gibt. Die Einrichtung einer Schulstation und der Einsatz von ausreichend Sonderpädagog*innen sollte an jeder Schule möglich sein, genau wie Arbeitsgemeinschaften und selbstorganisierte Initiativen. Die Eigenverantwortung der Schulen muss gestärkt werden. Das betrifft den Abbau bürokratischer Hürden, mehr Mitsprache bei Entscheidungen und Eigenverantwortung bei der Verwendung finanzieller Mittel.

Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen mit einem Ganztagsangebot auch außerschulische Angebote umfassender finanziert werden. Verlängerte Betreuung in den Schulen muss auch die qualitätsvolle Beschäftigung der Kinder ermöglichen. Wir werden uns für eine entsprechende Finanzierung über den Bezirkshaushalt einsetzen. Nach der erfolgreichen Einführung eines kostenfreien Mittagessens an den Grundschulen im Bezirk soll dieses Angebot auch an den Oberschulen und anderen weiterführenden Schulen möglich werden. Dies bedarf einer vorherigen Prüfung der Wünsche von Schüler*innen und Lehrer*innen sowie der baulichen Gegebenheiten vor Ort.

Unser Bezirk ist der einzige, in dem es seit Mai 2020 eine Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas gibt. Die Finanzierung dieser wichtigen Arbeit muss im nächsten Doppelhaushalt auskömmlich abgesichert werden. Wir verstehen Schulen als Einrichtungen, in denen die Idee des Friedens und der Solidarität gelehrt und gelebt werden. Veranstaltungen zur Rekrutierung und Werbekampagnen der Bundeswehr haben dort nichts zu suchen. Einladungen von Jugendoffizier*innen der Bundeswehr, die zu diesem Zwecke an die Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg kommen wollen, lehnen wir deshalb ab.

Gute Schulen brauchen eine gute Schulreinigung und ausreichend Hausmeister*innen

Wir setzen uns auch für angenehme, saubere Lernorte und gute Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte ein und kämpfen deshalb weiter für die Rekommunalisierung der Schulreinigung. Das diesbezüglich auf unseren Druck bereits Ende 2016 bei der Bildung des Bezirksamtes politisch verabredete Ziel muss endlich in die Tat

umgesetzt werden. In der Bezirksverordnetenversammlung haben wir inzwischen erfolgreich dazu beigetragen, dass der von der Initiative »Schule in Not« initiierte Einwohnerantrag eine breite Mehrheit gefunden hat.

Bei der ambitionierten Umsetzung des Vorhabens sind die Bezirke auf das Land angewiesen. DIE LINKE setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass dafür die benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Nach dem baldigen Start eines Pilotprojektes ist unser Ziel, nach und nach die Schulreinigung im gesamten Bezirk wieder in kommunale Hand zu überführen.

Ebenso setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass an jeder Schule Hausmeister*innen arbeiten und hierfür bei Bedarf zum Einstieg auch arbeitsmarktpolitische Programme genutzt werden, die dann in dauerhafte Stellen im öffentlichen Dienst überführt werden können.

Sport: Sportflächen ausbauen, Sportangebote fördern

In Friedrichshain-Kreuzberg sind zehntausende Menschen in über 150 Sportvereinen und Betriebssportgruppen organisiert. Nahezu jede denkbare Sportart wird in unserem Bezirk ausgeübt. Welche gesellschaftliche Rolle der Sport spielt, ist schier unermesslich: als Ort der Solidarität und Unterstützung, als Anker in schwierigen Lebensphasen, als Ausgleich in hektischen oder zu ruhigen Zeiten, als pädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche und natürlich als Beitrag zur körperlichen und psychischen Gesundheit.

Unser Bezirk braucht mehr Sportflächen

Dass gleich zu Beginn der Wahlperiode die Turn- und Sporthallen im Bezirk freigezogen werden konnten, hat die Situation zumindest auf den Stand von 2015 zurückgeführt. Allerdings hatte Friedrichshain-Kreuzberg auch zu dieser Zeit schon einen eklatanten Mangel an Sporthallen und Sportplätzen zu beklagen. Unverändert kritisieren viele Vereine, dass die ihnen zur Verfügung stehenden Trainingszeiten und -plätze weit hinter der Nachfrage zurückbleiben. Massiv betroffen ist gerade der Kinder- und Jugendbereich, wo immer wieder Gruppen mangels Trainingszeiten abgewiesen werden müssen. Deshalb bleibt es eine Aufgabe bezirklicher Politik, das Angebot an Sportstätten im Bezirk zu erhalten und auszubauen.

Nach wie vor fehlt es in unserem hochverdichteten Innenstadtbezirk insbesondere an Sportplätzen. Wir fordern, dass die Nöte der Sport-

vereine zukünftig bei Neubauvorhaben stärker mitbedacht werden. Nachdem die Landesebene in den vergangenen fünf Jahren massiv den Wohnungsneubau vorangetrieben hat und zudem die Neuerrichtung und Sanierung von Schulen in den politischen Fokus gerückt ist, muss zugleich auch dem Sport wieder mehr Bedeutung bei der Stadtentwicklung beigemessen werden.

Bei Bauvorhaben setzen wir uns deshalb weiterhin dafür ein, dass dort, wo dies möglich ist, durch die jeweiligen Investor*innen ein Ausbau der Dach- und Kellerflächen für eine Sportnutzung finanziert wird, so wie es schon auf dem Baumarkt an der Yorckstraße oder auf dem Dach des Großhandels in der Nähe des Ostbahnhofes erfolgreich durchgesetzt wurde.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auf dem ehemaligen Wasserrückhaltebecken am Tempelhofer Feld so schnell wie möglich eine Sportnutzung realisiert wird. Weitere Flächen sind zeitnah auf ihre Eignung zu prüfen.

Die bezirklichen Hallen sollen erweitert und wo nötig saniert werden, um dadurch das Angebot auszubauen. Eine noch engere Verzahnung von Schul- und Vereinssport und die Öffnung von Hallen und Höfen der Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten müssen vorangetrieben werden. Hallen in und bei Schulbauten sind nach Möglichkeit wett-kampftauglich zu gestalten.

Friedrichshain-Kreuzberg sitzt auf dem Trockenen

Besonders prekär ist die Lage für den Schwimmsport und das Sportswimmen. In den kommenden Jahren wird es aufgrund dringender Sanierungsarbeiten kein richtiges Hallenbad im Bezirk mehr geben. Angebote des Schwimmsportes sind jedoch insbesondere für die Kinder- und Jugendförderung sowie für den Seniorensport unbedingt erforderlich. Dass Schüler*innen für den Schwimmunterricht mit Bussen zu Hallen in andere Bezirken gefahren werden müssen, darf aus unserer Sicht auf Dauer nicht so bleiben.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Kreuzberger Baerwaldbad vom Land erworben und von den Berliner Bäderbetrieben als Angebot erhalten, ertüchtigt und betrieben wird. Das Schwimmbad Holzmarktstraße und das derzeit in der Sanierung befindliche Spreewaldbad müssen schnellstmöglich wieder für das Schul-, Vereins- und Publikumsschwimmen eröffnen.

Sportangebote und Sportvereine fördern

DIE LINKE setzt sich für eine auskömmliche öffentliche Sportförderung ein, insbesondere auch des Jugendbereichs und des Frauen- und

Mädchensportes. Die finanzielle Unterstützung der Vereine wollen wir auch im Rahmen der bezirklichen Möglichkeiten schrittweise verbessern.

Auf unseren Antrag hin wurde durch die Bezirksverordnetenversammlung bereits beschlossen, dass Vereine, die mit dem Bezirk sogenannte »Schlüsselverträge« über die Wartung und Pflege der Sportanlagen haben, hierfür zusätzlich Geld erhalten. Das Bezirksamt und die Vereine müssen künftig sicherstellen, dass mit diesen auch anständige, sozial abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse finanziert werden.

Stadtentwicklung: nachhaltig Planen und Bauen

DIE LINKE steht für eine städtebauliche Entwicklung unseres Bezirks, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an denen irgendwelcher Investor*innen. Bei allen Planungen braucht es eine ganzheitliche Perspektive, die Wohnen, Soziales, Bildung, Verkehr sowie den Bedarf an Grün-, Freizeit- und Sportflächen als wichtige Grundlagen unseres Lebens versteht. Zugleich hat sich Friedrichshain-Kreuzberg in den letzten Jahren zu einem höchst attraktiven Investitions- und Spekulationsstandort entwickelt, an dem international agierendes Kapital Maximalprofite zu verwirklichen versucht. Wir wollen alles daransetzen, die damit einhergehenden negativen Entwicklungen abzumildern und bestenfalls zu stoppen.

Planung von unten

DIE LINKE ist der Auffassung, dass Bürgerbeteiligung generell weiter gestärkt werden muss. Eine Voraussetzung ist, dass Bauvoranfragen und -anträge veröffentlicht werden müssen, damit Bürger*innen rechtzeitig auf anstehende Planungen und Entscheidungen Einfluss nehmen können.

In den letzten Jahren haben sich zudem zahlreiche Initiativen gegründet, die auch in der Stadtentwicklung kiez- und gemeinwohlorientierte Alternativen entwickeln. Herausragendes Beispiel sind die Aktivitäten rund um das Dragonerareal. Hier wird in Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Bezirk und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eine Bebauung geplant, die bezahlbares Wohnen mit preiswertem Kleingewerbe verbindet, Grünflächen sichert und neue Angebote für Kinder und Jugendliche schafft. Das Dragoner Areal ist ein hervorragendes Beispiel für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung, das Vorbild für weitere Beteiligungsverfahren werden sollte.

Bauen mit Mehrwert

Konkrete Bauprojekte werden von uns nur dann mitgetragen, wenn sie sich städtebaulich in das Umfeld einfügen, die bestehenden Orte und Nachbarschaften respektieren und einen Mehrwert für unseren Bezirk und die lokale Bevölkerung vor Ort schaffen. Dazu gehört, dass mindestens die Hälfte der Flächen eines Bauvorhabens preiswerten Wohnraum und bezahlbare Gewerbemieten aufweisen müssen und dass Grün- und Freiflächen erhalten oder neu geschaffen werden.

Mit dem Hochhausleitbild der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ist auf Landesebene für die Genehmigung weiterer Hochhäuser ein enger Rahmen gesetzt worden, der beinhaltet, dass ein Hochhaus künftig auch Räume für preiswertes Wohnen und beispielsweise soziale Einrichtungen anbieten muss. Den Bau weiterer Bürotürme in unserem Bezirk lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Wir kämpfen dafür, die geplante immense Bebauung mit Hochhäusern am Park am Gleisdreieck noch zu verhindern. Auch das Ansinnen, die sogenannte Andreasbrache in der Nähe des Ostbahnhofs mit einem bombastischen Bankgebäude zu bebauen, lehnen wir deshalb ab. Neue Hochhäuser halten wir nur dann für vertretbar, wenn sie gemeinwohlorientierten und bezahlbaren Wohnraum schaffen oder ausschließlich öffentliche Nutzungen, wie zum Beispiel den geplanten Neubau eines bezirklichen Rathauses, beinhalten.

Freiräume und Grünflächen erhalten

Stadtplanung ist mehr als Bauen: Freiflächen müssen planerisch gesichert, Grünflächen im Bezirk erweitert und für alle zugänglich gemacht, Nachbarschaftsgärten Bestandteil bezirklicher Planungen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Punkte generell Inhalte der bezirklichen Planungen werden. Das geltende Planungsrecht enthält Spielräume, die es besser als bisher auszuloten gilt. Dabei sollte bei Bedarf im Einzelfall auch stärker die juristische Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Investor gesucht werden. Nicht der Kompromiss mit Investoren um jeden Preis sollte das Ziel von Verhandlungen sein, sondern an erster Stelle immer die gemeinwohlorientierte Entwicklung des Bezirks.

Friedrichshain-Kreuzberg ist schon jetzt der Berliner Bezirk mit der höchsten Bevölkerungsdichte. Die Nachverdichtung auf Kosten von Freiräumen und Grünflächen stellt deshalb für unseren Bezirk vielerorts ein besonderes Problem dar. Wir erkennen an, dass auch in Friedrichshain-Kreuzberg der Neubau bezahlbarer Mietwohnungen weiter notwendig ist. Wir lehnen jedoch Bauvorhaben ab, die zu einer relevanten Verschlechterung der Lebensverhältnisse für Anwohner*innen führen: Wir wollen keine unzumutbare Verschattung und nachbarschaftlich genutzte Grün- und Freiflächen müssen erhalten bleiben.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in der Abwägung der Interessen, in unserem Bezirk künftig den öffentlichen Grünflächen eine größere Bedeutung beigemessen wird als bisher.

Zu schützenswerten Freiräumen gehören für uns auch bestehende alternative, unkommerzielle Nutzungen im Bezirk wie Wagenplätze und selbstverwaltete Hausprojekte. DIE LINKE setzt sich auf Bundesebene für eine Änderung des Baugesetzbuchs ein, damit Wagenplätze genehmigungsfähig und damit aus der permanenten Duldungsfalle befreit werden. Auf Landesebene wollen wir durch die Fortführung unserer Ankaufs- und Vorkaufspolitik auch Flächen erwerben, um die bezirklichen Wagenplätze zu sichern.

Kein monumentaler Neubau des Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz

Die SIGNA Holding plant, das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz abreißen oder vollständig entkernen zu lassen und durch eine monumentale Rekonstruktion der ursprünglichen Gebäudehülle aus der Endphase der Weimarer Republik zu ersetzen. Die Planungen sehen eine Mischung aus Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie sowie Büro- und Hotelflächen vor. Mehrere hundert Millionen Euro will SIGNA in das Projekt investieren – entsprechend hohe Gewerbesteuern wären die Folge. Bereits jetzt lässt sich rund um den Hermannplatz eine massive Verdrängung des Kleingewerbes durch vor allem gastronomische Monostrukturen, beobachten. Eine monumentale SIGNA-Mall am Hermannplatz würde hier wie ein Brandbeschleuniger wirken und die bezirklichen Bemühungen zum Schutz der Kieze und des Kleingewerbes konterkarieren. Ein Abriss oder eine vollständige Entkernung eines intakten Bestandsgebäudes ist auch aus ökologischen Gründen abzulehnen.

Einen monumentalen Bau einer Mall oder eines vergleichbaren monumentalen Gebäudes an dieser Stelle lehnen wir deshalb ab. Wir kämpfen dafür, den Karstadt-Standort zu erhalten und eine städtebaulich verträgliche Lösung in einem ergebnisoffenen Verfahren mit breiter Beteiligung der Anwohner*innen und Gewerbetreibenden zu suchen. Wir fordern den Senat auf, die Planungshoheit für das entsprechende Bebauungsverfahren beim zuständigen Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu belassen.

RAW-Gelände

Gemäß Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung soll an der Westseite des RAW-Geländes an der Warschauer Straße ein 100 Meter hohes Hochhaus gebaut werden. Der Eigentümer »erpresste« sich dieses Baurecht letztlich durch die Zusicherung, die soziokulturellen Einrichtungen auf dem RAW-Gelände, wie die Skaterhalle oder den

Kinderzirkus, langfristig in Form einer Genossenschaft zu erhalten und mit den Clubs auf dem Gelände langfristige Mietverträge abzuschließen.

Wir werden diese Hochhausplanung weiterhin kritisch begleiten. DIE LINKE wird darauf bestehen, dass die eingegangenen Verpflichtungen zur Sicherung des sogenannten »Soziokulturellen L« eingehalten werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass das Hochhaus auch einen hohen Anteil an preiswertem Wohn- und Gewerbeflächen sowie Raum für Soziokultur umfasst. Für das weitere Planungsverfahren muss das Bezirksamt auch die Bürgerbeteiligung deutlich ausbauen.

Auf dem östlichen Teil des Geländes, das einem anderen Eigentümer gehört, soll nach den Plänen des dortigen Investors ein weiteres Hochhaus gebaut werden. Dies lehnen wir ab.

Friedrichshain-West

DIE LINKE hat es in der letzten Legislaturperiode zusammen mit Bürgerinitiativen wie dem »Aktionsbündnis lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West« geschafft, die überdimensionierten und über die Köpfe der Bürger*innen hinweg geplanten Nachverdichtungsvorhaben im westlichen Friedrichshain zu stoppen.

Ein neues Planungsverfahren mit umfangreicher Beteiligung der Bürger*innen wurde initiiert. Es soll die qualifizierte und integrierte Weiterentwicklung des Gebietes in Verantwortung des Bezirksamts und mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen gewährleisten. Dabei besteht eine Vielfalt unterschiedlicher Interessen auf einer begrenzten Fläche, die miteinander in Konflikt stehen. So stehen der Bedarf an Schul- und Sportflächen, Freiflächen und Grünanlagen, Verkehrsflächen und der respektvolle Umgang mit denkmalgeschützten Bereichen, Forderungen nach mehr Wohnraum und dem Ausbau sozialer Infrastrukturen gegenüber. Ziel des Verfahrens ist es, alle stadtrelevanten Themen zusammenzudenken und gemeinsam mit den Anwohner*innen eine Quartiersvereinbarung über die künftige Entwicklung des Gebiets zu erarbeiten. DIE LINKE erwartet vom Bezirksamt, dass es den Bürger*innen in diesem Prozess auf Augenhöhe begegnet und deren Hinweise und Anregungen ernsthaft berücksichtigt werden.

Starke Bezirke: bürgernah und demokratisch kontrolliert

Die meisten Berliner*inne identifizieren sich stark mit dem Bezirk, in dem sie leben. Auch in Friedrichshain-Kreuzberg ist die Identifikation

spürbar ausgeprägt. Zugleich ist die Verwaltung unseres Bezirks erste Ansprechpartnerin für vielfältige Anliegen der Bewohner*innen der »Großstadt« Friedrichshain-Kreuzberg. Wer hier bei uns lebt, hat ein Anrecht auf starke und handlungsfähige Bezirke, die bürgernahe und qualitativ hochwertige Dienstleistungen erbringen.

Ausreichend Personal und gute Arbeitsbedingungen im Bezirksamt

In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die Hebel umzulegen und dafür zu sorgen, dass den Bezirken nach und nach wieder mehr Personal zur Verfügung steht. Diese Stärkung der Bezirke zur Erledigung ihrer Aufgaben und der Anliegen ihrer Bewohner*innen wollen wir unbedingt fortsetzen. Dafür gilt es auch weiterhin die nötigen finanziellen Voraussetzungen im Land und im Bezirk zu schaffen. Wir sehen den Schwerpunkt der kommenden Jahre insbesondere im Ausbau der Schnittstelle Wohnen und Soziales sowie beim Ordnungsamt.

Wer starke Bezirke will, muss sich zu einem personellen und finanziellen Ausbau der Zentralen Dienste bekennen. Nur ein kompetenter und gestärkter IT-Service ist den Anforderungen an mobiles Arbeiten und Digitalisierung gewachsen. Mehr Personal und Rekommunalisierung brauchen als Rückgrat einen personell gestärkten Personalservice. Zugleich erwarten wir vom Bezirksamt ein zukunftsfestes Personalentwicklungskonzept, das ämterübergreifend den Personalbedarf, die Altersstruktur und vorhandene wie benötigte Qualifikationen und Leerstellen analysiert, bewertet und Vorsorge trifft.

Der begonnene schrittweise Personalaufbau in den Bezirksämtern hat zudem bisher nicht dazu geführt, dass Überstunden, Arbeitsüberlastung und Stress für die Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes verschwunden wären. Deshalb muss nicht nur die Politik des Personalaufbaus weiter konsequent fortgesetzt werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, das betriebliche Gesundheitsmanagement im Bezirk weiter auszubauen. Wir schlagen vor, mit Hilfe des DGB-Index »Gute Arbeit« konkrete Belastungsfaktoren zu identifizieren und gezielt zu beseitigen.

Zukunftsaufgabe Digitalisierung

Wir wollen auch durch eine stärkere Digitalisierung des Verwaltungshandelns eine deutlich zügigere Bearbeitung von Bürgeranliegen erreichen. Begleitend zu den Anstrengungen auf Landesebene, Bürgeranliegen etwa im Bereich Soziales – zum Beispiel durch das Sozialhilfeportal – stärker zu digitalisieren, und den Menschen zu ermöglichen, ihre Anliegen und Ansprüche auf diesem Weg geltend zu machen, sind begleitende Schritte zur Umsetzung auf Bezirksebene notwendig.

Zudem ist zu prüfen, welche Angelegenheiten, für die der Bezirk die eigenständige Verantwortung hat, in ein sinnvolles Online-Angebot überführt werden können.

Rekommunalisierung

Die Auslagerung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben hat in vielen Bereichen weder Kosten gespart noch Leistungen verbessert. Deshalb fordern wir einen Rekommunalisierungs-Check für alle Aufgaben im Bezirk, die aufgrund von Auslagerungen und Privatisierungen aktuell nicht mehr selbst durch die öffentliche Hand erbracht werden. Es muss in sämtlichen Bereichen geprüft werden, ob eine Verlagerung der Aufgaben zurück in die öffentliche Hand möglich ist. In einigen Verwaltungsbereichen ist die Notwendigkeit der Rekommunalisierung längst offensichtlich.

Die Privatisierung der Schulreinigung hat Billiganbietern mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen die Türen geöffnet und dreckige Schulen mit stinkenden Klos zurückgelassen. Deshalb muss die Schulreinigung schnellstmöglich rekommunalisiert werden. Weitere Privatisierungen etwa von Kita-Küchen stellen wir uns entgegen.

Wir wollen auch den Wachschatz der Dienstgebäude in öffentliche Verantwortung zurückholen. Die Pforten sind oft die erste Anlaufstelle für Bürger*innen, als Sicherheitsdienst müssen sie einen Überblick über sensible Bereiche und Termine haben. Sie sollen deshalb Teil des bezirklichen Personals sein.

DIE LINKE sieht auch die Reinigung von Spielplätzen und Parks als Aufgabe der öffentlichen Hand, die nicht durch private Unternehmen, sondern in Eigenregie durch Beschäftigte des Bezirksamtes oder der BSR vorgenommen werden soll. Verbunden mit einer jährlichen Qualitätskontrolle wollen wir die Spielplätze so sicherer und sauberer gestalten.

Klare Kompetenzen für die Bezirke

DIE LINKE will handlungsfähige Bezirke, die gegenüber dem Senat und der Landesebene nicht immer am kürzeren Hebel sitzen. Wir setzen uns grundsätzlich für eine Stärkung der Kompetenzen der Bezirke und zugleich für eine Klarstellung hinsichtlich der seit Jahrzehnten vernachlässigten Klarstellung der Kompetenzverteilung zwischen Land und Bezirken ein. Das ständige Verwaltungs-Pingpong muss aufhören.

Zudem fordern wir, dass auf Landesebene die Grundlagen für das sogenannte politische Bezirksamt geschaffen werden, wodurch das Bezirksamt künftig nicht mehr nach Proporz zusammengesetzt wäre,

sondern die Mehrheit der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlung politisch abbilden würden, wie dies auch bei der Bundesregierung oder bei Landesregierungen der Fall ist.

Demokratische Kontrolle des Bezirksamtes

Wir legen Wert darauf, dass die Bezirksverordnetenversammlung das demokratisch gewählte Gremium und die Vertretung der Menschen im Bezirk ist – nicht das Bezirksamt. Das Bezirksamt darf die Bezirksverordnetenversammlung deshalb nicht nach Belieben einbeziehen oder ignorieren. Die Fragen aller Verordneten müssen zeitnah beantwortet werden und das Bezirksamt muss unverzüglich über die Ausführung der Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung berichten.

Das Bezirksverwaltungsgesetz muss darüber hinaus auf Landesebene so geändert werden, dass die Bezirksverordnetenversammlung gestärkt wird und ihr umfassende »parlamentarische« Rechte übertragen werden, die an die Rechte des Abgeordnetenhaus auf Landesebene angelehnt sind.

Städtepartnerschaften

Für DIE LINKE besteht Partnerschaftsarbeit mit unseren nationalen und internationalen Städtepartnern nicht aus Grußbotschaften, Wimpeln und Händeschütteln. Für uns macht eine moderne Städtepartnerschaftsarbeit aus, entlang von gemeinsamen Themen und Interessen den Austausch und die Begegnung für zivilgesellschaftliche Akteure zu ermöglichen.

Wir wollen multilaterale internationale Begegnungen stärken, um wichtige Erfahrungsräume für global gerechtes Handeln anzubieten, Versöhnungs- oder Friedensarbeit zu leisten und politische Veränderungen anzustoßen. Dabei kann an die engagierte Arbeit der Partnerschaftsvereine sowie die Aktivitäten rund um die neue Städtepartnerschaft mit Derik in Nordsyrien, die maßgeblich auf unser Betreiben zustande gekommen ist, angeknüpft werden.

Teilhabe auch mit Behinderung: inklusiv und barrierefrei

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und den Abbau von Barrieren. Doch Inklusion als Gesellschaftsprinzip geht weit darüber hinaus, und unser Bezirk ist noch lange nicht am Ziel. Wir wollen Friedrichshain-Kreuzberg inklusiver gestalten. Dazu gehört, die Arbeit der bezirklichen Beauftragten für

Menschen mit Behinderungen zu unterstützen und ihre Rolle zu stärken. Wir wollen, dass der Inklusionsgedanke in unserem Bezirk ämterübergreifend und auf allen Ebenen mitgedacht und umgesetzt wird.

Barrierefreies Wohnen ausbauen und im Kiez ermöglichen

DIE LINKE fordert, dass sich das Bezirksamt im Zuge des Wohnungsneubaus dafür einsetzt, einen bedarfsdeckenden Anteil an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen zu schaffen. Gerade mit Blick auf die alternde Gesellschaft sollte von Anfang an barrierefrei geplant und gebaut werden, da der Umbau wesentlich teurer ist. Beim barrierefreien Umbau von Bestandswohnungen setzen wir uns dafür ein, dass die Pflicht zum Rückbau beim Ende des Mietverhältnisses entfällt.

Die Mitarbeiter*innen der Wohnungshilfe müssen besser über die Rechte und Bedarfe von Menschen mit Behinderungen geschult werden, damit sie diese unterstützen können. Falls die vorgesehenen zehn Prozent Aufschlag auf die normalen Kosten der Unterkunft für Menschen mit Behinderung nicht ausreichen, um eine Wohnung in unserem Bezirk zu finden, sollten weitergehende Ausnahmen beantragt und genehmigt werden können.

Mobil durch den Bezirk

Barrierefreiheit sowie Mobilität und Sicherheit haben für Menschen mit Behinderung einen besonders hohen Stellenwert. Dabei geht es sowohl um den flächendeckenden Ausbau niedrigschwelliger Angebote zum Erhalt der Mobilität als auch um die Ausgestaltung und Finanzierung eines vollständig barrierefreien und sicheren öffentlichen Personennahverkehrs. Dies gilt für die Haltestellendichte ebenso wie für die Zugänglichkeit aller Verkehrsmittel für mobilitätseingeschränkte Menschen.

Von der Landesebene erwarten wir, dass alle S- und U-Bahnhöfe mit Aufzügen oder Rampen ausgestattet und ausgefallene Aufzüge zeitnah repariert werden. Im aktuellen Nahverkehrsplan des Landes Berlin ist bereits festgeschrieben, dass Straßenbahn- und Bus-Haltestellen bis zum 1. Januar 2022 mit vorgezogenen Kaps oder dem sogenannten Kasseler Bord barrierefrei gestaltet werden. Wir erwarten, dass diese Vorgaben fristgemäß flächendeckend umgesetzt werden. DIE LINKE unterstützt die Sicherung der Mobilitätshilfsdienste, den Erhalt des Sonderfahrdienstes und des Begleitservice des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB).

Im Bezirk haben wir uns in den vergangenen Jahren für flächendeckende Bordsteinabsenkung an Kreuzungen und Überwegen eingesetzt und darauf gedrungen, dass die Beteiligung von Menschen mit

Behinderung bei der Ermittlung von städtebaulichen Problemen ausgebaut wird. Wir wollen Abstellflächen für Rollatoren, Rollstühle und andere Hilfsmittel wohnortnah nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand realisieren und dafür im Bedarfsfall auch Parkplätze oder andere Flächen des öffentlichen Raums für Rollstuhlboxen und ähnliche Lösungen bereitstellen.

Für Inklusion in allen Lebensbereichen

Informationen und Angebote des Bezirksamtes müssen für alle zugänglich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass auch der Internetauftritt des Bezirkes und alle Informationen barrierefrei erreichbar sind.

DIE LINKE tritt für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung ein. Schulen und andere öffentlicher Gebäude müssen baulich so gestaltet sein, dass alle sie nutzen können. In unserem Bezirk gibt es zu wenige Ärzt*innen und insbesondere Fachärzt*innen, deren Praxis barrierefrei zu erreichen ist, so dass viele Betroffene sich in dringenden Fällen nur an die Rettungsstellen wenden können. Das muss sich ändern, vor allem mehr Frauenarzt-Praxen und Orthopäden sollten barrierefrei erreicht werden können. Der Bezirk muss sich zudem weiterhin auf Landesebene dafür einsetzen, dass Menschen, die im Alltag auf Assistenz angewiesen sind und oft Grundsicherung empfangen, die Assistenzleistungen auch während eines Krankenhausaufenthalts erhalten.

Wir wollen, dass mobilitätseingeschränkte Menschen in der eigenen Wohnung bleiben können und ein Umzug in eine stationäre Einrichtung erst so spät wie möglich erfolgen muss. Wir wollen zudem mehr Plätze für Betreuungsangebote der Eingliederungshilfe für Menschen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderungen schaffen.

Tierschutz: Lebensräume erhalten, Tiere schützen

Denkt man an freilebende Tiere, kommt den wenigstens ein Innenstadtbezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg in den Sinn. Doch hier haben sich viele Tiere angesiedelt: Füchse, Hasen, Biber, Eichhörnchen, zahlreichen Vogelarten, Fledermäuse, und viele Kleintiere. Wir wollen diese Biodiversität im Bezirk erhalten und Tiere schützen.

Fütterung von Wildtieren

Wildtiere sind Selbstversorger. Ein intensives menschliches Zufüttern, wenn es um mehr geht als um den »Meisenknödel« oder das eigene

Vogelhäuschen auf dem Balkon, ist häufig problematisch: Die Fütterung kann zu Konflikten führen, denn Tiere verlieren ihre natürliche Distanz zu den Menschen und bestimmte Tierpopulationen, wie zum Beispiel Tauben, vermehren sich so deutlich zu stark. Vor allem das Füttern von Wasservögeln, die nahezu alles essen, was man ihnen hinwirft – ob gesund für sie oder nicht –, sollte unterlassen werden. Wachsende Tierbestände und liegenbleibende Nahrungsreste führen am Ende auch dazu, dass Gewässer kippen können und Tiere und Pflanzen sterben.

Wir setzen uns für entsprechende Aufklärungsarbeit ein und wollen Informationstafeln zu den bei uns lebenden Tieren aufstellen. Unsere Parkanlagen wollen wir mit ausreichend großen, bodenfernen Müllcontainern ausstatten, die nicht als Nahrungsquelle für Wildtiere und Ratten dienen können. Wir stehen dem Ausbau von betreuten Taubenschlägen offen gegenüber und wollen uns für Standorte in unserem Bezirk stark machen.

Durch mehr Personal bei der Stadtreinigung und im Ordnungsamt wollen wir die Parks sauber bekommen. Dies nützt nicht nur den Tieren, sondern schützt gleichzeitig unsere Naherholungsflächen.

Schutz und Ausbau von Rückzugsorten für Wildtiere

Wie der Mensch benötigen auch Tiere Rückzugsorte. Diese Rückzugsorte müssen insbesondere während der Brutsaison geschützt und entsprechende Auflagen beim Gehölzschnitt beachtet werden. Wenn sich Neubauten auf bewachsenen Flächen nicht vermeiden lassen, ist sicherzustellen, dass die dort lebenden Tiere umsiedeln können.

Wir wollen neue Rückzugsorte schaffen, indem wir Parkanlagen erhalten und ausbauen. Wir stehen für Grünschnitten in Friedrichshain-Kreuzberg, die unser Klima erhalten und Lebensräume für Tiere bilden. Der Ausbau von Biber-Ausstiegen an der Spree soll fortgesetzt werden.

Das Einsetzen von Wildtieren und deren Dressur bei Veranstaltungen lehnen wir im Sinne des Tierwohls ab. Wir wollen, dass Anbieter, die Wildtiere kommerziell einsetzen, keine Genehmigungen in unserem Bezirk erhalten.

Auch Insekten brauchen Schutz

Insekten sind auch im urbanen Gebiet enorm wichtig und sorgen für die Bestäubung der Blumen und Obstpflanzen. Sie tragen zur Blüte unseres Bezirkes bei und lockern Böden auf, sind Nahrungsquelle für Vögel und Fledermäuse.

Wir setzen uns für den Schutz von Insekten und die Schaffung von Lebensräumen für sie ein. Wir wollen einen lebendigen und artenreichen Bezirk, Insekten sind hierfür unabdingbar.

Hunderauslaufplätze und Streichelzoos erhalten

Wir setzen uns dafür ein, dass die bestehenden Flächen für Hunderauslaufplätze erhalten bleiben.

Wir wollen, dass die Streichelzoos in unserem Bezirk verlässlich und auskömmlich finanziert werden, damit die artgerechte Haltung weiterhin aufrechterhalten werden kann.

Vegetarische und vegane Ernährung erleichtern

Dass die menschliche Ernährung mit einem hohen Fleischverbrauch einhergeht, bringt eine Vielzahl an Problemen mit sich. Wir wollen deshalb im Bezirk vegetarische und vegane Essensangebote fördern und durchsetzen, dass in den bezirklichen Kantinen auch ein veganes Angebot vorgehalten wird, ohne dass dabei jemandem eine bestimmte Ernährungsform aufgezwungen wird.

Wir freuen uns, dass sich nach einem Bürgerbegehren und einem entsprechenden Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung mittlerweile zwei Pilotschulen für ein Modellprojekt angemeldet haben, bei dem in Zusammenarbeit des Schul- und Sportamts mit den Schulen, den Initiator*innen des Bürgerbegehrens und den Catering-Unternehmen ein Konzept für ein kostenneutrales Angebot eines veganen Menüs entwickelt werden soll.

Tourismus: stadtverträglich und nachhaltig gestalten

Kaum ein zweiter Berliner Bezirk ist so von Tourismus, Gastronomie und Beherbergungsbetrieben geprägt wie Friedrichshain-Kreuzberg. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen die Corona-Pandemie auf die in unserem Bezirk vom Tourismus abhängigen Unternehmen hat, ist derzeit noch nicht absehbar. Wir wollen möglichst viele Betriebe und Arbeitsplätze erhalten und zugleich kein Zurück zum unregulierten und ungehemmten Massentourismus, wie es ihn vor der Pandemie gab. Dafür brauchen wir neben weiteren passgenauen Wirtschaftshilfen für die Zeit der anhaltenden Pandemie, nachhaltige und tragfähige Konzepte, die den Tourismus besser lenken und klare Regeln aufstellen.

Übernachtungsbetriebe und Gastronomie in der Not unterstützen

Vor der Corona-Pandemie gab es in unserem Bezirk im Jahr fast vier Millionen Übernachtungen in Hotels, Hostels und Pensionen. Viele dieser Beherbergungsbetriebe stehen vor der Pleite, weil die Corona-Wirtschaftshilfen der Bundesregierung vielfach nicht ausreichen. Gleiches gilt für eine Vielzahl von Gastronomiebetrieben. Dabei trifft es die kleinen Läden, Selbstständige und den Mittelstand, die keine großen Rücklagen haben, weit härter als die großen Ketten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund und gegebenenfalls hilfsweise auch das Land Berlin für die Zeit, in der staatliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu Schließungen oder drastischen Umsatzeinbußen führen, ausreichend Wirtschaftshilfen bereitstellen, die zumindest die ungedeckten Betriebskosten ausgleichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Bezirksamt rechtzeitig Konzepte erarbeitet, wie nach Ende der Pandemie ein erfolgreicher Neustart der Branche unterstützt und mit einer Umstellung auf nachhaltigere und für den Bezirk verträglichere Formen des Tourismus verbunden werden kann.

Touristischen Wildwuchs und negative Folgen eindämmen

Die Bedürfnisse von Tourist*innen, Gastronomie und Beherbergungsbetrieben müssen in Einklang gebracht werden mit den Interessen der Menschen, die in unseren Kiezen leben, wohnen und arbeiten. Der Schutz vor Lärm und Müll hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen. Deshalb fordern wir einen Maßnahmenkatalog für die Umsetzung eines nachhaltigen Tourismuskonzeptes auf bezirklicher Ebene. Die Bedürfnisse und Wünsche der Anwohner*innen sind dabei einzubeziehen, auch bei konkreten Genehmigungsverfahren.

DIE LINKE hat sich bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt, auch stärker planerische Instrumente einzusetzen, um gewerbliche, insbesondere auch touristische Monostrukturen und deren negative Auswirkungen auf unsere Kieze zu steuern und gegebenenfalls auch zu unterbinden. Wir schlagen eine straßenbezogene Planung vor, die konkret auf die jeweilige Situation bezogene, rechtssichere Entscheidungen ermöglicht. Wir wollen abwechslungsreiche Einkaufsstraßen und vielfältige Gewerbeangebote in den Kiezen statt einer Aneinanderreihung von Hostels, Bars und Kneipen.

Wir haben bereits beantragt, dass das Bezirksamt in den Abstimmungsprozessen zur Streckenführung von Sightseeing-Bussen dafür Sorge trägt, dass Wohnstraßen von diesem touristischen Durchreiseverkehr verschont bleiben. Sogenannte Bier-Bikes und Pferdekut-

schen haben auf unseren Straßen nichts zu suchen. Wer unseren Bezirk kennenlernen will, muss dafür weder betrunken Fahrradfahren simulieren noch Pferde quälen.

Wir setzen uns auch künftig dafür ein, dass die BVG den Touristenströmen in unseren Bezirk durch eine Anpassung der Taktzahlen und die Etablierung weiterer Routen Rechnung trägt.

Ferienwohnungen wieder in Wohnraum umwandeln

Die Umwandlung von Mietwohnungen in Ferienwohnungen lehnen wir grundsätzlich ab. Das Land hat den Bezirken hierfür Instrumente an die Hand gegeben, die in Friedrichshain-Kreuzberg in Verantwortung unseres linken Bezirksstadtrates mit rund 2 800 zurückgewonnenen Wohnungen bereits intensiv genutzt wurden. Dieses konsequente Vorgehen muss auch im Rahmen der kommenden Haushalte durch ausreichend Personal abgesichert werden.

Lasten fair verteilen

In der Vergangenheit flossen zu wenige der im Tourismus erwirtschafteten Gelder in die Bezirke zurück, die davon am meisten betroffen sind – und das, obwohl ihnen durch den stetig anwachsenden Zustrom an Besucher*innen unvermeidbar steigende Kosten für die Reinigung und Instandhaltung bezirklicher Straßen, Grün- und Parkanlagen entstehen. Wir setzen uns weiterhin dafür aus, dass Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg, in denen der öffentlichen Hand besondere Kosten durch den Tourismus entstehen, auch stärker an den entsprechenden Einnahmen beteiligt werden.

Verkehr: für eine soziale und demokratische Verkehrswende

Die Verkehrswende voranzubringen und demokratisch auszugestalten, ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Wir setzen uns dabei für die Stärkung des »Umweltverbundes« und damit die Stärkung von Fußgänger*innen, Fahrradfahrenden und Nutzer*innen von Bussen und Bahnen ein.

Wir wollen umweltfreundlichen Verkehr und dabei vor allem den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fördern und dessen Attraktivität steigern.

Den ÖPNV stärken

Der Ausbau des ÖPNV ist für uns zentral für die Verkehrswende. Dazu müssen schnellstmöglich sowohl das Straßenbahn-Netz als auch das vorhandene Bus-Angebot ausgebaut werden. DIE LINKE setzt sich auf Landesebene dafür ein, dass bei der Beschaffung von Bussen und Bahnen auf moderne emissionsfreie Fahrzeuge zurückgegriffen wird.

Wir erwarten, dass auch Kreuzberg an das Berliner Straßenbahn-Netz angeschlossen wird. Wir fordern, dass bei der Verlängerung der M10 von der Warschauer Straße zum Hermannplatz durch Kreuzberg ein Trassenverlauf gewählt wird, der den Görlitzer Park nicht quert, sondern umfährt.

Zeitweise überfüllte Buslinien, wie zum Beispiel die M29 oder die M41, sind im Takt deutlich zu verdichten. Haltestellenkaps an geeigneten Orten reduzieren die Fahrtzeiten der Busse und erleichtern Mobilitätseingeschränkten den Ein- und Ausstieg. Für BVG und S-Bahn fordern wir einen Stopp der Fahrpreiserhöhungen und perspektivisch sinkende Fahrpreise.

Wir setzen uns auch weiterhin für ein barrierefreies Berliner Nahverkehrssystem ein. Dazu müssen alle Bahnhöfe mit Aufzügen und wo möglich auch mit Rolltreppen ausgestattet und die Wartung dieser Anlagen verbessert werden.

Auf Landesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass die S-Bahn weiter aus einer Hand angeboten und nicht zerschlagen wird. Wir wollen, dass die S-Bahn perspektivisch entweder durch ein landeseigenes Unternehmen betrieben wird oder die Länder Berlin und Brandenburg Gesellschafter der S-Bahn Berlin GmbH werden (Kommunalisierung).

Fußgänger*innen in den Fokus

Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen, die Fußwege benutzen wollen oder müssen, deutlich besser geschützt werden als bisher. Das gilt insbesondere für Schüler*innen, Ältere, Menschen in Rollstühlen, Eltern mit Kinderwagen. In der Bezirksverordnetenversammlung haben wir uns erfolgreich für ein umfangreiches Fußverkehrskonzept eingesetzt, in dem zahlreiche Maßnahmen konkret benannt werden, die zeitnah umgesetzt werden müssen.

Zuvorderst sind Schulwege durch Ampeln und Zebrastreifen zu sichern und gefährliche Orte an Haltestellen und U-Bahn-Ausgängen wie auch unübersichtliche Kreuzungsbereiche baulich zu verändern. So soll zum Beispiel der U-Bahn-Ausgang Samariterstraße besser gestaltet werden. Wir wollen weitere Zebrastreifen, Mittelinseln oder Gehweg-

vorstreckungen vor Kindertagesstätten, Schulen und Seniorenheimen anlegen lassen. Sie sind kostengünstig und trotzdem effektiv.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Ampeln so geschaltet werden, dass die Straßenquerung für Fußgänger*innen nicht nur im Laufschrift möglich ist. Hier müssen zum Beispiel an der Frankfurter Allee, der Karl-Marx-Allee, am Mehringdamm oder an der Gneisenaustraße dringend Veränderungen erfolgen. Das gilt auch für die Ausgestaltung der Baustellen. Eine Nutzung der Gehwege ist hier mit Kinderwagen, Gehhilfen und Rollstühlen oft schwierig. Wir wollen, dass der Schutz und die Mobilität der schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen bei der Einrichtung von Baustellen von Beginn an berücksichtigt werden.

Wir wollen, dass Bürgersteige dem Gehen, Flanieren, Verweilen und Spielen zur Verfügung stehen. Dort, wo eine solche Umgestaltung der Straßen sinnvoll ist, priorisieren wir echte Fußgängerzonen klar gegenüber sogenannten Begegnungszonen, in denen sich starke und schwache Verkehrsteilnehmer*innen gemeinsam den gleichen Raum teilen. Fahrräder, Motorroller, E-Bikes gehören aus unserer Sicht aufs Straßenland und nicht auf die Gehwege.

Sicher Fahrradfahren

Fahrradfahren muss auch in unserem Bezirk noch attraktiver und sicherer werden. Dafür brauchen wir mehr baulich abgetrennte Radstreifen, wo nicht anders möglich auch zulasten von Fahrspuren für Autos. Es muss gerade entlang oder auch parallel zu Hauptverkehrsstraßen möglich sein, ungehindert und sicher mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Wir wollen, dass aus temporären Pop-Up-Radwegen möglichst dauerhafte Radstreifen werden. Falschparken und -halten auf Geh- und Radwegen sind konsequent zu ahnden.

Wir unterstützen die Einrichtung von Fahrrad-Parkhäusern und die Umwandlung einzelner geeigneter Straßen in Fahrradstraßen. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sollen auch in Wohngebieten ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass für Gewerbetreibende einfacher wird, Fahrradabstellanlagen vor ihren Geschäften im Straßenland ausweisen zu lassen. Dafür müssen besondere Parkplatzbereiche geschaffen werden, um Fußwege wieder zu einem gefährdungsfreien Raum zu machen. An Baustellen ist die Radverkehrsführung oft besonders unübersichtlich und gefährlich. Bei der Baustellenplanung muss künftig von vorneherein immer auch die sichere Passage durch Radfahrende berücksichtigt werden.

Autos fahren

Es ist unvermeidlich, dass der PKW- und LKW-Verkehr auch in unserem Bezirk deutlich vermindert wird, damit es auch im Verkehrssektor zu

einer CO₂-Reduktion kommt, und um dem verbleibenden Autoverkehr in einer Großstadt wie Berlin überhaupt das Vorwärtkommen zu ermöglichen.

Aufgrund der hohen Belastung durch Lärm und Abgase, besonders an den Hauptverkehrsstraßen, kommt es im Jahr allein in unserem Bezirk zu mehreren Hundert vorzeitigen Todesfällen durch Herzinfarkte, Lungen- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Eine Reduzierung des Autoverkehrs und die Ausweitung von Tempo 30 sind deshalb auch aus gesundheitspolitischen Gründen sinnvoll. In vielen Wohngebieten ist es aus unserer Sicht zudem sinnvoll, unter Beteiligung der Anlieger*innen Maßnahmen eine deutliche Reduzierung des Durchgangsverkehrs und eine ernsthafte Verkehrsberuhigung voranzubringen (auch Kiezblocks genannt). Das gilt zum Beispiel für den Samariter- oder den Wrangelkiez.

Für den Güterverkehr setzen wir auf innovative Lösungen, zum Beispiel mittels kleinerer Lieferfahrzeuge, und die Bündelung von Lieferungen oder Lastenfahrrädern. 40-Tonner sollten mittelfristig in der Innenstadt nicht mehr fahren. Wir unterstützen die Forderung nach verpflichtenden Abbiegeassistenten für LKWs.

DIE LINKE wird weiterhin den Kampf der Initiative gegen den anachronistischen Ausbau der Stadtautobahn A100 unterstützen. Der vorläufige Stopp der Planungen für den Weiterbau durch und unter Friedrichshain nach Lichtenberg war ein wichtiger Zwischenerfolg.

Wir setzen uns auf der Bundesebene dafür ein, dass dieser 17. Bauabschnitt ersatzlos aus dem Bundesfernstraßengesetz gestrichen und gegen den Willen des Landes Berlin kein Planfeststellungsverfahren eröffnet wird. Wir erwarten, dass das Land Berlin dazu auch die Möglichkeit nutzt, die Planfeststellungsbehörde vom Bund zurück an das Land Berlin zu übertragen.

Wir setzen uns dafür ein, dass auf Landes- und Bundeseben geprüft wird, ob der bereits im Bau befindliche 16. Bauabschnitt von Neukölln nach Treptow in eine Stadtstraße mit Radschnellweg umgewandelt werden kann. Eine Inbetriebnahme der Strecke für Kraftfahrzeuge ohne eine Lärmschutzwand auf der Ostseite, ohne einen qualifizierten Abschluss, ohne ein integriertes Verkehrskonzept und vor der vollständigen Inbetriebnahme der neuen Eisenbrücke lehnen wir ab.

Wir wollen eine Machbarkeitsstudie des Bezirksamtes, die zum Ziel hat, für die aktuell für den Weiterbau der A100 durch Friedrichshain vorgehaltenen Flächen alternative Entwicklungspotenziale und mögliche Nutzungskonzepte zu entwickeln. Neben der Errichtung

sozialer Infrastruktur oder bezahlbaren Wohnraums kann auch der dauerhafte Erhalt der aktuellen Zwischennutzung dazugehören. Bei der Erarbeitung sind die Bürger*innen unseres Bezirks in geeigneter Form zu beteiligen.

Autos parken

Parkhäuser und Tiefgaragen in der Stadt stehen oft halb leer. Wir unterstützen Lösungen, um die Nutzung von Stellplätzen insbesondere in Geschäftszentren außerhalb der Geschäftszeiten durch Anwohner*innen zu kostengünstigen Konditionen zu ermöglichen. Bei der Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung brauchen wir eine bezirksübergreifende Strategie, damit der Verkehr und die Parkplatznot nicht nur um einige Straßen verlagert wird. Wir lehnen Vorschläge ab, die Gebühren für Anwohnerparkausweise um ein Vielfaches anzuheben, da dies insbesondere Menschen treffen würde, die über weniger Geld verfügen.

Kommerzielle Sharing-Angebote

Wir setzen uns für eine stärkere Regulierung von privaten Car-, Bike-, eBike- und eRoller-Angeboten ein und wollen, dass entsprechende Unternehmen für die Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes entsprechend zahlen. Der Ausweitung des E-Roller-Angebots stehen wir grundsätzlich skeptisch gegenüber. Aufgrund der kurzen Lebensdauer und der Lithium-Akkus sind sie aus ökologischer Sicht bedenklich. Für die Verkehrswende bieten sie keinen Fortschritt, da sie als Alternative zum Autoverkehr nicht taugen, aber zugleich eine zusätzliche Belastung für die sowieso schon vollen Fuß- und Radwege darstellen.

Bürgerbeteiligung gehört zur Verkehrswende

Wenn die Verkehrswende erfolgreich sein soll, geht dies nur mit einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung, welche die Anliegen aller Anlieger*innen aufnimmt. In unserem Bezirk werden solche Vorhaben leider viel zu oft ohne jede Beteiligung der Anwohnenden und Gewerbetreibenden durchgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Vorhaben frühzeitig transparent über mögliche Maßnahmen informiert, eine ernsthafte Debatte mit allen Anlieger*innen ermöglicht und um möglichst breit getragenen Lösungen geworben wird.

Ein schlechtes Beispiel für Bürgerbeteiligung stellt die Umgestaltung der Bergmannstraße dar, wo der zuständige grüne Stadtrat zunächst versuchte, die Bergmannstraße in einer Form umzugestalten, die den Wünschen vieler Anlieger*innen und den Beschlüssen der Bezirksverordnetenversammlung widersprach. Es war ein wichtiges Signal, dass die Bezirksverordnetenversammlung dieses Vorgehen anschließend

mit großer Mehrheit förmlich missbilligte, die entsprechenden Beschlüsse des Bezirksamtes aufhob und eigene Bestimmungen festlegte. Wir werden alles daransetzen, dass sich eine solche Missachtung demokratischer Beteiligungsverfahren und demokratisch gefasster Beschlüsse nicht wiederholt.

Wirtschaft: kleine Gewerbetreibende schützen, gute Arbeit fördern

Die wirtschaftliche Entwicklung war noch bis zu Beginn der Pandemie sehr positiv. Der große Anteil an Unternehmen im Dienstleistungsbereich und im Handel hat zugleich dazu geführt, dass Friedrichshain-Kreuzberg wirtschaftlich besonders stark von der Corona-Krise gebeutelt wurde. Und schon vor der Krise boten viele Arbeitsplätze im Bezirk nur wenig Sicherheit oder waren schlecht bezahlt. Die weitaus große Mehrheit der Betriebe in unserem Bezirk gehören zu Klein- und Kleinstunternehmen mit einem Beschäftigten und gegebenenfalls noch den Familienangehörigen. Sie hatten schon vor der Pandemie wachsende Schwierigkeiten, gegen die explodierenden Gewerbemieten anzukommen oder neue bezahlbare Gewerberäume oder Gewerbeflächen zu finden.

Wirtschaftshilfen gegen die Folgen der Pandemie

Kleinst- und Kleinbetriebe im Dienstleistungsbereich, wie sie die Wirtschaft unseres Bezirkes ganz maßgeblich prägen, sind von den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders hart getroffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund und gegebenenfalls hilfsweise auch das Land Berlin für die Zeit, in der staatliche Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung zu Schließungen oder drastischen Umsatzeinbußen führen, ausreichende Wirtschaftshilfen bereitstellt, die zumindest die ungedeckten Betriebskosten ausgleichen. Die entsprechenden Hilfen müssen dabei schnell und möglichst unbürokratisch bei denen ankommen, die sie benötigen.

Gewerbemieten begrenzen

Mehr noch als auf dem Wohnungsmarkt, herrscht auf dem Gewerbemietmarkt das Recht des Stärkeren. Ein schützendes Gewerbemietrecht gibt es bisher nicht. Der unkontrollierte Anstieg der Gewerbemieten in unserem Bezirk können sich meist nur noch Großkonzerne, mit ordentlich Risikokapital ausgestattete Start-ups oder gastronomische Angebote für zahlungskräftige Tourist*innen leisten.

Immer mehr kleine Gewerbetreibende sind hingegen in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Für lebendige und lebenswerte Kieze bedeuten dies den Tod auf Raten, denn niemand will in einem Kiez leben, in dem es keine kleinen Handwerksbetriebe, keine günstigen Eckkneipen, keine selbständigen Bäckereien oder Fleischereien mehr gibt.

Ein Gewerbemietrecht, das Gewerbemietter*innen wirkungsvoll vor Mietenexplosion und Verdrängung schützt, kann nur auf Bundesebene geschaffen werden. DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren im Bundestag energisch für eine Mietpreisbremse für Gewerbemieten und andere Schutzmaßnahmen für Gewerbemietter*innen eingesetzt. Über den Berliner Senat wurde auch eine entsprechende Bundesratsinitiative gestartet. Wir werden weiterhin Druck machen, damit auf Bundesebene endlich für den notwendigen Schutz für Gewerbemietter*innen gesorgt wird.

Bezahlbare Gewerbemieten lassen sich bis dahin am besten im landeseigenen Bestand umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsgesellschaften und andere öffentliche Unternehmen wie die BEHALA entsprechend in die Pflicht genommen werden. Auch für die Gewerbemieten muss der Senat verbindliche Regelungen mit den landeseigenen Unternehmen vereinbaren.

Allein in Kreuzberg befinden sich über 40 Gewerbehöfe der ehemals landeseigenen Gewerbesiedlungsgesellschaft (GSG). Wir wollen, dass die öffentliche Hand versucht, hier wieder Einfluss auf die Vermietung von Gewerberäumen zu nehmen. Dazu wollen wir den GSG-Beirat neu ins Leben rufen, in dem auch Bezirksverordnete vertreten sind, um die Bezirksinteressen zu vertreten.

Wir fordern zudem, dass im Rahmen des bezirklichen Gewerbeflächenmanagements empirische Daten zur Mietentwicklung im Gewerbe erhoben werden. Damit wäre der Mietenwahnsinn im Gewerbe wenigstens umfassend und offiziell dokumentiert und die Forderung nach einer stärkeren Regulierung auf ein breiteres Fundament gestellt.

Gewerbeflächen sichern

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin auch in Friedrichshain-Kreuzberg Flächen erwirbt, die als Standorte für bedrohtes Gewerbe gesichert und entwickelt werden können. Auch durch den Ankauf von Immobilien können Betriebe in besonders von Verdrängung betroffenen Lagen geschützt werden.

Wir wollen, dass die Instrumente der Stadtplanung vom Bezirksamt konsequenter zur Sicherung von Gewerbeflächen eingesetzt werden.

Das vom Bezirksamt beschlossene Gewerbeflächenentwicklungskonzept kann nur ein Anfang sein. Deshalb setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass die Bezirke personell und finanziell für eine aktivere Bauleitplanung ausgestattet werden, um auch verstärkt Flächen für den Gemeinbedarf zu sichern und Nutzungen stärker zu steuern. Bei Wohnneubauten sollen insbesondere die Erdgeschosszonen für Kleinstunternehmen und Soziokultur planungsrechtlich gesichert werden. Das Hochhausleitbild des Landes bietet hier eine Grundlage. In Gebieten, die durch eine Übernutzung durch Restaurants, Gaststätten und Hotels gekennzeichnet sind, wollen wir eine weitere Verdichtung solcher Nutzungen stoppen.

Wirtschaftsförderung und Beratung

Das bezirkliche Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen, das Bezirksamt, das Jobcenter und die Agentur für Arbeit vertreten sind, befindet sich in einem Dornröschenschlaf. Bisher wurde hier nur über die Vergabe von Fördermitteln entschieden. In Zukunft muss die Vergabe stärker an Kriterien, wie zum Beispiel die Erfüllung der Anforderungen guter Arbeit, gebunden werden. Das Bündnis sollte darüber hinaus eigene Initiativen entwickeln, beispielsweise zur Förderung von Ansätzen Solidarischer Ökonomie.

Die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der bezirklichen Wirtschaftsförderung müssen ausgebaut werden. Dazu gehört auch vor allem die multikulturelle Kompetenz, die bisher fast vollständig vernachlässigt wurde.

Beratungsstellen für Solo-Selbstständige

Vom Land Berlin erwarten wir die Einrichtung von Beratungsstellen für Solo-Selbstständige sowie eine Unterstützung bei der Bildung von Interessenvertretungen für diese Selbstständigen. Die Einrichtung von öffentlichen Co-Working-Spaces und fairen Vermittlungsplattformen können bessere Bedingungen für Gig-, Cloud- und Crowd-Work voranbringen.

Auf Bezirksebene werden wir prüfen, ob – analog der Beratungsstelle Wirtschaftsförderung – eine eigene lokale Beratungsstelle für Solo-Selbstständige eingerichtet werden kann.

Impressum

DIE LINKE. Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg
Weidenweg 17
10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
info@dielinke-fk.de
www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de

V.i.S.d.P.: Yasin Bölme

www.dielinke-friedrichshain-kreuzberg.de